

Internationales Institut
Libérale Politik



Sozialwissenschaftliche
Schriftenreihe

Schwerpunkt Georgienkonflikt

Mit Beiträgen von

Gustav C. Gressel, Aschot Manutscharjan,
Eugene Kogan und Peter Schmidt

sowie

Gerhard Will – **Myanmar / Birma**
und
Gudrun Harrer – **Naher Osten**

Internationales Institut für Liberale Politik Wien
**SOZIALWISSENSCHAFTLICHE
SCHRIFTENREIHE**

Schwerpunkt Georgienkonflikt

Gustav C. Gressel Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008	1
Aschot Manutscharjan Georgien suchte Krieg mit Russland	19
Eugene Kogan The Russian-Georgian Conflict: An Assessment	26
Peter Schmidt Der georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Georgien-Konflikts	30

Gerhard Will Permanenter Ausnahmezustand Birmas leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert	34
---	----

Gudrun Harrer Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel Irak und die US- amerikanische „Using the Sheikhs“-Politik	39
---	----

Die Autoren dieses Heftes	49
Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe bisher erschienen	50



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Board internationaler Konsulenten

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University, Ankara

Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepli, Chefredaktor, St. Gallen

Prof. Dr. Bo Hultdt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: A-1030 Wien, Custozzagasse 8/2

Wien, Oktober 2008

Gesamtherstellung: IILP

ISBN 978-3-902595-22-5

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung 1983
gegründet und 1988 eingestellt.

Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

Der Krieg am Kaukasus*

vom 07.08.2008 bis zum 14.08.2008

1.) Hintergrund¹

Die ehemalige autonome Region Südossetien, Teil der Sowjetrepublik Georgien, hatte sich nach dem Zerfall der Sowjetunion von Georgien loszulösen versucht und dies in einem von beiden Seiten äußerst blutig geführten Krieg de facto auch erreicht: Georgien schloss 1992 einen Waffenstillstand mit Russland (Russland vertrat Südossetien in den Verhandlungen), welcher die endgültige Statusfrage verschob und Russland gestattete „Friedenstruppen“ in Südossetien zu stationieren. Diese etwa bataillonstarken Kräfte überwachen seither die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens. Eine Unterstützung dieser Unabhängigkeitsbestrebung Südossetiens durch Teile des KGB gilt heute als sicher.

Seit der Rosenrevolution 2003, anlässlich welcher der bisherige georgische Präsident Schewardnaze durch Saakaschwili abgelöst wurde, verschlechterten sich die russisch-georgischen Beziehungen erneut.

Saakaschwili strebt einen NATO- und möglichst auch EU-Beitritt seines Landes an, rief amerikanische Militärberater ins Land und wies im Gegenzug Mitarbeiter russischer Sicherheitsdienste aus. Moskau band daher die autonomen Regionen Abchasien und Südossetien, die seit 1992 de facto unabhängig sind, politisch, ökonomisch und militärisch enger an sich: sie sind für Russland vor allem ein Faustpfand, um Georgien die Mitgliedschaft in die NATO und EU zu verwehren. Die Ablehnung der Aufnahme Georgiens in die Reihe potentieller NATO-Erweiterungskandidaten am Bukarester Gipfel unter Verweis auf die ungelösten Territorialkonflikte bestätigte nachträglich das Kalkül Moskaus.

1.a.) Saakaschwilis Ossetienpolitik

Saakaschwili hat die Wiedervereinigung Georgiens zu einem erklärten Ziel seiner zweiten, 2008 eingeleiteten Amtszeit erklärt. Im Gegensatz zu Abchasien schien im Falle Südossetiens eine friedliche Wiedervereinigung länger möglich, da

das kleine Südossetien von Restgeorgien nicht so abgenabelt war wie etwa Abchasien und durchaus einige konstruktive Elemente in der georgischen Ossetienpolitik vorzufinden waren.² Der von Tiflis im georgisch kontrollierten Teil Südossetiens eingesetzte Premier Dimitri Sanakojew war in ganz Südossetien ein anerkannter Politiker aus einflussreichem Hause und Georgien verwendete einen guten Teil der von der EU und den USA bezogenen Fördergelder zum Wirtschaftsaufbau der von Sanakojew kontrollierten Ossetengebiete. Da sowohl Nord- als auch Südossetien im russischen Wirtschaftsraum periphere Provinzen darstellen, hoffte man in Tiflis lange, durch Anreize der Westintegration Georgiens und der ökonomischen Besserstellung, einen Richtungsschwenk in Südossetien herbeiführen zu können.³

Dass gerade Südossetien in den Genuss georgischer Wiedervereinigungsbemühungen kam, hat vor allem strategische Hintergründe: Es steht quasi als Keil mitten in das georgische Territorium, einen Handstreich vom Kura-Tal entfernt, der wichtigsten (einzig leistungsfähigen) Ost-West-Verbindung Georgiens, die Tiflis mit dem Schwarzen Meer und der Türkei verbindet und durch die auch alle durch Georgien verlaufenden Erdöl und Gaspipelines verlaufen. Wenn also aus der militärisch-strategischen Perspektive irgendein Teil der abtrünnigen Gebiete zurückzugewinnen war, dann Südossetien.

Letztlich standen die Bemühungen Saakaschwilis unter keinem guten Stern. Für ihr Scheitern wären eine Menge Gründe anzuführen, einige gewichtige liegen auch bei Saakaschwili selbst, bzw. seiner mittlerweile weltbekannten Heisspornigkeit und Ungeduld: Mit markigen Reden über die Wiedervereinigung und eine nötigenfalls gewaltsame Heimholung der abtrünnigen Gebiete machte er sich zwar unter den georgischen Nationalisten beliebt, ließ unter den Osseten aber starke Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner Versprechungen und den „friedfertigen“ Absichten

aufkommen. Das Drängen auf eine rasche Lösung hat ihn eher in die verzwickte Lage gebracht, aus innenpolitischen Gründen auch Handlungen und Resultate vorweisen zu müssen. Innenpolitischer Druck dürfte vermutlich auch einer der Gründe der Konflikteskalation im August gewesen sein, die zumindest von georgischer Seite anfangs bewusst ausgenutzt wurde.

Weiters könnte eine Annäherung zwischen Südossetien und Georgien nur über einen Regimewechsel in Südossetien bewerkstelligt werden. Denn die gegenwärtig in Zchinwali regierende kommunistische Partei ist zu ihrem Machterhalt auf Moskau, genauer russische Sicherheits- und Geheimdienste, Militärpräsenz und Wirtschaftshilfe, abhängig. Und Moskaus Bedingung für die fortwährende Unterstützung war stets die Fortsetzung der kompromisslosen Sezessionspolitik.⁴ Chancen auf einen ossetischen Politikwechsel gab es kaum: Die KP regiert das Land autoritär und konnte politische Gegenströmungen bislang wirkungsvoll unterdrücken. Ein Politikwechsel hätte also mit einem Regimewechsel verbunden werden müssen, und diesen konnte Moskau stets verhindern.

Drittens schloss Russland eine Rückkehr der beiden Gebiete nach Georgien unter Saakaschwili kategorisch aus. Die beiden Ziele Georgiens, Westintegration und Wiedervereinigung sah Russland als kategorischen Widerspruch an: entweder Westintegration, oder Wiederherstellung der vollen Gebietssouveränität.⁵

Saakaschwili wollte jedoch beides erreichen, und das möglichst rasch. Dabei hatte Russland seinen Willen, die faktische Unabhängigkeit der autonomen Gebiete auch militärisch durchzusetzen, bereits vor dem Kaukasuskrieg unter Beweis gestellt: Bereits im Mai 2008 verstärkte es anlässlich abchasischer Provokationen seine Truppen in der Region und schoss eine georgische Aufklärungsdrohne über Abchasien ab.⁶ Damals eskalierte der Konflikt jedoch nicht zu einem offenen Krieg.

Anfang August schien sich Georgien Hoffnungen gemacht zu haben, gegenüber Südossetien durch einen schnellen Waffengang eine Entscheidung

herbeiführen zu können, bevor Russland in größerem Umfang in den Krieg eintreten hätte können. Die schnelle Verkündung der „Beendigung der Kampfhandlungen“ nach der scheinbaren Einnahme Zchinvalis und das chaotische Verhalten der georgischen Armee in den darauf folgenden Gefechten mit russischen Kräften ließen darauf schließen, dass man sich in Tiflis über einen „Fall R“ keine Gedanken machte. Entweder man überschätzte die eigenen Fähigkeiten, unterschätzte die russische Reaktionswilligkeit oder handelte in dem blinden Vertrauen, dass die USA die Angelegenheit schon bereinigen werden.

Dabei wartete Moskau nur darauf, einen Vorwand zum Eingriff gegen Georgien in die Hände gespielt zu bekommen. Das Verhältnis zwischen Putin und Saakaschwili kann durchaus als politische Feindschaft bezeichnet werden, darüber hinaus wollte Moskau ein Exempel an einer der durch interne Regimewechsel aus dem russischen Hegemonialbereich ausgebrochenen Staaten vollziehen. Die sich in den letzten Jahren intensivierenden Provokationen südossetischer und abchasischer Paramilitärs waren als Teil einer russischen Konfrontationsstrategie zu sehen: *„Der Konflikt eskalierte so, dass auch eine militärische Intervention Russlands im Sommer und Frühherbst 2006 nicht mehr unmöglich erschien. Anlass dafür könnten wiederholte Zwischenfälle in beiden Konfliktgebieten, vorwiegend aber in Süd-Ossetien, sowie Konflikte zwischen russischen Friedenstruppen und den georgischen Behörden und Militär liefern. Der ehemalige Verteidigungsminister Russlands und der gegenwärtige Vize-Ministerpräsident Sergei Ivanov schlossen gerade im Sommer 2006 nicht aus, dass die Truppen des nordkaukasischen Militärbezirks den russischen Truppen in Süd-Ossetien zu Hilfe kommen würden“*.⁷

Ein Wissen der USA um die georgische Aktion ist hingegen wenig wahrscheinlich – zu überrascht war die amerikanische Führung, zu spät und zu zögerlich ihre Reaktion, als dass sie Teil des Planes gewesen wäre. Zudem kam den USA im Hinblick auf das Raketenabwehrthema und das Problem der iranischen Kernrüstung ein weiterer Konflikt mit Moskau sehr ungelogen.

2.) Chronologie des Konfliktes

Feindseligkeiten und kleine Scharmützel zwischen südossetischen und georgischen Sicherheitskräften entlang der inoffiziellen Grenze begannen bereits Anfang Juli 2008. Ausgang der Spannungen war die Erschießung eines ossetischen Polizeioffiziers am 03. Juli 2008.⁸ Nach ossetischen Angaben stand der georgische Geheimdienst hinter dem Attentat, „Vergeltungsmaßnahmen“, sprich Garatwerferbeschuss georgischer Stellungen, folgten auf dem Fuß. Georgien bestritt die Vorwürfe und antwortete seinerseits mit dem Beschuss ossetischer Stellungen.⁹ Dass in Südossetien, einem Land in dem die organisierte Kriminalität zu den Hauptwirtschaftszweigen gehört, der Mord an einem Polizeioffizier höchstwahrscheinlich „unpolitische“ Hintergründe hat, ist sehr glaubhaft. Dass Moskau hinter den eskalativen Maßnahmen Ossetiens stand auch. (Bereits im Mai, als es zu keinen Gefechten mit abchasischen Separatisten kam, unterstützte Moskau diese vor allem durch Luftunterstützung.¹⁰ Bereits damals verkündete Saakaschwili nach Anordnung der Teilmobilmachung, man befände sich in einem zwischenstaatlichen Krieg mit Russland. Dass dieser Versuch der Werbung um Unterstützung durch den Westen schon damals erfolglos blieb, hätte Saakaschwili eigentlich vor zukünftiger Risikolnahme abhalten müssen.)

Am 05. und 06. August eskalierten die Kämpfe um Südossetien weiter, beide Seiten begannen mit einer Teilmobilmachung. Die Nacht vom 07. August auf den 08. ist nun für die weitere Konfliktbearbeitung von entscheidender Bedeutung: Zunächst wurde ein Waffenstillstand vereinbart und russische Vermittler eingeschaltet.¹¹ Ein Gesandter Moskaus reiste in die Region und sollte mit den Vermittlungstätigkeiten am 08. August beginnen.

An jenem Morgen des 08. August begann Georgien mit einer Großoffensive gegen Südossetien und drang in dessen Hauptstadt, Zchinwali, vor. Nach georgischen Angaben, da südossetische Separatisten den Waffenstillstand gebrochen hatten, nach russischen Angaben auf eigene Faust.¹² In der Tat spricht einiges dafür, dass Saakaschwili den Überraschungsmoment nutzen wollte: Die Augen der Welt waren auf die olympischen Spiele in China gerichtet, Medwedew in Urlaub, Putin in Beijing. Sollte es

Georgien gelingen, Südossetien in einem Blitzkrieg einzunehmen bevor Russland reagieren könnte, hätte er hoffen können, die Lage handstreichartig für sich zu entscheiden. Doch Russland war alles andere als unvorbereitet: bereits zu Mittag griffen Kampfflugzeuge in den Konflikt ein, am Nachmittag des 08. August häuften sich auch Meldungen, wonach erste gepanzerte Einheiten Russlands in Südossetien an den Kämpfe teilnahmen.¹³ Der Angriff georgischer Truppen geriet bereits in Zchinwali ins Stocken und konnte durch russische Einheiten rasch gestoppt werden.¹⁴

Premier Putin warnte bereits Tage zuvor Georgien vor einem Krieg und kündigte an, auf den georgischen Vormarsch „entsprechend zu reagieren“.¹⁵ Ob daher wirklich eine südossetische Provokation vorlag ist einerlei: Durch seine unüberlegte Reaktion verhalf Saakaschwili Russland zu einem lange herbeigesehnten (und herbeigeführten) Kriegsgrund gegen Georgien.

Die internationalen Reaktionen fielen zu Kriegsbeginn verhalten aus. Die Europäische Union,¹⁶ die NATO, die USA und Deutschland riefen Georgien und Russland zum umgehenden Einstellen der Kampfhandlungen auf.¹⁷ Weder von Medwedew, noch Bush oder Rice lagen am Freitag offizielle Stellungnahmen vor, was auch als Indiz dafür gewertet werden konnte, dass man zunächst die Ergebnisse informeller Gespräche abwartete. Gespräche zwischen Bush und Putin am Rande der Eröffungszeremonie der Olympischen Spiele in Beijing sind belegt.¹⁸ Den Inhalt dieser Gespräche wird die Öffentlichkeit wohl erst viel später erfahren. Von einem amerikanischen Verständnis oder gar Rückendeckung für das georgische Vorgehen dürfte man aber kaum ausgehen können, sonst wären die öffentlichen Äußerungen amerikanischer Politiker an diesen ersten Konflikttagen schärfer und das russische Vorgehen der nächsten Tage vermutlich verhaltener ausgefallen.

2.a. Das Kriegswochenende:

Die georgische Offensive brach am Samstag, den 09. August unter dem Druck eingreifender russischer Einheiten zusammen. Bereits am Vormittag des 09.08. intensivierte Russland seine Luftangriffe, die sich vor allem gegen die

strategische Infrastruktur und die Außenverbindungen Georgiens wendeten: die Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline sowie georgische See- und Flughäfen.¹⁹ Später verstärkten ein Fallschirmjägerbataillon und etwa brigadestärke mechanisierte Kräfte die ossetischen Truppen im Kampf um Zchinvali und entrissen somit der georgischen Führung die Initiative.

Am 10. August 2008 verhängte Russland zusätzlich eine Seeblockade am Schwarzen Meer gegen Georgien. Auch wurden russische Truppen Richtung Abchasien in Marsch gesetzt, dessen Regierung kurz darauf verkündete, sich in den Konflikt einzuschalten und abchasische Gebiete, die sich seit 1994 unter georgischer Kontrolle befinden, „zurückzuerobern“. Georgischen Meldungen zufolge rücken russische Truppen am 10. August auf die georgische Stadt Zugdidi vor, nahe der Küste des Schwarzen Meeres.²⁰ Auch gab es bereits an diesem Tage Meldungen, dass russische Marineinfanterieeinheiten an der georgischen Schwarzmeerküste gelandet seien.²¹

Am späteren Nachmittag verkündete Georgien, sich aus Zchinvali vollständig zurückgezogen zu haben und verkündete eine einseitige Waffenruhe.²² Russland hingegen erklärte, dass es nur zu einer Waffenruhe bereit sei, wenn der „es *Veränderungen in der Statusfrage*“ Südossetiens gäbe.²³ Auch nannten Vertreter des russischen Außenministeriums erstmals den Rücktritt Saakaschwillis als Vorbedingung für weitere Verhandlungen.²⁴

Washington reagierte erst langsam auf die weitere Eskalation der Lage. Nachdem ein Sprecher des Weißen Hauses am 09. August erstmals erklärte, die territoriale Integrität Georgiens sei zu respektieren, erfolgten am 10. August etwas schärfere Äußerungen: Präsident Bush nannte die russischen Reaktionen überzogen und wies darauf hin, dass Russland kein Mandat habe, Luftangriffe über die unmittelbare Konfliktregion hinaus zu fliegen.²⁵ Ein Sprecher des Weißen Hauses hielt fest, dass, sollte Russland solche Militäroperationen fortsetzen, man mit einer langfristigen Verschlechterung der bilateralen Beziehungen rechnen müsse.²⁶

Dies scheint auch zu bestätigen, dass die USA anfangs durchaus Verständnis für die russische Antwort auf die Eskalation vom 08.08. hatten und erst zu schärferen Worten griffen, als sie erkannten, dass die militärische Reaktion

Russlands sich nicht auf Südossetien beschränken werde. Die völlige Verkenning der russischen Absichten durch die USA zeigte auch, wie wenig man sich in Washington die letzten Jahre über russische Außenpolitik Gedanken machte und wie weit – aller „Geopolitisierung“ der sicherheitspolitischen Populärliteratur zum trotz – der Kaukasus aus dem strategischen Kalkülen Washingtons herausgerückt war.

Allerdings begann man sich mit europäischen Staaten, allen voran Frankreich, welches den EU-Ratsvorsitz inne hatte und Finnland (OSZE Vorsitz), hinsichtlich einer möglichen Konfliktbegrenzung abzusprechen. Nach informellen Gesprächen zwischen Bush und Sarkozy sicherten sich Sprecher beider Präsidenten wechselseitige Unterstützung zu. Frankreichs Außenminister Bernhard Kouchner und sein finnischer Amtskollege Stubb reisten am Abend des 10. August nach Tiflis, um ihre Mittlermission zwischen Georgien und Russland aufzunehmen.²⁷

Die Ukraine kündigte an, sie werde russischen Einheiten der Schwarzmeerflotte das Auslaufen aus den von Russland an der Krim gemieteten Stützpunkten verwehren.²⁸ Russland enthielt sich einer unmittelbaren Reaktion. Polen forderte eine EU-Friedenstruppe für die Zeit nach der Konfrontation, da Russland in diesem Konflikt nicht mehr als neutral zu betrachten sei.²⁹

Ansonsten blieb es in Europa ruhig. Nicht nur, dass das Wochenende die Außenbürokratien vom Verfassen öffentlicher Statements abhielt, man konnte ohnedies nur den Verlauf der eben erst angelaufenen diplomatischen Bemühungen abwarten.

Für Georgien hat sich die strategische Situation an diesem Wochenende bedeutend verschlechtert. So lange die USA nicht zu einem stärkeren Eingriff bereit waren (oder sind), konnte Russland Georgien durch militärischen Druck jede Forderung aufkotroyieren. Der Rückzug aus Zchinvali und die Bitte um einen Waffenstillstand (als solche war eine einseitige Verkündung des Waffenstillstandes zu werten) waren verzweifelte Versuche, die Lage für Georgien noch zu retten. Russland wollte sich aber mit dem *status-quo-ante* nicht zufrieden geben – die Forderung nach formeller Abtrennung Südossetiens und Abchasiens wurde bereits gestellt.

Russland hielt sich ein weiteres Vorgehen offen. Die formelle Abtrennung Südossetiens und

Abchasiens stellte den Minimalgewinn der ersten Kriegstage dar, von dem sich Moskau nur mehr schwerlich abbringen ließ. Darüber hinaus suchte man durch Seeblockade und Bombardierung von See- und Flughäfen die Möglichkeiten des Eingriffes oder der Unterstützung Georgiens durch den Westen zu unterbinden. Man war sich in Moskau anscheinend hinsichtlich der Haltung der USA im Konflikt nicht ganz sicher. Einem sofortigen Eingreifen der USA sollte erstmals durch operative Abriegelung vorgebeugt werden. Und sollte der Westen tatsächlich nicht reagieren, konnte man aus dieser Position immer noch weitermarschieren, um die Regierungsverhältnisse in Tiflis nach eigenen Vorstellungen regeln zu können.³⁰ Gewisse Äußerungen Putins, Medwedews und Lavrovs, man werde Georgien bestrafen und die handelnden Personen „zur Verantwortung ziehen“, deuteten bereits in diese Richtung.

Dass die militärische Reaktion Russlands so rasch und wuchtig erfolgte, erhärtet die georgische Sicht, ein Ausnutzen der Lage durch Moskau sei von langer Hand geplant gewesen. Andererseits muss Saakaschwili der Vorwurf gemacht werden, blauäugig in das Messer der russischen Provokation gerannt zu sein. Sollte man sich gegenwärtig auf politische Vorwürfe festlegen müssen, wäre Saakaschwili sicher die Rolle des Dummkopfes, Russland aber die des Aggressors zuzusprechen.

2.b. Der Krieg um Georgien

Russland setzte seine Offensive am Montag, 11. August 2008, gegen Georgien fort, wobei sich nun das Schwergewicht der militärischen Operationen vom Gebiet der abtrünnigen Provinzen bzw. deren unmittelbaren Grenzraum in die georgische Tiefe verlagerte.

An der abchasischen Grenze wurde nach der Mobilmachung der abchasischen Kräfte und deren Verstärkung durch russische Truppen am 10. August 2008 eine zweite Front gegen Georgien eröffnet.³¹ Ziel der Abchasen war es, das formell noch zu Abchasien, aber seit 1994 faktisch unter georgischer Kontrolle befindliche, obere Kodori-Tal zurückzuerobern. Auch stießen russische Einheiten in Richtung Zugdidi vor.³² Ob es sich dabei nur um ein Umgehungsmanöver handelte, um das Kodori-Tal von Georgien abzuschneiden, oder um eine größere Operation um die Schwarzmeerküste Georgiens in Besitz zu nehmen, war zu dieser Zeit noch nicht klar.

Für ersteres sprach, dass Russland am Nachmittag des 11. August die Georgischen Kräfte im Kodori-Tal zur Kapitulation aufforderte und abchasische Medien von deren Einkesselung sprachen.³³ Erst die folgenden Tage offenbarten die echte Stoßrichtung der russischen Kolonne.

In den Nachtstunden des 10. August begannen russische Truppen Richtung Gori vorzustoßen. Gori liegt in Zentralgeorgien im Kura-Tal, der wichtigsten Ost-West Verbindungslinie Georgiens.³⁴ Seine Einnahme würde erstens Tiflis von der Türkei (die Georgien unter der Hand unterstützte) abschneiden und ist zweitens Voraussetzung für einen weiteren Vormarsch Richtung Tiflis. Nach deutlichen amerikanischen Warnungen an Moskau berichteten russische Medien am Nachmittag des 11. Augusts, die russischen Truppen haben sich aus Stellungen vor Gori wieder zurückgezogen – was von Saakaschwili bereits als großer militärischer Triumph gefeiert wurde. Am Nachmittag des 11.08. bestritt Russland, Vorstöße auf Gebiete außerhalb Süd-ossetiens gemacht zu haben.³⁵ Es sollten nicht die letzten Falschmeldungen und Zeitungsenten dieses Krieges bleiben. Dass die georgische Armee überhaupt keinen Einfluss auf das russische Verhalten hatte, wurde erst in den Tagen darauf klar: sie konnte sich aus Gori bestenfalls zurückziehen – wenn nicht Hals über Kopf fliehen –, Verzögerung, Verteidigung oder gar ein Gegenangriff wurden von ihr nie gewagt.

Luftangriffe gegen Führungs- und Kommunikationseinrichtungen Georgiens sowie strategische Infrastruktur wurden von Russland am 11.08. fortgesetzt.³⁶ Russland brachte die Kapitulation der georgischen Truppen im Kodori-Tal als Vorbedingung für einen Waffenstillstand vor,³⁷ womit man sich weiteren Handlungsspielraum sicherte: Einerseits hielt man den militärischen Druck auf Tiflis aufrecht, andererseits provozierte man kaum eine schärfere Reaktion der USA. Denn das Kori-Tal lag noch im Mandatsgebiet der russischen „Friedenstruppen“, ein Vorgehen gegen die georgischen Truppen fiel also nicht in jene Kategorie von Aktionen, die die USA als handlungswürdig einstufen.

Weder die einseitige Verkündung eines Waffenstillstandes durch Georgien noch die Unterzeichnung eines durch den französischen und finnischen Außenminister vorgeschlagenen Waffenstillstandsabkommens durch Saakaschwili hatte sich bis dahin auf die Kampfhandlungen ausgewirkt.³⁸ Vielmehr bemühte sich Russland

seinerseits eine militärische Entscheidung herbeizuführen, bevor die Vermittler Moskau erreichen würden oder sich nennenswerter internationaler Druck formierte.

Russland verlangte neben einem Einlenken der Statusfrage seitens Georgiens auch den Rücktritt Saakaschwilis als Vorbedingung für einen Waffenstillstand. Damit bestätigte es die Vermutung, dass ein Regimewechsel in Tiflis eigentliches Kriegsziel Russlands war: Georgien sollte wieder in die Linie russischer Satellitenstaaten eingereiht werden.³⁹

Georgien, militärisch stark unter Druck, versuchte sich als Opfer russischer Aggression darzustellen und über internationalen Druck eine Wiederherstellung des *status-quo-ante* zu erreichen.⁴⁰

Die USA hielten sich mit offiziellen Reaktionen lange zurück und suchten vorerst engere Konsultationen mit Russland, Frankreich und Georgien. Erst als am 10. August die militärischen Reaktionen Russlands sich auf das übrige Territorium Georgiens zu erstrecken begannen, warnte Bush Russland, dass ein weites Vorgehen Russlands außerhalb der Konfliktzone Südossetiens das Verhältnis zum Westen auf lange Zeit gefährden könnte. Sprecher des Weißen Hauses bezeichneten die russischen Reaktionen als überzogen und unangebracht. Am Vormittag des 11. August teilte Vizepräsident Cheney mit, dass ein Vorstoß Russlands auf georgisches Gebiet (außerhalb Abchasiens und Südossetiens) „zu einer Antwort zwingt“.⁴¹ Wenige Stunden später wurden russische Truppen vor Gori zurückberufen und später von Seiten der russischen Streitkräfte dementiert, überhaupt jemals soweit vorgestoßen zu sein.

Hinsichtlich einer möglichen Lösung des Konfliktes gaben sich die USA bedeckt, merkten lediglich an, dass die territoriale Integrität Georgiens gewahrt bleiben müsse.⁴² Weiters teilte Bush vor der Entsendung Kouchners nach Georgien der Presse mit, mit Frankreich in dieser Angelegenheit einer Auffassung zu sein und voll hinter den französischen Bemühungen zu stehen.

Frankreich ist nicht nur als Ratsvorsitzender sondern auch als am Kaukasus aktivster Europäischer Staat gegenwärtig die gewichtigste europäische Stimme. Frankreichs „sechs Punkte Plan“, der auch im späteren Waffenstillstand mündete, beinhaltete:⁴³

1. Einen Gewaltverzicht beider Seiten.

2. Einstellung der Feindseligkeiten, bzw. Truppenentflechtung.
3. Freier Zugang für internationale humanitäre Hilfe.
4. Rückführung der georgischen Streitkräfte in ihre friedensmäßigen Garnisonen.
5. Rückzug der russischen Streitkräfte auf die Linien vor Beginn der Feindseligkeiten in Südossetien. In Erwartung eines internationalen Mechanismus wird den russischen Friedenstruppen vorläufig die Ergreifung „zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen“ gestattet. (Dieser Punkt, etwas unklar formuliert, sollte später noch für Spannungen sorgen)!
6. Internationale Verhandlungen über die Wiedererrichtung von Sicherheit und Stabilität in Abchasien und Südossetien.

Dieser Vorschlag wurde letztendlich von beiden Seiten – allerdings mit unterschiedlicher Interpretationen und Hintergedanken – akzeptiert. Um auch in Moskau Gehör zu finden, hielt sich Frankreich zurück, Vorwürfe an die beiden Parteien, besonders nicht Russland, zu machen. Weder Sarkozy noch Kouchner wollten Russland wegen seiner Handlungen verurteilen, sprachen sich aber für einen Erhalt der Souveränität und territorialen Integrität Georgiens aus.⁴⁴

Das deutsche Außenamt, wie auch die Kanzlerin Merkel forderte ein sofortiges Ende der Gewalt und einen Rückzug der Truppen auf die Ausgangsstellungen. Man unterstützte weiters die diplomatische Mission Kouchners und Stubbs und plante mit Frankreich und Großbritannien die Einbringung eines Vorschlages einer Sicherheitsratsresolution. Wie auch Sarkozy bekräftigte Merkel, dass die territoriale Integrität Georgiens gewahrt bleiben müsse.

Einige osteuropäische Staaten wie etwa Polen, Estland und Lettland verurteilten das russische Vorgehen auf das Schärfste, sprachen von einem „russischen Imperialismus am Kaukasus“ und forderten scharfe Reaktionen des Westens. Schweden, Estland und Polen forderten auch die Entsendung einer EU-Friedenstruppe nach Georgien.⁴⁵

Mit dem montäglichen Erwachen der diplomatischen Dienste und der politischen Bewertung der Vorgänge am Kaukasus durch die Staatengesellschaft begann auch der Kampf um die internationale öffentliche Meinung mit neuer Intensität.

Beide Parteien warfen sich gegenseitig die Schuld an der Krise, Kriegstreiberei und gravierende Menschenrechtsverletzungen vor – und übertrieben dabei gehörig in ihren Darstellungen.⁴⁶ Zunächst wäre da der von den russischen Auslandsmedien – besonders dem Sender „Russia Today“ – mühevoll inszenierten „Genozid der Georgier an den Osseten“ in Zchinvali zu erwähnen.⁴⁷ In den Kämpfen um Zchinvali griffen sowohl Georgier wie Russen auf Artillerie und Mehrfachraketenwerfer (gerade letzteres ist eine Waffe mit großer Flächenwirkung) im Ortskampf zurück,⁴⁸ was für die Zerstörungen in der Stadt verantwortlich sein dürfte. Bereits Grozny hatte gezeigt, wohin die althergebrachte sowjetische Kampfweise, Ortschaften mit Hilfe großzügiger Artillerieunterstützung zu nehmen, führte. Die georgische Armee ist in diesem Punkt kaum „westlicher“ als die russischen „Befreier“. Der Vorwurf des Genozids und der ethnischen Säuberung, der von russischer Seite erhoben wird, ist aber nichts weiter als Kriegspropaganda und billige Selbstrechtfertigung Moskaus. Weiters warf Georgien Russland vor, Ossetien zu „entgeorgisieren“. Dies ist zwar in der Tat der Fall, allerdings richten sich die russischen Maßnahmen nicht gegen die Georgier als Ethnie, sondern gegen die Reste georgischer Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen, um später auch die formelle Unabhängigkeit Südossetiens von Georgien leichter vollziehen zu können.

2.c. Der Ausklang des Krieges

Nachdem die russischen Streitkräfte ihre Offensive vom 11. August bis in den Vormittag des 12. fortgesetzt und bedeutende Geländegewinne gemacht haben, verlaubliche Präsident Medwedew am Nachmittag des selben Tages, dass Russland mit einem vorläufigen Ende der Kämpfe einverstanden sei.⁴⁹ Dies geschah unmittelbar vor der Landung des französischen Staatspräsidenten Sarkozy in Moskau.

Die russischen Truppen hatten bis dahin die Städte Gori in Zentralgeorgien an der Kura (der wichtigsten Ost-West Verbindungslinie Georgiens), sowie Poti, Zugdidi und Kareli im Westen Georgiens, bzw. am Schwarzen Meer besetzt.⁵⁰ Sie beherrschten auch die Straßenverbindung nach Batumi, dem letzten Schwarzmeerhafen unter georgischer Kontrolle. Somit hatten russische Truppen Georgien in zwei Hälften geschnitten und kontrollierten alle wichtigen Verbindungslinien zum Schwarzen Meer und der Türkei, vor

allem auch der Ölrouen. Russische Truppen begannen ab dem Haltebefehl sich an ihren Positionen einzugraben – nicht nur ein Zeichen, dass die russische Armee (im Gegensatz zu manchen westlichen) die elementarsten Bausteine des Kriegshandwerkes nicht verlernt hat, sondern auch, dass man gedachte zu bleiben.⁵¹ Am Nachmittag des 13. Augusts verstärkte Russland seine Truppen in Gori erneut.⁵² Auch sprachen die russischen Stellen seit Verkündung der Waffenruhe nicht von Abzug. Um den Rückzug der russischen Truppen rankten sich auch Wochen nach dem Waffenstillstand noch Zwistigkeiten. Zunächst sah sich Russland zu keinem Rückzug veranlasst. Dann wollte es sich bis 22.08. zurückziehen, behielt sich aber die Besetzung einer „Sicherheitszone“ um die abtrünnigen Provinzen vor – die letztlich deckungsgleich mit den am 13. eroberten Gebieten waren. Man berief sich dabei auf Punkt 5 des Waffenstillstandsabkommens, der den russischen Truppen zusätzliche Sicherungsmaßnahmen zugestand.⁵³ Auch fühlten sich die abchasischen Separatisten nicht an die Waffenruhe gebunden und warfen am Nachmittag des 13.08. die letzten georgischen Stellungen im Kodori-Tal.⁵⁴

Erstaunlich war aber auch, dass die georgische Armee dem russischen Vormarsch kaum Widerstand entgegensetzte. Im Westen Georgiens gab es keine Anzeichen von Kampfhandlungen, auch Gori wurde von der georgischen Armee eher fluchtartig verlassen als verteidigt.

Auch die Kriegsrhetorik und Propaganda beider Seiten hielt noch länger an: jeweils der andere sei ein Aggressor, trage die alleinige Kriegsschuld und verübte die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen. In diesem Zusammenhang ist auch die Anklage Russlands vor dem internationalen Strafgerichtshof durch Georgien zu sehen.⁵⁵

Was eine mögliche Lösung des Konfliktes angeht, so gingen die Forderungen bisweilen auseinander. Russland verlangte in erster Linie eine Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens seitens Georgiens. Den Rücktritt Saakaschwilis legte man nur noch nahe, nannte ihn aber nicht als Vorbedingung für weitere Verhandlungen. Auch verlangte Russland am 12. erstmals eine demilitarisierte Zone um die Autonomieregionen herum. Diese sollen sich etwa mit jenen Territorien, die russische Truppen bis dahin besetzt halten, decken.⁵⁶ Dass man Georgien zu besetzen gedenke, stritt man aber ab. Südossetische und abchasische Vertreter

legten sich nach dem Ende der Kämpfe fest, nicht mit Georgien verhandeln zu wollen. Ähnlich dem Kosovo soll die Unabhängigkeit durch Sturheit ersessen werden.

Erst mit Abend des 13. August wurden die amerikanischen Reaktionen schärfer: besonders die dauerhafte Stationierung russischer Truppen auf (rest-)georgischem Gebiet wollte Washington nicht tolerieren.⁵⁷ Es forderte einen umgehenden Rückzug der russischen Streitkräfte auf das Gebiet der beiden abtrünnigen Provinzen. Man schien sich nun in Washington über die politischen und strategischen Konsequenzen einer beginnenden Dauerstationierung russischer Truppen im Klaren gewesen zu sein.

Die USA drohten Russland den Ausschluss aus mehreren internationalen Organisationen und Verhandlungsformaten an: der OSZE, der G8 sowie einer permanenten Ablehnung seines WTO-Beitrittsgesuches. Ob diese Maßnahmen Russland beeindrucken könnten ist zu bezweifeln.⁵⁸

Ein wirkmächtigeres Mittel der USA, Präsenz zu zeigen, war die Entsendung von Soldaten zu humanitären Zwecken nach Tiflis am Mittwoch, den 13. August 2008.⁵⁹ Tatsächlich handelte es sich lediglich um Bodenpersonal zum Entladen militärischer Frachtmaschinen: einen symbolischen Wert hatten sie dennoch: wollte Moskau weitermarschieren, mussten sie in Kauf nehmen, dass auch amerikanische Soldaten getroffen oder gar direkt angegriffen werden.

Frankreich mauserte sich dieser Tage zur gewichtigsten europäischen Stimme. Das gegenwärtige Waffenstillstandsabkommen, welches ein Einstellen der Kämpfe, einen Rückzug der russischen Truppen nach Abchasien und Süd-ossetien, das Einfließen einer internationalen Friedensstruppe und die Wiederaufnahme von direkten Verhandlungen vorsieht, wurde von beiden Parteien unterzeichnet.⁶⁰

Allerdings ist die Interpretation des Abkommens bisweilen unterschiedlich: Moskau sieht seine Besetzung Georgiens als einen Beginn der „Stationierung der internationalen Friedensstruppe“ an und sieht sich daher vorerst nicht zum Rückzug verpflichtet.⁶¹ Auch sieht es keine Veranlassung Abchasien und Ossetien an den Verhandlungstisch zu zwingen, da die Frage der Sezession bereits zu Ungunsten Georgiens geklärt sei. Der französische Entwurf beinhaltete

aber auch eine Erklärung zum Erhalt der Souveränität und territorialen Integrität Georgiens. Dass sich Frankreich daher in den darauf folgenden Tagen enttäuscht vom russischen Vorgehen zeigte und unter den europäischen Staaten relativ kritisch auf Moskaus Forderungen reagierte, ist nicht verwunderlich.⁶²

Moskau hatte Frankreich bereits vor den Kopf gestoßen, als es am 12. einen französisch-britisch-deutschen UN-Resolutionsentwurf für eine Waffenruhe zurückwies. Auch die Verkündung der Waffenruhe unmittelbar vor dem Eintreffen Sarkozys hat diesem zumindest die Gelegenheit geraubt, sich den diplomatischen Erfolg zuzuschreiben und öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

Das deutsche Außenamt und auch die Kanzlerin Merkel forderten einen Rückzug der russischen Truppen auf die Autonomiegebiete und bekräftigten ihr Bekenntnis zur territorialen Integrität Georgiens.⁶³

Osteuropäische und skandinavische Staaten wie etwa Polen, Estland, Lettland, Litauen, Finnland und Schweden verurteilten das russische Vorgehen am Kaukasus und forderten scharfe Reaktionen des Westens.⁶⁴ Schweden, Estland und Polen forderten auch die Entsendung einer EU-Friedenstruppe nach Georgien. Dieser Position schloss sich am 13. auch Frankreich an.⁶⁵ Es dürfte sich daher in der EU eine immer breitere Koalition für eine EU-Friedenstruppe finden – allerdings scheint man in Brüssel noch auf ein Einverständnis Russlands zu einer UN-Resolution über den deren Einsatz zu warten, welcher schwerlich erfolgen wird.

Trotz eingeschränktem Handlungsspielraum und militärischer Niederlage hält Saakaschwili an seinen bisherigen Bedingungen fest: die territoriale Integrität Georgiens sei unbedingt zu wahren. Der Austritt aus der GUS,⁶⁶ der am Dienstagabend beschlossen wurde ist eher symbolischer Natur: die GUS als internationale Organisation hat nie wirklich funktioniert. Allerdings galt für die baltischen Staaten der Nicht-Beitritt 1991 bereits als Vorentscheidung für die Westintegration. Weiters stellt die GUS bzw. eine GUS-Mitgliedschaft die rechtliche Grundlage der russischen Truppenpräsenz dar, die man ihr so entziehen wollte. Allerdings sollte Saakaschwili mittlerweile gelernt haben, dass in der internationalen Politik nicht Realität wird, was Recht ist, sondern was durchgesetzt werden kann.

Auch erhob Saakaschwili schwere Anschuldigungen an den Westen, insbesondere die USA, Georgien im Konflikt ungenügend unterstützt zu haben. Allerdings hatte ihn weder Washington noch Brüssel gebeten, mit der Europafahne im Hintergrund einen Krieg mit Russland vom Zaun zu brechen. Nun hat

er sein Land in die vollkommene Abhängigkeit getrieben: Perpetuiert sich der *status quo*, ist er politisch, militärisch und wirtschaftlich von Moskau abhängig. Gelingt es, zumindest Restgeorgien als souveränen Staat zu erhalten, liegt dies an Washingtons Engagement und Wille, nicht mehr an Tiflis.

3.) Strategische Bewertung

Dass Georgien seine Kräfte maßlos über- und die russische Reaktion unterschätzt hat, dürfte mittlerweile klar sein. Auch hat Saakaschwili die Bereitschaft der USA (deren Primärinteresse das Verhindern der gewaltsamen Eskalation war), Georgien bei einem Waffengang gegen Südossetien den Rücken zu decken, anscheinend völlig verkannt. Die amerikanischen Reaktionen fielen erst dann schärfer aus, als Russland begann, den Krieg auf das übrige georgische Staatsgebiet auszuweiten. Dass Georgien die in der Nacht vom 07. August angekündigte Waffenruhe als Verschleiervorgang für seine militärische Offensive vom 08.08. verwendete, kann nicht ausgeschlossen werden. Da zu deren Absicherung eine russische Vermittlungsdelegation einberufen wurde, wäre der Zorn Moskaus auf Tiflis verständlich.

Allerdings ist es schwer vorstellbar, dass die süd-ossetische Regierung, die fest unter russischer Kontrolle steht, ihre Provokationsakte gegenüber Georgien ohne russische Rückendeckung durchführte. Sowohl von abchasischer wie auch ossetischer Seite wurden in diesem Jahr vermehrt Waffenstillstandsverletzungen verübt, die durch Beobachter der OSZE auch bestätigt wurden. Die Eskalation der Kampfhandlungen seit dem 03.08. wurde ebenso durch Südossetien forciert.

Weiters traf die georgische Offensive Russland keineswegs unvorbereitet und das direkte und harte Vorgehen gegen Georgien schloss auch weiter gesteckte Kriegsziele nicht aus: am 10.08. traten die russischen Truppen Vormärsche an, die eine auf ein weiteres Vorstoßen nach Georgien hinarbeiteten. Die am Abend des 10.08. lancierte Forderung nach einem Rücktritt Saakaschwilis bestätigte die Vermutung, Russland habe die Gelegenheit beim Schopfe gepackt, um in Georgien wieder für sich günstige Verhältnisse zu schaffen.

Die Lage ist zwar durch den Waffenstillstand etwas beruhigt worden, jedoch immer noch höchst instabil. Der vorläufige Waffenstillstand hat die Konfliktsituation nur kurzfristig eingefroren, eine Rückführung in die Nähe des *status-*

quo-ante oder gar Bereinigung der Lage ist nach der formellen Unabhängigkeitserklärung beider Teilrepubliken und deren Anerkennung durch Russland auch nicht mehr möglich. Beide Kontrahenten haben dem Waffenstillstand zwar zugestimmt, aber erstens unter widersprüchlichen Bedingungen und Vorbehalten, zweitens bedeutet ein diplomatisches Zugeständnis noch lange nicht, dass man sich auch über eine Entflechtung oder weitere Vorgehensweise einig ist. Scharmützel und Provokationen können jederzeit wieder zu einem Aufflammen der Gewalt führen. Russland, so es einen Vorwand braucht, könnte hier wieder die ossetischen und abchasischen Freischärler instrumentalisieren um Georgien zu provozieren. Diese fühlen sich ja nicht an den Waffenstillstand gebunden. Besonders, sollte sich die Lage für Georgien nicht bessern, könnte ein kleiner Funke wieder zu einem Verzweiflungsakt Saakaschwilis führen.

Russland weiß, dass es die Situation zur Zeit vollständig kontrolliert. Georgien ist zweigeteilt, russische Truppen haben alle wichtigen Punkte entlang der strategischen Verbindungslinien Georgiens besetzt: die Ost-West-Linie um Gori, somit auch alle Erdölpipelines sowie die Schwarzmeerhäfen, bzw. deren Zugangsstraßen. Russland fordert die Einrichtung einer „demilitarisierten Zone“ um die Sezessionsgebiete, die diese Positionen beinhalten sollte. Damit ist im Minimalfall eine hohe militärische Verwundbarkeit Georgiens gegeben. Sollte Russland seine Streitkräfte als „Friedenstruppen“ (so wie schon jetzt in Südossetien und Georgien) zur Überwachung dieser demilitarisierten Zone in Georgien dauerhaft stationieren, geht es um mehr als militärische Verwundbarkeit: vollkommene politische Penetration. Russland würde die vollständige politische, militärische und vor allem auch ökonomische Kontrolle über Georgien erhalten, ohne sich mit dem Makel der Besetzung zu belasten und vor allem auch ohne selbst einen pro-russischen Statthalter in Tiflis aussuchen zu müssen. Denn egal wer dann dort an der Macht ist, er wird sich in allen Fragen dem Willen

Moskaus beugen müssen. Bereits in den Vorkriegsjahren suchte Moskau ökonomisch in Georgien Fuß zu fassen: Aufkauf von Energiefirmen, Printmedien, Fernseh- und Radiostationen deuteten bereits auf den Versuch der sanften Übernahme hin.⁶⁷ Durch die Sanktionsmöglichkeiten, die eine Kontrolle der Außenverbindungen mit sich bringen würde, könnte der politische Handlungsspielraum der Regierung in Tiflis weiter eingedämmt werden.

Georgien kann in dieser Situation nur mehr darauf hoffen, dass der Westen gegenüber Russland seine Anliegen so gut wie möglich vertritt. Wenn Europa und die USA nicht hinter georgischen Bestands- und Existenzinteressen stehen, kann Russland diesen Staat nach Belieben demontieren.

Die über Georgien hinausgehende Signalwirkung des Konfliktes ist nicht zu unterschätzen. Neben der revanchistischen Haltung gegenüber dem Westen (Rache für Kosovo, Osterweiterung, Raketenabwehr, etc.) ist vor allem die Signalwirkung an die übrigen west- und zentralasiatischen Staaten und im besonderen an die Ukraine von Bedeutung: das punitive Exempel soll diese von einer möglichen Annäherung an den Westen abschrecken und ihnen auch vor Augen führen, wie wenig der Westen, insbesondere die USA, einem entschlossenen Vorgehen Russlands entgegen zu setzen haben.

Auch ist in der Ukraine mit verstärkter russischer Einflussnahme zu rechnen: der politische Einfluss auf die dortige pro-russische Minderheit, deren politische Organisation und Instrumentalisierung ist ebenso zu erwarten wie die großzügige Ausstellung von russischen Pässen für ukrainische Staatsbürger. Ökonomische Erpressung, innenpolitische Destabilisation und militärische Intervention mit anschließender Zerschlagung des Herrschaftsraumes ist auch gegenüber der Ukraine ein durchaus anwendbares Mittel. Und sollte sich an der politischen „Einigkeit“ Europas nichts ändern auch gegenüber den baltischen Staaten.

Hier liegt auch das Grundproblem der europäisch-russischen Beziehungen begraben: dem russischen Selbstverständnis, sich selbst Hegemonialsphären zuzusprechen, ohne den Willen der betroffenen Staaten auch nur annähernd zu berücksichtigen. Aus russischer Sicht genießen scheinbar die Interessen der großen Atommächte (neben Russland nur die USA, eventuell auch China) Geltungsvorrang vor dem Willen anderer

Staaten oder anders ausgedrückt: Nicht-Atomwaffenstaaten haben nichts zu wollen, sondern lediglich zu gehorchen! Und jene Staaten, die nach russischem Selbstverständnis in der russischen Einflussosphäre liegen, haben sich den Wünschen Moskaus zu beugen.

Diese Einstellung führt zu nicht unerheblichen Auffassungsunterschieden mit anderen Staaten. Zum einen pochen etwa Frankreich, Großbritannien, Deutschland und die Türkei auf Gleichrangigkeit gegenüber Moskau.

Weiters hat sich so eine vollkommen unterschiedliche Wahrnehmung der politischen Ereignisse der letzten 20 Jahre in den Köpfen der politischen Eliten festgesetzt. Aus der Sicht Washingtons etwa ist die NATO- und EU Osterweiterung in erster Linie Folge des Bestrebens der osteuropäischen Staaten, Teil Westeuropas zu werden. Aus Moskauer Sicht hätte aber der Wille Polens oder Georgiens irrelevant sein müssen: wenn der Westen eine politische Entwicklung in der selbsternannten Einflussosphäre gut heißt, bedeutet dies für Moskau bereits ein feindseliges Vortreiben der westlichen Einflusszone. Was aber bedeutet es politisch für Europa, wenn Russland sich das Recht heraus nimmt, über die politischen Prozesse anderer Staaten nach eigenem Gutdünken zu entscheiden und diese Entscheidungen auch mit Gewalt durchsetzt?

Daher empfinden besonders die osteuropäischen Staaten die Lage als prekär. Der Besuch der Staatschefs Polens, Estlands, Lettlands, Litauens und der Ukraine in Tiflis sollte nicht nur ihre Solidarität mit Georgien zum Ausdruck bringen,⁶⁸ sondern vor allem auch gegenüber den USA aufzeigen, wie bedroht man sich selbst vom neuen wiedererstarkenden Russland fühlt. Vor allem sucht man angesichts der hohen Sympathie für Russland in Deutschland, Italien und anderen westeuropäischen Staaten die EU-Politik durch unilaterale Handlungen bereits gegen Moskau aufzustellen, um den russlandfreundlichen Staaten den Handlungsspielraum einzuengen.

Kritische Stimmen Richtung Moskau und Furcht vor einer neuen konfrontativen Außenpolitik Russlands bleiben aber nicht auf die Staaten der ehemals-sowjetischen Dominien beschränkt. Zahlreiche schwedische und finnische Politiker kritisierten das militärische Einschreiten auf das Schärfste.⁶⁹ Die Kommentare reichten von „übertrieben harter Reaktion“ bis zur „neoinperialisti-

schen *Kaukasuspolitik Russlands*". Die Chance, dass Skandinavien wieder in die Interessenssphären Moskaus rutscht ist zwar möglich, aber weniger wahrscheinlich. Eher hatte man sich in Stockholm und Helsinki mit der Vorstellung einer beruhigten und stabilisierten Ostsee-Gegenküste angefreundet, eine Vision, die wieder mit gewisser Unsicherheit behaftet ist. Man wird an der Verteidigungspolitik der nordischen Staaten in den nächsten Jahren sehen, inwieweit den geweckten Ängsten auch Rechnung getragen wird.

Ebenso besorgt über das Einschreiten der Russen in Georgien zeigt sich die Türkei. Zwar bemüht sich die Regierung Erdogan um einen sanften Ton, jedoch das administrative und militärische Establishment sieht im Hinblick auf die türkischen Kaukasusinteressen (Umschiffung Armeniens, Verbindung nach Aserbaidschan und Zentralasien) bereits vitale Interessen bedroht.⁷⁰ Jedenfalls hat Ankara amerikanischen Marineeinheiten bereits das Recht der Durchfahrt durch die Dardanellen ins Schwarze Meer genehmigt⁷¹ – ein Ersuchen, das bis zum Kaukasuskrieg durch die Türkei mehrmals abgelehnt wurde.

Die USA stehen nun vor einem großen politischen Dilemma. Georgien hatte in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik eine relativ geringe Priorität. Entgegen den Behauptungen sowohl selbsternannter linker europäischer als auch antirussisch-kaukasischer Experten ist die NATO-Integration Georgiens nicht zur Ausmanövrierung Russlands unterstützt worden, sondern stellte eher ein Gewähren georgischer Wünsche dar. Man wollte beitragswillige Nationen – auch gegen Widerstände von außen – unterstützen, so diese selbst den Anschluss an den Westen suchten.⁷² Die auch in westlichen Medien oft zelebrierte „Geopolitisierung“ der Konflikte spielte im *Mindset* der USA eine eher untergeordnete Rolle: der Anteil der kaspischen Region an den weltweiten Ölvorräten ist im Vergleich zu anderen Regionen (inklusive der amerikanischen Produktion) gering,⁷³ die Interessen in Zentralasien sind marginal und für den Krieg in Afghanistan ist in erster Linie Pakistan als Verbündeter entscheidend.

Im Hinblick auf die Sezessionskonflikte war man in erster Linie auf eine Verhinderung des Gewaltausbruches aus, in weiterer Folge sollten sich diese durch Integration der Gebiete in die Weltwirtschaft und ökonomischen Aufschwung selbst lösen. Diese Ansicht überschätzte erstens die Bedeutung ökonomischer Benefizien für die

Politik am Kaukasus und unterschätzte zweitens das Selbstbild der Georgier, sich selbst als Vorposten der USA im (für die USA nicht vorhandenen) Einflussstreit am Kaukasus zu sehen. Aus diesem falschen Selbstbild heraus ist auch die Entscheidung Saakaschwilis, eine Konfrontation mit Russland in der Hoffnung auf (aber ohne Zusicherung der) Washingtoner Unterstützung zu riskieren, zu verstehen. Auch ist aus der anders gearteten Lageeinschätzung der USA die anfangs sehr zurückhaltende Reaktion Bushs zu erklären. Washington suchte zudem im Streit mit dem Iran auch die Einbindung Moskaus (welche bereits teilweise gegeben war) und war kaum bereit, diese für Georgien zu opfern.

Nun stehen die USA aber vor dem Problem, zu einer ungünstigen Zeit (Wahlkampf, Ende der Administration Bush, gebundene Ressourcen im Irak und Afghanistan) Russland zumindest zu einem Rückzug aus Rest-Georgien zwingen zu müssen. Es steht nicht nur die Glaubwürdigkeit der USA als Ordnungsmacht und Patron auf dem Spiel, die Demontage einer gewählten Regierung durch einen forschen militärischen Eingriff des autoritären Nachbarlandes bringt auch die Vorstellung der amerikanischen Weltordnung nach dem Kalten Krieg ins Wanken. Ob sich dies mit den oben erwähnten Drohungen verwirklichen lässt, bleibt fraglich.

Erste unmittelbare Konsequenz des Kaukasuskrieges ist freilich die Finalisierung der Verhandlungen mit Polen über die Stationierung einer amerikanischen Raketenabwehrstellung in Nordpolen. Anlässlich des Verhandlungsabschlusses betonte der polnische Premier Tusk auch, Polen sei nun in einem besonderen Naheverhältnis zu den USA, welche nun auch gewillt seien, besonders Polen zu verteidigen. Ob diese Bemerkung mehr in Richtung des wiedererwachenden russischen Bären oder der untätigen Kollegen in Brüssel gerichtet war, sei dahingestellt.⁷⁴

4.) Offene Fragen für die europäische Sicherheitspolitik

Der Krieg am Kaukasus wirft für Europa eine Reihe offener Fragen auf: Kurzfristig, wie man mit der unmittelbaren Situation umgehen soll, mittel- bis langfristig, wie man sein Verhältnis zu Russland einrichten gedenkt.

Zunächst wäre aber einmal eine Reaktion auf die nun formell von Russland anerkannte Abtrennung Südossetiens und Abchasiens zu finden: Die EU kann einerseits dieses Ergebnis nicht anerkennen und so Georgien eine Hintertüre für weitere Verhandlungen ebnen. Allerdings macht es weder für Russland noch für die abtrünnigen Provinzen einen Unterschied, was die EU anerkennt und was nicht. Auch dürfte sich Moskau später zu keinen Verhandlungen mehr bereit erklären, da die Angelegenheit bereits zu seiner Zufriedenheit gelöst wurde. Andererseits würde Moskau dies auch nicht als eine Belastung der europäisch-russischen Beziehungen werten, da man nun lediglich mit Europa quitt sei. (Für Russland hat die NATO ja im Kosovo ebenso mit Gewalt einen Teil aus dem Staatsgebiet eines Verbündeten gebrochen). Zu guter Letzt muss man sich fragen, ob eine Wiederangliederung Abchasiens und Südossetiens selbst ohne russische Rückendeckung für die abtrünnigen Provinzen praktikabel und sinnvoll gewesen wäre. Staatsgrenzen waren nie eine Sache der Ewigkeit. Und wenn es keine Möglichkeit des unblutigen Zusammenhaltes eines Staates gibt – diese Erfahrung hat man ja am Balkan bereits gemacht – muss auch die Aufteilung des Staates eine der denkmöglichen Optionen sein.

Eine andere Option ist es, Georgien zur Akzeptanz der Abtrennung beider Gebiete zu bewegen und gleichzeitig den Weg frei für den NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine zu machen. Dann hätte Russland zumindest sein Ziel der Verhinderung der Westintegration beider Staaten verfehlt. Freilich würde Russland solch einen Schritt als endgültigen Bruch mit dem Westen interpretieren. Allerdings muss sich der Westen fragen, inwieweit er Russland das Recht einräumen kann, selbst eine Hegemonialosphäre zu definieren in der es dann frei walten kann. Angesichts der Tendenz der russischen Außenpolitik, forscher, erpresserischer und militaristischer zu werden, wird der Zeitpunkt früher oder später kommen, an dem eine echte Konfrontation mit Russland unausweichbar ist. Angesichts der

destruktiven und in vielen weltpolitischen Fragen kontraproduktiven bis konfrontativen Außenpolitik Russlands ist zu hinterfragen, ob jener Bruch nicht schon längst vollzogen ist. Die Kooperation Russlands in der Terrorbekämpfung ist wertlos, vertrauensbildende Maßnahmen, Mil-Mil Kontakte und Abrüstung nicht vorhanden. Der Iran, Nordkorea, Venezuela und Syrien werden mit Waffen und Nuklearmaterial beliefert.⁷⁵ Jede Art der Destabilisierung westlicher Verbündeter wird genutzt. Russland rüstet dezidiert gegen die NATO auf. Es hintertreibt aktiv Demokratisierungs- und Stabilisierungsbemühungen des Westens in der dritten Welt. Mit andern Worten, Russland ist schon lange kein Partner in der Weltpolitik mehr.

Die Europäische Union wie auch die USA stehen nun vor sehr schwierigen Entscheidungen. Sollten sie Russland gewähren lassen, Georgien durch eine permanente Teilannexion als selbstständigen Staat zu demontieren, würde dies nicht nur die Glaubwürdigkeit der USA und der EU als Garant für ein offenes, auf freien Staaten mit frei gewählten Regierungen beruhendes Staatensystem erschüttern, sondern auch Russland ermuntern, solch ein Verhalten auch in zukünftigen Konflikten mit dem Westen an den Tag zu legen.

Andererseits sind sowohl der USA als auch der EU die Hände gebunden: die USA ist im Irak und Afghanistan bereits engagiert, kann sich also keine militärische Konfrontation leisten, schon gar nicht mit Russland. Zweitens sucht man immer noch nach einem Einverständnis mit Russland hinsichtlich des Vorgehens gegenüber dem Iran wie auch in der Frage der Raketenabwehr. Die Frage der Nachfolge des Präsidenten lässt zudem an der Dauerhaftigkeit amerikanischer Drohungen zweifeln.

Europa ist von russischen Energielieferungen besonders im Erdgasbereich abhängig. Dazu haben die ehemaligen Einflussagenten der Sowjetunion aus Jugend- und Friedensbewegungen mittlerweile gute Posten in Politik und Medienwelt Europas erstritten und halten auch heute ihrem einstigen Hegemon die Lanze. Hinzu kommen neu erworbene Fürsprecher in den Exportindustrien Deutschlands, Frankreichs und Italiens. Die politische Stimmung in Europa ist nicht für eine Konfrontation mit Moskau geeignet.

Gegenwärtig ist Europa in der Frage der Reaktion auf das russische Vorgehen am Kaukasus weder einig, noch offensichtlich gespalten. Frankreich, das durch Russlands eigenwillige Auslegung des Waffenstillstandsabkommens brüskiert wurde, scheint die Wortführerschaft im russlandkritischen Lager übernommen zu haben. Ihm folgten die skandinavischen Staaten und die Staaten des ehemaligen Ostblocks. In Deutschland und Italien sprechen sich zumindest Teile der Regierungselite für ein Beibehalten eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Russland aus. Auch Spanien will die europäisch-russischen Beziehungen nicht für Georgien aufs Spiel setzen.⁷⁶

Auch wird man sich damit auseinandersetzen müssen, wie man Saakaschwili von weiteren unüberlegten Handlungen abhalten können wird. Nicht nur, dass er den Westen durch sein eigenwilliges Auftreten und den Angriff auf Zchinvali in diese Lage manövriert hat, das erneute Erscheinen (und russische Abschüsse) georgischer Aufklärungsdrohnen über Südossetien lässt den Schluss zu, dass er die Abhängigkeit seines Landes vom westlichen Verhandlungsgeschick (dass er mit solchen Aktionen freilich unterminiert) noch nicht ganz realisiert hat. Sollte er nicht diszipliniert ausharren können, wird er – wie der tschechische Außenminister Schwarzenberg anmerkte – sein Land tatsächlich „in den Untergang führen“.⁷⁷

Das gegenwärtige Engagement scheint grob in folgende Richtungen zu gehen:

1. Russland unter wagen Drohungen (Verschlechterung des politischen Klimas, Gefährdung der bilateralen Beziehungen, etc.) zu einem Truppenrückzug aus Restgeorgien zu überreden.
2. Die von Russland geforderte „demilitarisierte Zone“ möglichst von einer EU-Friedenstruppe zu befüllen um einerseits georgische Sicherheitsinteressen zu befriedigen und zweitens russische Vorwände hinsichtlich georgischer Eskalationsmöglichkeiten zu entschärfen.
3. Die Verhandlungen über den finalen Status Georgiens voran zu treiben. Allerdings wird man nach diesem Krieg um eine formelle Entlassung Südossetiens und Abchasiens aus dem georgischen Staatsverband nicht umhin können. Ein Anschlussverbot an Russland wie Limitierungen russischer Truppenkontingente

und deren internationale Überwachung könnten Teil einer Pakettlösung sein, die Georgien akzeptieren müssen wird.

All das ist aber noch Zukunftsmusik, denn russische Truppen stehen noch tief in Georgien und nehmen sich dabei den Titel eines deutschen Schlagers zu Herzen: „Wir sind gekommen um zu bleiben.“

Mittel- und langfristig ist jedoch zu die Frage aufzuwerfen, wie das europäisch-russische Verhältnis langfristig einzurichten ist. Diese Frage wiegt für Europa ungleich schwerer als etwa die USA, weshalb man eine kontinentale Verständigung in dieser Frage raschest erreichen sollte.

Zunächst gilt es folgende Fragen zu beantworten: kann eine konfrontative Haltung gegenüber Russland die Sicherheits-, Bestands- und Subsistenzinteressen Europas eher fördern als eine Hegung? Und könnte Europa einen konfrontativeren Kurs überhaupt durchhalten?

Zum ersten sei der Annahme widersprochen, Moskaus Verärgerung sei auf westliche Ignoranz zurückzuführen. Man suchte Moskau in den ersten Jahren nach Zerfall der Sowjetunion sehr wohl konstruktiv einzubinden, allerdings mit geringem Erfolg. So modifizierte man etwa das KSE-Regime auf Bitte Moskaus, um dessen ersten Tschetschenienkrieg zu legalisieren. Das Versprechen einer Bewegung in Georgien und Transnistrien blieb Russland aber bis heute schuldig.

Auch war die Auflösung Jugoslawiens unter den europäischen Staaten höchst umstritten (Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und Belgien waren zunächst auf den Erhalt der territorialen Integrität Jugoslawiens bedacht). Erst als sich Belgrad grobe Entgleisungen auf dem Felde des humanitären Völkerrechts leistete, und trotz aller Konsultationen mit Moskau nicht zum Einlenken zu bringen war, schritt die NATO ein (1995 in Bosnien, drei Jahre nach Kriegsbeginn). Es entstand der Eindruck, dass Moskau ohnehin unfähig war, seiner selbst propagierten Rolle als Ordnungsmacht nachzukommen.

Ähnlich zur Lage im Kosovo: Als die NATO 1999 eingriff suchte man noch eine Verständigung mit Russland (die ersten KFOR-Einheiten, die den Kosovo betreten war übrigens ein russisches Fallschirmjägerbataillon). Allerdings verließ Russland KFOR, auf Bemühungen Moskaus, Serbien zu einem Kompromiss zu bewegen, der

seine territoriale Integrität erhalten hätte, wartete man vergebens. Die Unabhängigkeit des Kosovo nach neun Jahren Verhandlung ist eher ein Resultat der Ausweglosigkeit, da beide Parteien nicht von ihrem Maximalforderungen abgingen. Die Selbstinszenierung der Albaner als Gewinner an Europas Seite gegen die russisch-serbische Allianz hat mit den ursprünglichen amerikanischen wie europäischen Absichten in diesem Raum wenig zu tun.

Die Wahrnehmungsunterschiede hinsichtlich der Osterweiterung wurden bereits erläutert. Russland hat wenig Gründe, den von der Historie Beleidigten zu spielen. Dass der Rest der Welt die vom russischen Sicherheitsestablishment kultivierte Sentimentalität gegenüber den sowjetischen Zeiten und der damaligen Einflussphären nicht teilt, ist angesichts der historischen Erfahrungen der betroffenen Staaten ebenso verständlich.

Auch sollte man hinterfragen, wie konstruktiv denn die russische Politik bisher in Moldawien, Georgien und hinsichtlich der Ablöse des ABM-Vertrages war. Russland kann nicht erwarten, dass es einerseits jede Kompromisslösung ausschlägt, andererseits seine Interessen überall untergebracht haben will. Eine weitere Hegung Moskaus würde nur die russische Politik bestätigen, auf der Maximalforderung zu beharren und nötigenfalls ökonomischen und militärischen Druck zu deren Durchsetzung aufzubauen.

Wenn also ein gehegtes Russland nicht handhabungssicher ist, ist es ein eingedämmtes? Würde Russland im Falle einer permanenten Konfrontation sich kompromissbereiter zeigen? Und welche Opportunitätskosten hätte eine solche Konfrontation?

Leicht und sicher zu beantworten sind diese Fragen kaum. Die offensichtlich unterschiedlichen Grade an Aufmerksamkeit, die Moskau den Handlungen Washingtons einerseits, und denen anderer Staaten andererseits schenkte, lassen freilich den Schluss zu, dass das militärische Potential, die gegebenen Handlungsmöglichkeiten und die in vergangenen Konflikten demonstrierte Handlungswilligkeit der USA Moskau mehr beeindrucken als wohlwollende diplomatische Worte. Zweifelsfrei denkt Moskau in Panzerdivisionen, aber muss man hierzu Panzerdivisionen ständig auf Russland ausrichten? Auch wenn das russische Verhalten in vielen Fragen der Weltpolitik (Nonproliferation, Terrorismusbekämpfung, Nahostpolitik) latent feindselig ist, besteht doch

ein gradueller Unterschied zur generellen Hintertreiben westlicher Politikbemühungen: Nordkorea wird zwar diplomatisch gedeckt und unterstützt, jedoch nicht militärisch. Der Iran wird zwar mit Kernreaktoren und Aufbereitungstechnologie versorgt, Russland hält aber zumindest noch den Verkauf wirkungsvoller Trägermittel hintan. Russische Sicherheitsdienste unterhalten zwar enge Verbindungen zur Hizb'Allah und Hamas, jedoch wird diesen nicht wie zur Zeit des Kalten Krieges Ausbildungsstätten, logistische Unterstützung und verfolgungsfreier Raum gewährt. Das russische Verhalten ist kontraproduktiv, könnte aber im Falle westlicher Eindämmungspolitik mehr Mühen bereiten als sie das ohnehin schon tut.

Dass Europa von russischen Energielieferungen, besonders auf dem Erdgassektor abhängig ist, ist allgemein bekannt. Auch ist die Bedeutung der Re-Investitionen russischer Petro-Euros in die europäische Wirtschaft, sowie Russland als boomender Absatzmarkt für europäische Produkte, nicht zu unterschätzen. Vor allem aber, gibt es keine politisch „unbedenklichen“ Alternativen zum russischem Nachschub: Eine Abnabelung Europas von russischen Energielieferungen würde Europa lediglich zur engeren Kooperation mit den Golfstaaten, dem Iran und nordafrikanischen Staaten nötigen. Dabei ist der Iran selbst Hauptproblem auf dem Felde der Nonproliferation und die Re-Investition europäischer Ölgelder in wahabistische Stiftungen und Koranschulen in Europa, islamistische Parteien oder Regime wie etwa dem Sudan, sowie über private Kanäle an islamistischen Terrororganisationen in Israel, Kaschmir, Libanon, Afghanistan und dem Irak scheint der weltpolitischen Lage nicht minder abträglich als der russische Revanchismus.

Von einer problematischen Abhängigkeit in die nächste zu springen, kann kaum im Interesse Europas liegen, besonders, da es auch jede Art der abnehmerseitigen Forderungsstellung unterminieren würde. Europa sollte also nicht prinzipiell konfrontativ an Russland herangehen, wohl aber konfrontationsbereit sein, wenn Russland durch Eskalation und ökonomische oder militärische Pressuren seine Interessen gegenüber seinem Umfeld durchzusetzen versucht.

Mittelfristig allerdings muss Europa vor dem Hintergrund eines militaristisch denkenden und agierenden Russlands seine Verteidigungspolitik, bzw. Sicherheitsarchitektur hinterfragen: Wenn die russischen Eliten in – nach militärischen

Fähigkeiten rangierten – Status-Rangstufen denken, ist es dann wirklich sinnvoll die europäischen Streitkräfte ausschließlich auf die Beschickung von Friedensmissionen im Ausland auszulegen?

Im Zuge des Transformationsprozesses haben die europäischen Armeen einen erheblichen Abbau an Feuerkraft, Kriegsführungsfähigkeit und Mannesstärke durchlebt. Zwar konnte die Qualität in einigen Fällen gesteigert werden, es ist jedoch zu bezweifeln, dass diese den numerischen Wegfall der Mehrzahl der Wirkungsplattformen ausgleichen könnten. Es hat die letzten Jahre den Anschein gemacht, ob in Europa die Transformation der Streitkräfte – also der Einführung moderner Aufklärungs- und Führungssysteme auf Basis elektronischer Datennetze zur Erhöhung der Effizienz eingesetzter Mittel – und die Ausrichtung auf neue Auslandsaufgaben lediglich als Begründung vorgeschoben wurden, die „Friedensdividende“ einzufahren. Der Nachholbedarf an Übung, Ausbildung und geistiger Vorbereitung der Streitkräfte nach über 15 Jahren ausgesetzter Befassung mit kollektiver Verteidigung und länderübergreifender Übung größerer konventioneller Militäroperationen dürfte aber weit schwerer wiegen als das Versäumnis technische Modernisierungen.

Weder die EU noch die NATO wären heute in der Lage (der Einsatz taktischer Atomwaffeneinsatz muss als seriöse Option ausgeschlossen werden),

geschweige denn besäßen den Willen, eine russische Intervention in der Ukraine, Polen oder dem Baltikum aufzuhalten. Es steht zwar eine solche nicht unbedingt ins Haus – aber für die russischen Eliten zählt in erster Linie dieses Argument bei der Frage, wie viel sie sich auch politisch und wirtschaftlich gegenüber diesen Staaten herausnehmen können.

Erst das Freiwerden amerikanischer Kräfte am Golf würde zumindest die Reaktionsfähigkeit des Bündnisses wiederherstellen, der Zeitaufwand für eine Reaktion wäre aber hoch. Zudem ist es ja die Union oder deren größere Staaten, die gegenüber Russland auf Gleichrangigkeit pochen – und dann doch nur mit Washingtoner Rücken-deckung mit Moskau umgehen können.

Die politische Dimension, die sich Europa selbst auf dem Felde kollektiver Verteidigung geben will ist ebenso offen: aufgrund des Scheiterns des Lissabonner Vertrages über die Reform der Union ist die Idee der Kollektiven Verteidigung im Rahmen der EU vorerst nicht realisierbar. Und im Rahmen der NATO ist es fraglich, ob in Hinblick auf die Auslandsaufgaben in Afghanistan und der sich ausstreckenden Kooperation im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden und der mit dieser verbundenen politischen Symbolik eine Umschichtung der Prioritäten in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden kann.

Anmerkungen:

* Der hier vorliegende Artikel stellt eine Zusammenstellung von Aktuellen Berichten, die der Verfasser für das BMLV (er war zur Zeit der Krise mit der Berichterstattung und sicherheitspolitischen Analyse des Konfliktes für das BMLV betraut) dar. Sie entstand während der Krise und wurde gegen deren Ende finalisiert. Der Informations- und Quellenstand wird sich in den kommenden Jahren noch verdichten. Der Verfasser erhebt aber hier auch nicht den Anspruch, die Lage vollständig beschreiben zu können, sondern sucht die wichtigsten Entwicklungen und Interessensgeflechte herauszuarbeiten. Besonders bedanken möchte ich mich bei Eugene Kogan und Klaus Becha für ihre Anmerkungen zu den Entwürfen dieser Arbeit.

¹ Zu einer ausführlichen Darstellung des historischen Hintergrundes vgl.: Aschot Manutscharjan, Die innenpolitische Entwicklung Georgiens von 1991 bis 1996 unter besonderer Berücksichtigung der Sezessionskonflikte, in: Internationales Institut für Liberale Politik Wien, Studie zu den Sezessionskonflikten in Georgien, Wien 2007, S.47-73;

² Hierzu vgl.: Peter Schmidt, Klaus Becher, Erich Reiter, Der georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts um die staatliche Einheit und politische Orientierung Georgiens, in: Internationales Institut für Liberale Politik Wien, Studie zu den Sezessionskonflikten in Georgien, Wien 2007, 3-25, S.4;

³ Vgl.: Policy Brief Analyzes Tbilisi's S.Ossetia Tactics, 27.04.2007, <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=14987>;

⁴ Frederik W. Kagan, What is to be done?, The Weekly Standard, 25.08.2009, S.7-8;

-
- ⁵ Duma wants Putin to back Georgian separatists, International Herald Tribune Online, 21.03.2008;
- ⁶ Russia beefs up Abchasia forces, BBC Online, 01.05.2008; Georgische Flugapparate über Abchasien abgeschossen? Neue Zürcher Zeitung Online, 04.05.2008;
- ⁷ Andrei Zagorski, Russische Politik gegenüber Georgien und Konflikte in Abchasien und Süd-Ossetien, in: Internationales Institut für Liberale Politik Wien, Studie zu den Sezessionskonflikten in Georgien, Wien 2007, S.171;
- ⁸ Südossetien ordnet nach Angriff Georgiens Mobilmachung an, Tagesanzeiger Online, 04.07.2008;
- ⁹ Georgien greift Ziele in Südossetien an, Neue Zürcher Zeitung Online, 04.07.2008;
- ¹⁰ Schwedischer Außenminister beschuldigt Russland, Neue Zürcher Zeitung Online, 26. Mai. 2008;
- ¹¹ Ifax says Georgia and South Ossetia agree truce, International Herald Tribune, 07.08.2008;
- ¹² Georgia to let civilians flee South Ossetia, Internatinal Herals Tribune, 08.08.2008; Georgien marschiert in Südossetien ein, Neue Zürcher Zeitung Online, 08.08.2008;
- ¹³ Russia send troops into rebel enclaves in Georgia, International Herald Tribune Online, 08.08.2008;
- ¹⁴ Russia and Georgia seek control of South Ossetia capital, International Herald Tribune Online, 08.08.2008;
- ¹⁵ Georgia denies war plans in South Ossetia, International Herald Tribune Online, 06.08.2008;
- ¹⁶ http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/cfsp/102219.pdf;
- ¹⁷ Battle rages in Caucasus, International Herald Tribune Online, 09.08.2008;
- ¹⁸ Bush meets Putin over Georgia, CNN Online, 08.08.2008;
- ¹⁹ Fighting escalates in Caucasus, International Herald Tribune Online, 09.08.2008;
- ²⁰ Russia pursues retreating Georgian troops, International Herald Tribune Online, 10.08.2008; Georgia and Russia nearing all-out war, International Herald Tribune Online, 10.08.2008;
- ²¹ CNN breaking news, 10.08.2008;
- ²² Georgien verkündet einseitige Waffenruhe, Neue Zürcher Zeitung Online, 10.08.2008;
- ²³ Georgia and Russia nearing all-out war, International Herald Tribune Online, 10.08.2008; Harte Worte zwischen USA und Russland, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.08.2008;
- ²⁴ Fighting in Georgia spreads to cites across Georgia, CNN, 09.08.2008., 18:15h;
- ²⁵ Fighting escalates in Caucasus, International Herald Tribune Online, 09.08.2008; US-Official: Russia's attack on Georgia is 'disproportionate', CNN, Online, 09.10.2008;
- ²⁶ Bush, Cheney signal support for Georgia, CNN Online, 10.08.2008;
- ²⁷ Französischer Der-Punkte-Plan für Georgien, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.08.2008;
- ²⁸ Ukraine zieht gegenüber Russland die Schraube an, Neue Zürcher Zeitung Online, 14.08.2008;
- ²⁹ Französischer 6-Punkte-Plan für Georgien, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.08.2008;
- ³⁰ Rusia lanza una operación „preventiva“ en Georgia lejos de los territorios secesionistas, La Vanguardia Digital, 11.08.2008;
- ³¹ Medvedev rechaza el alto el fuego firmado por el presidente de Georgia, La Vanguardia Digital, 11.08.2008; Russische Truppen rücken nach Georgien vor, Neue Zürcher Zeitung, 11.08.2008;
- ³² Russen rücken auf Tiflis vor, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.08.2008; Russian military pushes into Georgia, CNN Online, 11.08.2008;
- ³³ Georgien widersetzt sich russischen Forderungen, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.08.2008; Russian Jets pound new Georgian targets, CNN Online, 11.08.2008;
- ³⁴ Russen rücken auf Tiflis vor, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.08.2008; Russian military pushes into Georgia, CNN Online, 11.08.2008;

-
- 35 Russian military pushes into Georgia, CNN Online, 11.08.2008;
- 36 Russian Jets pound new Georgian targets, CNN Online, 11.08.2008; Russians push past separatist area to assault central Georgia, International Herald Tribune Online, 11.08.2008;
- 37 Georgien widersetzt sich russischen Forderungen, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.08.2008;
- 38 Ceasefire proposed as Russia bombs Georgia, CNN Online, 11.08.2008;
- 39 U.S.: Russia trying to topple Georgian Government, CNN Online, 11.08.2008;
- 40 Georgian President: Moscow piced fight, CNN Online, 11.08.2008;
- 41 Bush, Cheney signal support for Georgia, CNN Online, 11.08.2008;
- 42 Harte Worte zwischen USA und Russland, Europäische Union startet ihre Vermittlermission, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.08.2008; Sarkozy plans Moscow peace mission, CNN Online, 11.08.2008;
- 43 Aus: L'accord pourrait vite devenir lettre morte, Le Monde Online, 13.08.2008;
- 44 Französischer Drei Punkte Plan für Georgien, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.08.2008;
- 45 Zu den europäischen Reaktionen: Harte Worte zwischen USA und Russland, Europäische Union startet ihre Vermittlermission, Neue Zürcher Zeitung Online, 11.08.2008;
- 46 Georgia and Russia claim 'mass arrests', CNN Online, 11.08.2008;
- 47 Sollte es dem Leser an Belustigung liegen, kann er diese Geschichten auf der englischen Seite des betreffenden Senders nachlesen: <http://www.russiatoday.com/en>;
- 48 Kampf wie in Tschetschenien, Asymmetrie der Stärke beim russischen Angriff, Neue Zürcher Zeitung, 11.08.2008;
- 49 Rusia anuncia el fin de las operaciones militares contra Georgia, La Vanguardia Digital, 12.08.2008;
- 50 Russia steps up its push; West faces tough choices, International Herald Tribune Online, 12.08.2008;
Äußerst brüchige Waffenruhe im Südkaukasus, Neue Zürcher Zeitung Online, 13.08.2008;
- 51 Russia briefly allows Georgian Police into Gori, International Herald Tribune Online, 14.08.2008;
- 52 Verwirrung um einen russischen Militärkonvoi in Georgien, Waffenruhe angeblich gebrochen – Tbilissi oder Militärbasis als Ziel? Neue Zürcher Zeitung Online, 13.08.2008;
- 53 Unklarheit über den angekündigten Rückzug Russlands, Keine Anzeichen für den Abzug der Truppen Moskaus in Georgien, 18.08.2008;
- 54 Abchasien meldet Kontrolle über Kodori-Tal, Neue Zürcher Zeitung Online, 12.08.2008; Abchasien kämpft auf Bitten Moskaus, Neue Zürcher Zeitung Online, 12.08.2008;
- 55 Georgien ruft internationalen Gerichtshof an, Tbilissi wirft Moskau Verstoß der Anti-Rassismuskonvention vor, Neue Zürcher Zeitung Online, 14.08.2008;
- 56 Rusia anuncia el fin de las operaciones militares contra Georgia, La Vanguardia Digital, 12.08.2008;
- 57 Amerikanische Mahnung an Moskau, USA stellen sich im Konflikt im Kaukasus klar hinter Georgien, Neue Zürcher Zeitung Online, 14.08.2008;
- 58 Russia orders halt to Georgia military action but fighting continues, International Herald Tribune Online, 12.08.2008; Diplomatic efforts to ease Georgia crisis are on the way, International Herald Tribune Online, 15.08.2008;
- 59 Russian briefly allows Georgian police into Gori, International Herald Tribune Online, 14.08.2008;
- 60 Georgia agrees to Russian-French plan to settle conflict, CNN Online, 13.08.2008; Erfolgreiche europäische Vermittlung im Kaukasus-Konflikt, Neue Zürcher Zeitung Online, 13.08.2008;

-
- ⁶¹ L'accord pourrait vite devenir letter morte, Le Monde Online, 13.08.2008;
- ⁶² France says EU considering sanctions against Russia, International Herald Tribune Online, 28.08.2008;
- ⁶³ Merkel sichert Georgien Unterstützung zu, Russlands Präsident kündigt den Beginn des Truppenrückzuges an, Neue Zürcher Zeitung Online, 17.08.2008;
- ⁶⁴ Unruhe in Osteuropa über die Ossetien-Krise, Polens Präsident lanciert eine Vermittlungsmission, Neue Zürcher Zeitung Online, 12.08.2008;
Es geht um mehr als um Georgien, Neue Zürcher Zeitung Online, 14.08.2008;
- ⁶⁵ Werben für eine EU-Friedenstruppe am Kaukasus, Frankreichs Außenminister Kouchner will europäische Soldaten in die Region entsenden, Neue Zürcher Zeitung Online, 13.08.2008;
Die EU will sich in Georgien engagieren, OSZE Beobachter und humanitäre Hilfe, Neue Zürcher Zeitung Online, 13.08.2008;
- ⁶⁶ L'accord pourrait vite devenir letter morte, Le Monde Online, 13.08.2008;
- ⁶⁷ Andrei Zagorski, Russische Politik gegenüber Georgien und Konflikte in Abchasien und Süd-Ossetien, in: Internationales Institut für Liberale Politik Wien, Studie zu den Sezessionskonflikten in Georgien, Wien 2007, S.170ff;
- ⁶⁸ Unruhe in Osteuropa über die Ossetien-Krise, Polen Präsident Kaczynsky lanciert eine Vermittlungsmission, Neue Zürcher Zeitung Online, 13.08.2008;
- ⁶⁹ Sweden evokes Hitler in condemning Russian assault, The Local Online, 09.08.2008; Russia to pay a high price: Bildt, the Local Online, 12.08.2008;
- ⁷⁰ Georgia crisis to constrain Turkey's 'engage all' foreign policy says expert, Turkish Daily News Online, 28.08.2008;
- ⁷¹ Erhöhte Spannungen am Schwarzen Meer, Russland beginnt mit der Überwachung von NATO-Schiffen, Neue Zürcher Zeitung Online, 27.08.2008;
- ⁷² Vgl. zur Haltung der Vereinigten Staaten: Klaus Becha, Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien, September 2007;
- ⁷³ Vgl.: Energy Information Administration, The Short-Term Energy Outlook, August 2008, S.20ff; OPEC Annual statistical Bulletin 2007, S.18. So lange es keine billige Möglichkeit des Gastransportes jenseits des Pipelinenetzes gibt, sind die Gasvorkommen der Region für den US-Energiemarkt nicht von Bedeutung.
- ⁷⁴ US-Raketenabwehrsystem unter Dach und Fach, Außenministerin Rice unterzeichnet Abkommen mit Warschau, 20.08.2008;
- ⁷⁵ Alex Vatanka and Richard Weitz, Russian roulette - Moscow seeks influence through arms exports, JANE'S INTELLIGENCE REVIEW Online, 01.01.2007;
- ⁷⁶ Zapatero asistirá el día 1 al Consejo Europeo sobre Georgia y no podrá ir al funeral por las víctimas del accidente, La Vanguardia Digital, 25.08.2008;
- ⁷⁷ Kouchner: EU erwägt Sanktionen gegen Russland, Die Presse Online, 28.08.2008;

Georgien suchte Krieg mit Russland

Die georgische Regierung ließ es auf einen Krieg mit Russland ankommen. Damit wollte Präsident Michael Saakaschwili der Weltöffentlichkeit, vor allem aber der Europäischen Union (EU) und NATO, die ungelösten Sezessions-Konflikte in Südossetien und in Abchasien wieder ins Bewusstsein bringen. Die Mission wäre dann erfolgreich gewesen, hätte Georgien den Abzug der russischen Truppen aus den Konfliktzonen erreicht. Umgekehrt war Russland auf diese Herausforderung – einen Militärkonflikt mit Georgien – bestens vorbereitet. Mehr noch: Russland wartete geduldig auf einen Angriff. Schließlich könnte ein Krieg mit Georgien viele sicherheitspolitische Probleme im Südkaukasus einer Lösung zuführen. Die wichtigste Herausforderung – die geplante NATO-Mitgliedschaft Georgiens verhindern - sollte danach in weite Ferne gerückt sein.

Die georgische politische Führung, vor allem Präsident Saakaschwili, suchte willentlich die militärische Auseinandersetzung mit Russland und scheiterte an der – unerwartet – unterschiedenen Haltung der politischen Führung in Moskau.¹ Das Kalkül des georgischen Staatschefs war nicht aufgegangen: Er hatte angenommen, die russischen Panzerverbände aus Nordossetien würden nicht in den Konflikt eingreifen und die in Südossetien stationierten russischen friedensstiftenden Truppen die Flucht ergreifen. Das Gegenteil trat ein, sodass der Präsident seine Hauptziele nicht erreichte: Weder gelang ihm die Rückeroberung Südossetiens noch die Vertreibung der Südosseten.² Nachdem Russland die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien am 26. August 2008 als unabhängige Staaten anerkannt hat, erscheint eine Wiedereingliederung der Territorien in Georgien in absehbarer Zukunft äußerst unwahrscheinlich. Umgekehrt konnte Russland einige wesentliche Probleme lösen: künftig wird die Stationierung der russischen Truppen in der Region nicht länger von Georgien abhängen, sondern von den neuen „Staaten“, mit denen es seit dem 9. September 2008 diplomatische Beziehungen unterhält. Stattdessen werden die russischen Militärstützpunkte in Abchasien und Südossetien „völkerrechtlich“ begründet. „Jetzt darf Georgien in die NATO“, lautete der zynische Kommentar eines Duma-Abgeordneten.

Obwohl nicht wenige NATO-Generäle – im Unterschied zur Politik – den Vergeltungsschlag Russlands als „angemessen“ bewerteten³, bestand das Hauptziel der russischen Intervention nicht darin, „einen Völkermord“ an Südosseten und Abchasen, also den georgischen nationalen Minderheiten, zu verhindern. In seiner Erklärung zur Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens sagte Präsident Dmitrij Medwedew: „Saakaschwili hat für die Lösung der politischen Fragen den Völkermord gewählt. Damit hat er alle Hoffnungen auf eine friedliche Koexistenz der Osseten, Abchasen und Georgier in einem Staat eigenhändig beendet“.⁴

Diese Erklärung von Medwedew und Ministerpräsident Wladimir Putin steht im groben Widerspruch zur Vernichtungspolitik, die Russland gegenüber der eigenen Minderheit, den Tschetschenen, führte. Den flächendeckenden Bombardierungen während der beiden Kriege fielen 200.000 Zivilisten zum Opfer.

Fakt ist, dass Russland die Gebiete Abchasien und Südossetien seit den Jahren 1992 und 1993 instrumentalisierte, um Georgien zu beeinflussen.⁵ Das Hauptziel der russischen Politik im Südkaukasus bestand darin, an die Konflikte nicht zu rühren, sondern sie in ihrem „eingefrorenen“ Zustand zu belassen. Mittel- und langfristig war dieser Kurs aber immer schwerer durchzuhalten, da die USA und die NATO Georgien zwischenzeitlich zum Schauplatz einer aktiven Kaukasus-Politik gemacht hatten und glaubten, ohne Rücksicht auf Russlands nationale Sicherheitsinteressen agieren zu können. Seit der Machtübernahme des pro-amerikanischen Präsidenten Michael Saakaschwili im Januar 2004 wurde Russland aufgefordert, seine Truppen bedingungslos aus Georgien abziehen und die Militärstützpunkte zu schließen. Am Ende kam Moskau diesem Ansinnen nach.

Um Georgiens NATO-Beitritt doch noch zu torpedieren, blieben Russland nur die beiden „eingefrorenen Konflikte“ um Südossetien und Abchasien: Hier durfte der mächtige Nachbar im Rahmen von UN-Resolutionen und bilateralen Verträgen militärische Präsenz zeigen. Da Moskau die georgischen Forderungen nach einem Truppenabzug ebenso ablehnte wie die

Stationierung internationaler Militär- oder Polizeikräfte, destabilisierte Tiflis die Aufenthaltsorte der russischen friedensschaffenden Truppen in Abchasien und in Südossetien. Mit einem verzweifelten „Befreiungsschlag“ in der Nacht vom 7.

auf den 8. August 2008 wollte Präsident Saakaschwili Russland endgültig aus Südossetien vertreiben - eine leichtsinnige Entscheidung mit schwerwiegenden Konsequenzen für Georgien ebenso wie für die Stabilität der Region insgesamt.

Die Konflikte notfalls mit militärischen Mitteln lösen

Mit dieser Entscheidung leitete Präsident Saakaschwili einen gravierenden Politikwechsel mit Blick auf die Konflikte um Abchasien und Südossetien ein. Setzte sein Vorgänger, Präsident Eduard Schewardnadse (1995 bis 2003), jahrelang auf eine friedliche Lösung, indem er Russlands Interessen respektierte, vollzog sein Nachfolger einen grundsätzlichen Strategiewechsel. Eine militärische Lösung der Konflikte wurde seit Januar 2004 nicht mehr ausgeschlossen.

Aus dieser Kursänderung machte Tiflis kein Geheimnis: In vielen Reden und Interviews betonte die politische Klasse Georgiens stets aufs Neue, sollten die friedlichen Mittel der Konfliktlösung ausgeschöpft sein, werde die Kaukasus-Republik gezwungen sein, mit „militärischen Mitteln“ die territoriale Integrität des Landes wiederherzustellen. So erklärte Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse 2005, Georgien wolle den Dialog führen und den Südossetien-Konflikt friedlich beilegen. Tiflis sei „aber nicht bereit, ewig zu warten, bis eine Handvoll Separatisten bereit ist, mit uns zu verhandeln.“

Daneben bat Georgien UNO, EU, OSZE, NATO und den Europarat um Unterstützung und forderte die internationalen Organisationen auf, Russland unter Druck zu setzen.⁶ Auf diese Weise wollten die Regierenden in Tiflis den Separatisten klar machen, dass ihnen nur der Verhandlungsweg bleibe. Unterdessen redete Verteidigungsminister Gela Beschuaschwili Klar-text: „Nachdem Präsident Saakaschwili am Grab König Davids geschworen hatte, er werde Georgien wiedervereinigen, sind die Menschen davon überzeugt, dass er es schaffen wird“. Anfang Mai 2004 war es Saakaschwili tatsächlich gelungen, die Provinz Adscharien der

Zentralmacht friedlich einzuverleiben. Dazu Beschuaschwili: „Wir werden uns Abchasien und Südossetien mit friedlichen Mitteln, aber hart in der Sache zurückholen“. Der Verteidigungsminister glaubte, dass dies im Rahmen der gültigen Verträge, also dem Moskauer Waffenstillstandsvertrag von 1993 und der Resolution des UN-Sicherheitsrates über die Beobachtermission in Georgien (UNOMIG), gelingen werde.

Dennoch waren 2004 neue Töne zu hören: „Wenn uns die Verträge behindern, werden wir sie aussetzen. Sollten also die Abkommen den Wiedervereinigungsprozess unseres Landes stören, werden wir sie einseitig für ungültig erklären.“ Auf die Frage, ob er garantieren könne, dass Tiflis keine militärische Offensive beginnen würde, ohne vorher die UNOMIG zu informieren, antwortete Beschuaschwili: Die UN-Beobachter würden schon mitbekommen, wenn sich die Lage zuspitzen sollte und von sich aus das Land verlassen. „Aber bevor es zum Krieg kommt, werden wir alles versuchen, um die Wiedervereinigung Abchasiens mit Georgien für beide Seiten so interessant wie möglich zu gestalten. Wir werden ideologisch, politisch und wirtschaftlich alles tun, um unser Ziel zu erreichen“. Eine militärische Lösung wollte der Verteidigungsminister ausdrücklich nicht ausschließen.⁷

Wichtig war für Georgien, dass Russland international als Konfliktpartei anerkannt wird: Zwar präsentiere sich Moskau offiziell als Vermittler und Beschützer, in Wirklichkeit betreibe das Land aber eine doppelgleisige Politik, hieß es in georgischen Erklärungen. Einerseits erkenne Moskau zwar die territoriale Integrität Georgiens an, andererseits unterstütze es offen die Separatisten.

Priorität hat der NATO-Beitritt

Georgiens unentwegtes Streben in die NATO beunruhigte und verärgerte die politische Klasse in Moskau. „Deshalb hat uns Moskau ein Ultimatum gestellt. Bevor die russischen Truppen Georgien verlassen, müssen wir verbindlich fest-

schreiben, dass keine andere Armee Stützpunkte bei uns errichten darf“, erzählt Burdschanadse.⁸ In keinem Fall jedoch wollte Georgien auf das Hauptziel seiner Außen- und Sicherheitspolitik verzichten: die Mitgliedschaft in der NATO.

Georgische Politiker begründeten diesen Wunsch mit dem Hinweis, es gehe ihnen „*nicht nur um Sicherheit*“, sondern sie wollten damit auch die „*gemeinsamen Werte*“ schützen. Der EU-Beitritt war diesem Hauptziel untergeordnet.

Präsident Saakaschwili war immer sicher, dass sich die USA für die NATO- und EU-Mitgliedschaft Georgiens einsetzen würden. Im Gegenzug unterstützte er die Irak-Intervention der Bush-Administration und schickte 2.000 Soldaten – das drittgrößte Militärkontingent – ins Zweistromland. Daneben veranlasste er eine Militärreform, trieb Wirtschaftsreformen und die Demokratisierung des Landes voran. Deshalb glaubte er, Georgien werde „*in kurzer Zeit*“ – ebenso wie die Ukraine – NATO-Mitglied sein.

Selbstbewusst argumentierte der Staatschef, Georgien werde nicht nur Nutznießer der europäischen Sicherheitsarchitektur sein. „*Unsere geographische Lage ist umgekehrt auch für die Allianz von enormer Bedeutung. Ich gehe davon aus, dass Georgien noch in diesem Jahr (2007; A.M.) den Status eines offiziellen NATO-Beitrittskandidaten erhält*“. Da die Europäer an Stabilität und Sicherheit interessiert seien, sollten sie enger mit Tiflis zusammenarbeiten. Die Regierung war 2005 davon überzeugt, dass Georgien im Jahr 2006 in den *Membership Action Plan* (MAP) der NATO aufgenommen werde, 2007 oder 2008 wollte Georgien assoziiertes EU-Mitglied sein.⁹

Die Überbewertung der Rolle Georgiens in einem möglicherweise stattfindenden neuen „Kalten Krieg“ basiert auf der anti-russischen Haltung von US-Vizepräsident Dick Cheney, der ebenso wie der heutige Präsidentschaftskandidat der Republikaner, John McCain, die georgische Politik gegenüber Russland unterstützt. Saakaschwili war denn auch überzeugt, dass bei einem NATO-Beitritt die ungelösten Konflikte in Georgien „kein Hindernis sein werden“. Bei der NATO-Mitgliedschaft ging es dem Präsidenten vor allem darum, Russland ein Instrument aus der Hand zu schlagen, mit dem es die politische Situation im Land jederzeit destabilisieren konnte. Umgekehrt bedeutete eine NATO-Mitgliedschaft der Kaukasus-Republik jedoch ein unkalkulierbares Risiko für das Militärbündnis. Aufgrund der kategorischen Weigerung der Abchasen und Südosseten, jemals wieder dem georgischen Staat anzugehören, war die militärische Konfrontation mit Russland vorprogrammiert.

Nichtsdestoweniger ließ US-Präsident George W. Bush nicht locker: Beim NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest wollte er die Aufnahme Georgiens in den *Membership Action Plan* durchsetzen. Mit diesem Rückhalt zeigte sich Präsident Saakaschwili siegessicher. Allein, dass die (west-)europäischen NATO-Mitglieder Georgiens Beitrittswunsch als verfrüht betrachteten, ärgerte den als emotional und „hitzköpfig“¹⁰ charakterisierten Präsidenten.

Deshalb änderte Georgien seit Mai 2008 seine Taktik: Während Tiflis seine diplomatischen Aktivitäten verstärkte, heizte es die militärische Auseinandersetzung in beiden Konfliktzonen an. Der Fokus der diplomatischen Anstrengungen lag in der EU: In seinen Reden erwähnte Saakaschwili die USA kaum und präsentierte die Lage in Georgien als rein europäisches Problem. Das Schicksal Georgiens sei die wichtigste Herausforderung für die europäische Zukunft. Sollte Georgien die abtrünnigen Provinzen nicht zurückbekommen, würden schon bald wieder russische Panzer Richtung Ost- und Westeuropa rollen. „*Georgien ist nur der Anfang. Morgen ist es die Ukraine, dann die baltischen Staaten und Polen.*“

Der Präsident war sich nicht zu schade, die Lage Georgiens mit derjenigen Berlins „*in Zeiten der Blockade*“ zu vergleichen. So geschehen bei einem Besuch in der deutschen Hauptstadt im Juni 2008. Dabei betonte er, nicht sein Land falle die Entscheidungen über eine mögliche militärische Konfrontation mit Russland. „*Selbstredend werden wir diese niemals suchen. Aber eine Seite reicht, um die Konfrontation zu suchen. Und wir als schwächerer, kleiner Staat können das dann nicht verhindern*“.¹¹ Tatsächlich war der Präsident im Juli 2008 nicht bereit, ein auf deutsche Vermittlung zurückgehendes Dokument (die gescheiterte „Kaukasus-Initiative“ von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier) zu unterzeichnen, in dem sich Georgien zum Verzicht auf die Anwendung von Gewalt bei der Konfliktlösung mit Abchasien und Südossetien verpflichten sollte. Stattdessen setzte Tiflis auf kriegerische Rhetorik und nahm so eine Verschlechterung der ohnehin schwer belasteten Beziehungen zu Russland in Kauf.

„*Russland ist stark und kann mehr Verantwortung bei der Lösung regionaler und globaler Probleme übernehmen*“, erklärte Präsident Medwedew am 15. Juli bei einem Treffen mit Russlands Botschaftern im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Moskau.¹²

Die erste große außen- und sicherheitspolitische Rede Präsident Medwedews ging mit der Präsentation seines „*Konzepts der Außenpolitik der Russländischen Föderation*“ einher. Darin definiert er Russland als „*eine der wichtigsten Zentren der gegenwärtigen Welt*“ und als „*größte euroasiatische Macht mit dem Status einer der führenden Staaten der Welt*“. Moskau behält sich vor, flexibel auf die Realpolitik seiner Partner zu antworten, falls nötig auch mit militärischen

Mitteln. Als Sicherheitsrisiko wird der Beitrittswunsch Georgiens und der Ukraine zur NATO bewertet.¹³ Präsident Medwedew kündigte in diesem Zusammenhang an, er werde sich gegen „*diesen destabilisierenden Vorgang*“ zur Wehr setzen. Schneller als gedacht – und vielleicht erhofft – wurde das neue außen- und sicherheitspolitische Konzept im Kaukasus einem Praxistest unterzogen.

Russland und Georgien: Mai bis August 2008

Nachdem der Versuch gescheitert war, im Frühjahr in das MAP-Programm der NATO aufgenommen zu werden, intensivierte Georgien seine konfrontative Politik in den Konfliktzonen. Institutionell wurde zur Vorbereitung der Rückkehr Abchasiens und Südossetiens ein neuer „Minister für Reintegration“ eingesetzt. Ende April 2008 spitzte sich die Lage weiter zu: Es kam zu ständigen Scharmützeln an der Grenze zu den abtrünnigen Provinzen. Als über Abchasien zwei georgische Drohnen abgeschossen wurden, bezeichnete dies Georgien in einer Protestnote an Russland als „Akt der Aggression“. Die Versuche der NATO, in diesem Konflikt zu vermitteln, lehnte Abchasien ab.¹⁴ Die Zuspitzung der Krise bewertete Reintegrationsminister Temuri Jakobischwili als „*positiven Prozess*“: „*Die Lage hat sich verschärft. Und das hat den Konflikt aus seinem eingefrorenen Zustand befreit. Wenn bei einem Kranken die Temperatur steigt, bedeutet das nicht immer eine Verschlechterung seines Zustands*“.¹⁵

Diese Bewertung ist ein direkter Hinweis darauf, dass die georgische Regierung eine politische Entscheidung getroffen hatte: Künftig steuerte sie einen Konfrontationskurs in den Krisengebieten, um dort die „*Temperatur zu erhöhen*“. Das Ziel: Die russischen Militäreinheiten sollten von internationalen Truppen - von EU oder OSZE - ersetzt werden und in den abtrünnigen Gebieten Polizeifunktionen übernehmen.

Nach Ansicht der gut informierten Moskauer Zeitung „*Nezavisimoe voennoe obozrenie*“ (= Unabhängige Militärrundschau, AM) hatte das russische Verteidigungsministerium bereits im Mai 2008 den „friedensschaffenden Truppen“ in Abchasien und Südossetien den Befehl erteilt „*entsprechend der Lage zu handeln*“. Moskau stufte die Situation in der Region als kritisch ein und erwartete eine Militäroperation Georgiens. Der Oberkommandierende des Nordkaukasischen

Militärbezirks erhielt den Befehl, ohne Rücksprache mit Moskau auf jede georgische Provokation oder Verletzung der Vereinbarungen direkt, mit „*maximalem Einsatz der Waffen*“, zu antworten. Gleichzeitig wies die Administration des russischen Präsidenten darauf hin, sollte Georgien Russland das Mandat in Georgien entziehen, werde der Kreml seine Armee nicht aus Abchasien abziehen. In diesem Fall werde Moskau mit Abchasien einen Verteidigungspakt schließen und dort als verbündete Armee bleiben. Abchasiens Präsident Sergei Bagapsch war diesem Vorschlag bereits früher beigetreten.¹⁶

Der Kreml ließ zudem im Mai 2008 verlautbaren, die russischen Truppen würden auf keinen Fall tatenlos zusehen, sollten georgische Soldaten die Kontrollpunkte in den Konfliktregionen passieren. Eine Wiederholung der Vorkommnisse des Sommers 2006, als die georgische Armee an den russischen Kontrollpunkten vorbei ins Kodori Tal einmarschierte, werde Moskau nicht hinnehmen.

Ende Juni, Anfang Juli 2008 kam es zu regelmäßigen Schusswechseln an den Grenzen zu Abchasien und Südossetien. Außerdem gab es Terroranschläge mit Toten in Gagra, Suchumi und Gali. Dabei ging die Zuspitzung der Lage nicht zwangsläufig von den Südosseten aus, schließlich profitierten sie vom *status quo* und hatten zumindest vordergründig kein Interesse daran, „*die Temperatur zu erhöhen*“. Aufgrund dieser jüngsten Vorkommnisse wurden die russischen Einheiten langsam zurückgedrängt, während die georgischen Sondereinheiten und Kommandospezialkräfte in der Nähe Südossetiens stationiert wurden.¹⁷

Unterdessen bot Moskau Saakaschwili an, ein Gewaltverzichtsabkommen und einen Waffenstillstandsvertrag zu unterzeichnen. Der georgische Präsident wertete sie als Versuch Russlands, sich auf diese Weise dauerhaft in den

abtrünnigen Provinzen festzusetzen. Diese unnachgiebige Haltung überzeugte Abchasien und Südossetien, dass ein Militärgang Georgiens nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. US-Außenministerin Condoleezza Rice kritisierte bei ihrem Besuch in Georgien Anfang Juli 2008 Russlands Politik, die „zur Spannung in der Region beigetragen hat“. Staatsmännischer verhielt sich Ex-Präsident Eduard Schewardnadse: Er empfahl seinem Nachfolger, nicht alle Angebote aus Zchinwali und Suchumi vorab abzulehnen und den Waffenstillstandsvertrag zu unterzeichnen.¹⁸ Unterdessen erreichten die georgisch-russischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt, Kenner der Region schlossen eine kriegerische Auseinandersetzung nicht länger aus.¹⁹ Russland kontrollierte die Lufthoheit über Abchasien und Südossetien und bestätigte, dass vier Militärmaschinen am 8. Juli 2008 über Südossetien patrouillierten, um „die militärische Auseinandersetzung, die immer wahrscheinlicher wurde, zu verhindern.“

Als Antwort auf die Konzentration der georgischen Truppen an der Grenze zu Südossetien veranstaltete die russische 58. Armee in Nordossetien ein Militärmanöver und hielt seine Truppen in Alarmbereitschaft. Das georgische Parlament forderte am 11. Juli 2008 die internationale Gemeinschaft auf, Russlands Politik „hart zu verurteilen“ und die Mandate der russischen „friedensschaffenden Truppen“ zu ändern. Andernfalls „wird Georgien gezwungen sein, in naher Zukunft entsprechende rechtliche Schritte zu unternehmen, um die russischen Streitkräfte zu delegitimieren und sie aus der Konfliktzone zu entfernen“. Kenner Russlands warnten, der Kreml könnte noch im Juli Südossetien und Abchasien zu „Zonen lebenswichtiger Interessen“ erklären.²⁰

Moskau war nach wie vor der Ansicht, es gehe „nicht um den Beitritt Abchasiens und Südossetiens zu Russland, sondern um die Lösung der Konflikte zwischen Abchasien und Südossetien auf der einen und der georgischen Regierung auf der anderen Seite“, behauptete Boris Gryslow, Duma-Präsident und Putin-Intimus. Der russischen Führung war bewusst, dass sie ihre Militärpräsenz in Georgien nicht

endlos würde ausdehnen können. Deshalb sollte die Öffentlichkeit erfahren, dass Russland die Georgier noch vor dem erwarteten Waffengang zum Gewaltverzicht gedrängt hatte. „Es ist sehr wichtig, dass sich die internationale Gemeinschaft auch für die Haltung der anderen Konfliktparteien – Abchasien und Südossetien – interessiert. Von daher ist es beispielhaft, dass unsere Vorschläge in Bezug auf die Notwendigkeit einer Gewaltverzichtsvereinbarung in der Region in vielen Punkten mit den Initiativen aus Deutschland übereinstimmen“, sagte Gryslow zwei Wochen vor der georgisch-russischen Auseinandersetzung.²¹

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die georgischen Kriegsvorbereitungen für Russland kein Geheimnis waren. Moskau ließ sowohl Tiflis als auch die interessierte Öffentlichkeit wissen, dass die russische Armee in Georgien einmarschieren würde, sollte die Kaukasus-Republik gegen frühere Vereinbarungen verstoßen. Es war also absolut vorhersehbar, dass Russland beim nächsten georgischen Angriff auf Südossetien oder Abchasien mit einer militärischen Intervention reagieren würde.

Die Erkenntnisse der NATO-Aufklärung zeigen, dass die Kriegshandlungen von den georgischen Streitkräften ausgingen und dass sie Zchinwali, nach einem starken Feuerbeschuss, zeitweise besetzt hielten. Als die russische Armee aus dem Nordkaukasus zwölf Stunden später einmarschierte und mit einer Feuerwalze antwortete, ergriffen die georgischen Einheiten die Flucht. Wie georgische Generäle der NATO später berichteten, hatten sie Präsident Saakaschwili von einem Angriff abgeraten. Die NATO-Diplomaten bewerteten dies als einen Versuch der georgischen Militärs, „sich selbst reinzuwaschen und Saakaschwili die Schuld für den verlorenen Krieg zuzuschieben“.²² Dass der Angriffsbefehl von Präsident Saakaschwili, dem Oberkommandierenden, persönlich kam, belegt auch die Tatsache, dass der georgische Verteidigungsminister nachweislich nichts von dieser Entscheidung wusste. Sonst hätte er sich in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 wahrscheinlich nicht an seinem Urlaubsort Marbella aufgehalten.²³

Ein bestellter Krieg?

Die russische Intervention in Georgien, die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens als unabhängige Staaten und die Einrichtung russischer Militärstützpunkte bedeuten eine Verschärfung der russisch-amerikanischen Konfrontation im Südkaukasus. Die russische Aggression im „georgischen Kernland“ ist Thema im aktuellen US-Präsidentenwahlkampf. Es war von Anfang an klar, dass nur ein Kandidat von der Krise profitieren würde: John McCain fordert seit Jahren einen härteren Kurs gegenüber Moskau - bis zum Ausschluss Russlands aus den G-8-Staaten.

Dass der Krieg außerdem in die letzte entscheidende Phase des US-Präsidentenwahlkampfes fällt, schließt eine Verbindung der beiden Ereignisse nicht aus. Wie tief reicht die politische Beziehung – oder wie es Präsident Saakaschwili nennt – „die Freundschaft“ zwischen ihm und dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain, der von Russlands neuem Krieg im Wahlkampf stark profitiert? Es ist bekannt, auf welche Weise das Weiße Haus und Regierungskreise der Bush-Administration die Öffentlichkeit auf die Kriege im Kosovo oder im Irak vorbereiteten.²⁴ Es ist auch bekannt, dass McCains außenpolitischer Berater, Randy Scheunemann, bis Mai 2008 als Lobbyist für die georgische Regierung in Washington tätig war.²⁵ Zwar behauptet Saakaschwili, dass die Unterstützung aus den USA parteiübergreifend sei, tatsächlich verbindet ihn aber nur mit der Bush-Administration eine seit nunmehr fünf Jahren andauernde enge politische und militärische Zusammenarbeit.²⁶

Georgien fungiert seit 2004 als aktives Glied der amerikanischen Politik gegen Russland. Auch gehört Tiflis dem unter der Schirmherrschaft von US-Vizepräsident Dick Cheney gebildeten „demokratischen Gürtel“ an: Neben den

baltischen Staaten sind Polen, die Ukraine und Georgien dabei. Seine Aufgabe besteht darin, die Annäherung des autoritären Russland an die Europäische Union zu bremsen und Russland zu isolieren.

Nicht zufällig erklärte Saakaschwili via CNN, dass Russland Amerikas Werte angegriffen habe. McCains Antwort bei einer Wahlveranstaltung am 14. August 2008 kam postwendend: „*Wir sind jetzt alle Georgier*“. Dass die Bush-Administration von Georgiens Absicht wusste, einen Krieg vom Zaun zu brechen, beweist die öffentliche Erklärung des Moskauer US-Botschafters John Beyrle. Der Diplomat betont, die USA hätten „*bis zur letzten Minute die georgische Seite*“ versucht davon zu überzeugen, „*diesen Schritt nicht zu unternehmen*“. Der US-Botschafter stellte zudem fest, dass die „*russischen Truppen mit Recht auf den Angriff auf die friedensstiftenden Truppen in Südossetien geantwortet haben*“.²⁷

Auch in der PR-Arbeit des Kreml spielt der Konflikt eine wichtige Rolle: In Moskau wird er als ein von den USA vorbereiteter Angriffskrieg dargestellt, dessen Ziel es gewesen sei, Russland international zu diskreditieren. Nachdrücklich kritisierte Ministerpräsident Putin die georgisch-amerikanische militärische Zusammenarbeit und die Präsenz von US-Militärberatern in der Kriegszone. Seiner Meinung nach waren sie da, um „*einen kleinen siegreichen Krieg zu organisieren. Und als dieser misslungen war, wurde das Feindbild Russland aktiviert, um auf dieser Grundlage die Wähler um einen der beiden Präsidentenanwärter zu scharen. Natürlich um den Kandidaten von der regierenden Partei. Denn nur sie verfügt über die entsprechenden Ressourcen*“.²⁸ Tatsächlich ist jedoch ungeklärt, welche Bedeutung den US-Militärberatern bei der georgischen Entscheidung zukommt, einen Krieg gegen Russland zu beginnen.²⁹

Anmerkungen:

¹ Michail Saakaschwili war im Gespräch mit dem Autor im Februar 2007 davon überzeugt, dass Russland Georgien nicht angreifen werde. „Diese Zeiten sind vorbei ... der Krieg im Nordkaukasus und andere Kriege haben bewiesen, dass es heute keine rein militärischen Lösungen für politische Probleme mehr gibt ... Das hat man schon 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1979 in Afghanistan getan. Damals existierte kein CNN und diese Staaten waren nicht unabhängig. Ich halte es für reine Rhetorik.“ Die USA werden reagieren, meinte Saakaschwili: „Washington wird

- ² Als „Vabanquespiel“ bezeichnet Michael Libal, ehemaliger Leiter der OSZE-Mission in Georgien/ Südossetien, den georgischen Versuch, „mit massivem und rücksichtslosem Waffeneinsatz Zchinwali zu erobern, den Konflikt loszutreten. Dies konnte bei Osseten und Russen nur die traumatische Erinnerung an die Brutalität des georgischen Vorgehens 1992 wecken und den Willen, eine Wiederholung zu verhindern. Man möchte sich nicht vorstellen, welche Folgen ein georgischer Sieg für die Osseten gehabt hätte.“ In: FAZ, Leserbriefe, 26.08.2008.
- ³ „Russen reagieren angemessen“. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24.08.2008.
- ⁴ Zajavlenie Prezidenta Rossijskoj Federacii Dmitrija Medvedeva, 26.08.2008. In: www.kremlin.ru/text/appears/2008/08/205744.shtml.
- ⁵ Aschot Manutscharjan: Die Sicherheitspolitik im Kaukasus - Perspektiven für das 21. Jahrhundert. In: KAS-Auslandsinformationen. Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 3, 2002, S. 33-56; ders.: Der Faktor Abchasien und die russisch-georgischen Beziehungen. In: Aktuelle Analysen. Hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Nr. 52 / 1996. ders.: Georgien: Der erzwungene Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse. Ein Hintergrundbericht über eine lange politische Krise. In: KAS-Auslandsinformationen, Nr.12, 2003, S. 4-32
- ⁶ Nino Burdschanadse in einem Interview mit dem Autor. In: Das Parlament, Berlin, 14.03.2005.
- ⁷ Aschot Manutscharjan: Georgien will seine Konflikte notfalls militärisch lösen. Der Kaukasus zwischen strategischen Interessen Russlands und der USA. In: Das Parlament, 54. Jahrgang, Nr. 26, 21.06.2004.
- ⁸ Nino Burdschanadse in Das Parlament, 14.03.2008.
- ⁹ Y.-Magazin der Bundeswehr, Nr. 3, 2005, S. 116. Das Parlament, 14.03.2008.
- ¹⁰ FAZ, 19.07.2008.
- ¹¹ So Saakaschwili in Interview mit Die Welt am 26.06.2008.
- ¹² Vystuplenie Prezidenta Rossii D.A. Medvedeva na soveščanii poslov. In: MID RF: www.mid.brp-4nsf/
- ¹³ Koncepcija vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, Moskau, den 12.07.2008, Pr-1440. In: Präsident Rossii, kremlin.ru/text/doc.2008/077/204108.
- ¹⁴ Jurij Simonjan: Rossija možet ostaťsja bez posredničeskich funkcij. In: Nezavisimaja gazeta, 30.05.2008.
- ¹⁵ Temuri Jakobišvili in Interview mit Nezavisimaja gazeta, Moskau, 27.05.2008.
- ¹⁶ Prikazano otvečat' po maximumu (= Es wird befohlen, maximal zu antworten). In: Nezavisimoe voennoe obozrenie, Moskau, 23.-29.05.2008.
- ¹⁷ Rossijskich mirotvorcev vytesnjaüt iz zony bezopasnosti. In: Nezavisimaja gazeta, 25.06.2008.
- ¹⁸ Osobaja missija Rais. In: Nezavisimaja gazeta, 10.07.2008.
- ¹⁹ Svetlana Gamova: Kavkazskij uzal, In: NG-Diplomatičeskij kurjer, Moskau, 14.07.2008.
- ²⁰ Marina Perevoskina: Polet na opereženie. Nezavisimaja gazeta, 14.07.2008.
- ²¹ Interview des Autors mit dem Vorsitzenden der Staatsduma Boris Gryslow. In: Das Parlament, Nr. 35-36, 25.08.2008.
- ²² Nikolas Busse: Das Westen forscht nach Ursachen des Krieges in Georgien. In: FAZ, 06.09.2008.
- ²³ FAZ, 06.09.2008; Interview mit Präsident Saakaschwili in der Bild-Zeitung, 27.08.2008.
- ²⁴ Thomas Jäger, Henrike Viehrig (Hg.): Die amerikanische Regierung gegen die Weltöffentlichkeit? Theoretische und empirische Analysen der PubliK Diplomacy zum Irakkrieg. Wiesbaden 2008. Jochen Hils: Manipuliertes Volk? Mediendemokratie und die militärische Interventionspolitik der USA am Beispiel der Kosovokriege. Baden-Baden 2007. Tyler Drumheller: Wie das Weiße Haus die Welt belügt. München 2007.
- ²⁵ Matthias Rüb: „Schützenhilfe aus Georgien. McCain holt in der Wählergunst auf“; Lorenz Jäger: „Sind wir alle Georgier?“ In: FAZ, 22.08.2008.
- ²⁶ Saakaschwili nannte McCain seinen „persönlichen Freund“, der ihn schon 2003 in Tiflis besuchte und ihm eine kugelsichere Weste mitbrachte. In: Die Welt, 26.06.2008.
- ²⁷ Kommersant, Moskau, 22.08.2008.
- ²⁸ Langfassung des Interviews mit Wladimir Putin, ARD, 29.08.2008. In: www.tagesschau.de/ausland/putininterview100.html.
- ²⁹ Herfried Münkler: Ausnahme am Kaukasus. Welt am Sonntag, 24.08.2008.

Eugene Kogan

The Russian-Georgian Conflict: An Assessment

According to Felix Chang, a former Defense Department (DoD) intelligence officer who is now a senior fellow at the Foreign Policy Research Institute, during the conflict between August 7th and 12th 2008 Russia relied on long-range tube and rockets artillery to reach targets well inside Georgia without having to commit a large numbers of troops outside South Ossetia. It also deployed the equivalent of a motor rifle division. The force included units from the 58th Army, based nearby. These were reinforced by elements of the 76th Air Assault Division (known in Russian as *Voenna Desantnaya Diviziya* or VDD) from the St Petersburg Military District and the 96th Airborne Division and the 45th Intelligence Regiment based in Moscow.¹ In spite of the large force used in the conflict, Russian military officials noted that while the offensive into Georgia was morally justified, it was poorly organised and executed in the opening phases.² This had subsequently improved, whereas the performance of the Georgian troops had deteriorated. In spite of the improvement, the Russian military as usual relied on numbers and not on the quality of performance. In the case of Georgia, Russia's overwhelming numbers prevailed over better quality performance and was sufficient to humiliate and defeat the Georgian Armed Forces (GAF), who were very modest in number and certainly ill-prepared for such an onslaught. The conflict also means that the so-called Russian military reforms initiated in the early 1990s have not achieved their set purpose: to have armed forces with qualitative edge and inter-service operability.

According to Konstantin Makienko, deputy head at the Moscow Centre for Analysis of Strategies and Technologies (CAST), the performance of the Russian air force was *'far from ideal'*. He cited reliance on 'old hardware' as a limiting factor. He added that *'its main workhorses of this war have been Su-25, Su-24M, Il-76 aircraft, Mi-24 and Mi-8 helicopters developed and built back in the Soviet time'*. He continued, *'it could be expected that ... the deficiencies highlighted during the conflict will lead to a boost in Russian defence spending on modernisation of its armed forces and air force'*³ in particular. It should be remembered that an increase in Russian defence spending alone is not sufficient to improve the quality of the armed forces.

Despite the end of the conflict on the 12th August, US analysts said that Russian soldiers were still operating in Georgian territory in late August 2008, but without any intention of occupying the country. Russian President Dmitri Medvedev said that Georgia had been taught a lesson and Russian troops would return to lines along the border between Georgia and the breakaway region of South Ossetia.⁴ It is important to emphasise that President Medvedev didn't explicitly state when Russian troops would return to Russia. As a result, Russian ground forces were given extra time to remove weapons from and inflict further damage to the military infrastructure of Georgia. The initial intention of the Russian political and military leadership might have been the occupation of Georgia and regime change, however, the author has no evidence to support this assumption. It is clear, however, that the Russian political leadership decided not to gamble on occupying Georgia as a result of the uncertainty emanating from the European Union (EU). In other words, partial or full occupation of Georgia would have severely damaged Russian-EU and Russian-US relations, which have already been under considerable strains. In addition, a potential reaction from Turkey as the sole North Atlantic Treaty Organisation (NATO) member state bordering Georgia may have also played a role in the calculations of the Russian political and military leadership.

Following the end of the Russian-Georgian conflict President Dmitry Medvedev assigned Minister of Defence Anatoly Serdyukov to develop a programme for re-equipping the Russian Armed Forces. The programme should be based on the lessons drawn from the Russian-Georgian war. One of the officers complained that during the war the Russian infantry fighting vehicles (IFVs) performed worse than the Georgian IFVs⁵, although both vehicles originated from the Former Soviet Union (FSU) manufacturer. It means that the weapon systems in the service of the Russian armed forces are inferior and certainly are not looked after well. In addition, in spite of their modernisation, a very limited number of weapon systems have reached the armed forces in the last five to six years.

As for the Georgian side of the picture, the author thinks that there are more questions than answers about why Mikhail Saakashvili, the President of Georgia, approved the launch of the military offensive to return South Ossetia into the Georgian fold. There has, however, been one very important report that revealed the meticulous stage-by-stage Russian military preparation for the forthcoming war.⁶ It shed light on the extremely tense situation in the region prior to the offensive of the Georgian Forces. It showed that President Saakashvili had lost patience and, as a result, was forced to react. As we will see below, the GAF, however, was not prepared for the military confrontation. In addition, there are many speculations about why the attack happened before the opening ceremony of the Olympic Games in Beijing. The timing appears to have been chosen in order to surprise the Russian political leadership, who were either on holiday or attending the ceremony in Beijing. At the same time the launch of military operation did not take into consideration the reaction of the Russian military, the most important actors waiting eagerly and patiently for the Georgian rabbit to make the first move against the Russian Bear as it pretended to sleep.

As a result, as the *Aviation Week and Space Technology* stated clearly, a series of miscalculations have defined the Georgian-Russian conflict. Georgia thought that it could get away with occupying South Ossetia; but Russia had already anticipated a militarily and politically painless counter-attack.⁷ US defence officials point the finger of blame at the Georgians for the seemingly suicidal decision to push into South Ossetia, noting their almost complete disregard for Russian air superiority and Russia's ability to assemble and launch an overwhelming ground force. European analysts say Georgian regular troops initially showed the results of years of training provided mainly by the United States. The Georgian regulars performed well against the South Ossetian irregulars, Russian reserves and peacekeepers, but were later pushed out of both Abkhazia and South Ossetia⁸ because they were not prepared for the all around Russian onslaught. A naval squadron of the Russian Black Sea Fleet (BSF) at Sevastopol sallied to block any armament deliveries to Georgia. The tiny Georgian navy tried to challenge the Russian vessels. Russian officials say that one or two Georgian attack boats were sunk.⁹ It has again highlighted the case of Georgia's military unpreparedness to wage war on the sea.

According to defence analyst Francis Tusa Georgian defensive capabilities may have initially proved more robust than anticipated against a numerically superior enemy. After all, Russia lost four aircraft during a five day air war with Georgia and, as a result, underestimated its former ally's air-defence capabilities. Tusa also suggested that while Georgia did have '*a great deal of knowledge on how the Russians work*', Russia may not have kept abreast of changes in Georgia's military structure.¹⁰ Interestingly enough, an un-named US analysts suggested that the simplicity of the Georgian air-defences, with far less dependence on networking, made it tougher to knock out or blind major parts of the system. The same analyst noted that '*if the Georgians overestimated their ground forces, it appears that the Russians underestimated the Georgian air-defence abilities in this conflict, and have paid the price*'.¹¹ It would be a mistake to say that the shooting down of four Russian fighter aircraft by the Georgian air-defence can be termed '*paid the price*'. From the Russian air force's perspective five days of a very limited war without waging an air war against the enemy was neither a great success nor a great failure. However, Russian air force officials would claim the opposite and exaggerate their accomplishment. On the other hand, the losses sustained by the Georgian air force were very considerable and will be discussed below.

At the same time, *Jane's Defence Weekly* noted that the combined deficiencies of the Georgian naval and air capabilities meant that the country failed to have adequate resources to ensure the comprehensive and effective defence of its airspace and territorial waters, even prior to the conflict. In the light of the combination of fundamental tactical shortcomings and serious strategic blunders in the Georgian campaign to retake South Ossetia, it seems clear that the flaws in Georgian military planning were based on two key factors: an over-confident assumption of its own readiness and capabilities; and a serious underestimation of the scale and scope of the Russian response.¹² The latter seems very surprising, since Russia made no attempt to hide its intention of punishing belligerent Georgia for its Western orientation and its attempt to join NATO.

In the aftermath of a five days war, Georgia counted its heavy military losses. Alexander Lomaia, Secretary of the National Security Council (NSC), told *Jane's* on 12th August that 'a

substantial part of [Georgia's] military equipment and armament *has been destroyed*. Lomaia added that the military base at Senaki, close to the Abkhazian border, had been completely 'destroyed', while the artillery base at Gori had also been severely damaged.

Batu Kutelia, First Deputy Minister of Defence, confirmed to *Jane's* on 14th August that Vaziani airfield near Tbilisi had been 'heavily bombed', but 'some' infrastructure remained. Marneuli military airbase, 20 km south of Tbilisi, was repeatedly bombed, according to the Georgian Ministry of Foreign Affairs (MFA), causing 'three grounded An-2 craft and military vehicles stationed there to be destroyed'. Bolnisi military airbase was also hit.¹³ The Russians had also bombed the Su-25 manufacturing plant on the outskirts of Tbilisi twice.¹⁴

At the same time, Batu Kutelia said that in the fighting Georgia lost none of its 12 Su-25 combat and L-29 combat-capable trainer aircraft¹⁵ although the latter were not used in air combat. However, some of the aircraft were destroyed on the ground. It is also known that the air force lost most of its combat, training and transport helicopter fleet. Namely, Georgia lost 28 of its 34 helicopters and it is known that all of them were destroyed on the ground.

Notes:

¹ *Aviation Week and Space Technology*, 18 and 25 August 2008, p. 32. The author disagrees with above statement because the 15,000 troops cited below was certainly a considerable force to deploy in such a tiny country as Georgia. *Jane's Defence Weekly* noted that Russia, following the deployment of an elite paratrooper battalion and smaller Special Forces unit (known by its Russian acronym as Spetsnaz), an infantry force of 15,000 and 150 tanks and heavy self-propelled artillery pieces were immediately deployed to South Ossetia. The second stage of the Russian campaign opened a new front in north-western Georgia, as Russia deployed 1000 airborne forces and three assault companies to Abkhazia. For a complete article, see 20 August 2008, pp. 22-23. For the complete list of Russian units involved in the conflict and a slightly different report of numerical size, namely 10,000 men deployed in South Ossetia and up to 9000 men deployed in Abkhazia, see Mikhail Barabanov, "The August war between Russia and Georgia" online: <http://www.mdb.cast.ru/mdb/3-2008/item3/article1/>.

For a new military component of the modern warfare called a cyber campaign, see *Ibid*, *Jane's Defence Weekly*, 20 August 2008, p. 23.

² *Aviation Week and Space Technology*, 1 September 2008, p. 23.

³ *Flight International*, 19-25 August 2008, p. 9. The issue of 'old hardware' was also highlighted by *Jane's International Defence Review* (September 2008), p. 5. Makienko has not, however, elaborated on the issue of deficiencies.

See also http://nvo.ng.ru/wars/2008-08-22/1_uroki.html?mthree=2. The same article noted that the deficiencies on the Russian side are not likely to be properly addressed, although it has been highlighted more than once by the *Nezavisimoye Voennoye Obozrenie* (NVO).

See for instance http://nvo.ng.ru/wars/2008-08-29/1_uroki.html. For a sobering assessment of the

To conclude, there is no shadow of a doubt that the present GAF and its infrastructure has been dealt a substantial and serious blow. At the same time, the defeat of the presently-structured GAF may precipitate the long awaited changes in the structure, composition, doctrine and armaments of the newly built armed forces.¹⁶ Much depends on assistance from the West in terms of arms, training, expertise and Western experience in transforming its own armed forces. Much also depends on the stand of the West vis-à-vis Russia with regard to Georgia. It will certainly be embarrassing for NATO's 60th anniversary next year if Russia retains the power to veto the policy of 'independent' Georgia.

As for the Russian victory over the GAF in August 2008, first, it should not be regarded as a cause for celebration in Moscow, but rather as a stimulus to accelerate the military transformation that has been delayed for years. Second, it adds weight to the frequent discussions on the deficiencies in military procurement that have not been implemented. And, finally, the quality of modern armed forces depends on their training and combat performance and that is where the Russian forces are not yet at their best.

- Russian performance, see *Aviation Week and Space Technology*, 1 September 2008, p. 23.
See also http://nvo.ng.ru/armament/2008-09-26/10_plans.html.
- ⁴ *Aviation Week and Space Technology*, 18 and 25 August 2008, p. 34.
- ⁵ <http://www.izvestia.ru/news/news185957> - online on 19 August 2008.
- ⁶ Svante Cornell, Johanna Popjanewski and Niklas Nilsson, "Russia's war in Georgia: Causes and implications for Georgia and the world" in *Silk Road Paper* (August 2008), Central Asia-Caucasus Institute and Silk Road Studies Program online
<http://www.isdp.eu/files/publications/pp/08/0808Georgia-PP2.pdf>; pp. 1-43.
See in particular Conclusions and Implications of the same report on pp. 23-32.
See also "Baiting the bear. Georgia plays Russian roulette" in *Jane's Intelligence Review* (September 2008), pp. 8-12. For a clearly opposite point of view, namely that Georgia was the one that initiated the war, see Mikhail Barabanov, "Saakashvili: "War at last!" online
<http://www.mdb.cast.ru/mdb/3-2008/item1/article1/>.
- ⁷ 18 and 25 August 2008, p. 32. See *Jane's Defence Weekly*, 20 August 2008, p. 22. See also the very interesting article published in *The Jerusalem Post* online (on 9 September 2008 and updated on 10 September 2008)
<http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1220802296039&pagename=JPost%2FJP>
This article highlights the recklessness of President Saakashvili in dispatching his army without considering the possible repercussions of such a brazen act.
- ⁸ *Aviation Week and Space Technology*, 18 and 25 August 2008, p. 34. The same point was reinforced in an article published in: http://nvo.ng.ru/wars/2008-0822/1_uroki.html?mthree=2.
See also "Baiting the Bear", p. 13. For the Russian ability to assemble and launch..., see http://www.redstar.ru/2008/09/23_09/3_04.html.
- ⁹ *Aviation Week and Space Technology*, 18 and 25 August 2008, p. 35. See also *Jane's Defence Weekly*, 20 August 2008, p. 23.
- ¹⁰ For a complete article, see *Flight International*, 19-25 August 2008, p. 9. For performance of the Georgia's robust air-defence, see *Aviation Week and Space Technology*, 18 and 25 August 2008, p. 32 and pp. 34-35. Interestingly enough, *Jane's Defence Weekly* contradicts the assertion that the Georgian air-defence network was robust and claims that Russia effectively countered the Georgian air-defence network. 20 August 2008, pp. 22-23. For the changes that occurred within the GAF, see http://nvo.ng.ru/concepts/2008-07-25/13_georgia.html?mthree=3.
- ¹¹ For a complete article, see *Aviation Week and Space Technology*, 18 and 25 August 2008, pp. 34-35; 1 September 2008, p. 23.
- ¹² For the rest of the lucid analysis, see 20 August 2008, p. 23. See also a very scathing analysis of the performance of the GAF in <http://www.iht.com/articles/2008/09/03/europe/03georgia.php>.
- ¹³ *Jane's Defence Weekly*, 20 August 2008, p. 4.
- ¹⁴ *Aviation Week and Space Technology*, 18 and 25 August 2008, p. 35. See also *Air International* (September 2008), p. 4.
- ¹⁵ *Jane's Defence Weekly*, 20 August 2008, p. 4. According to other sources, three L-39s were destroyed on the ground as well as three Su-25s shot down by Su-27, by South Ossetian Igla man-portable air-defence system (MANPADS) and by Russian Igla.
See for instance an interesting article online
<http://www.iht.com/articles/2008/09/03/europe/03georgia.php>.

Peter Schmidt

Der georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Georgien-Konflikts

I. Vorbemerkung

Schon vor dem Krieg im August 2008, ließ sich der georgische Konfliktknoten nicht, wie die Assoziation zum „*gordischen Knoten*“ nahe legt, mit einem Streich durchschlagen und lösen. Dazu waren schon damals die Interessen der beteiligten Akteure zu gegensätzlich und zu festgezurt:

- Die USA strebten danach Georgien zügig in die NATO aufzunehmen - Russland hatte das Interesse dies zu verhindern;
- die EU-Staaten verfolgten keine grundsätzlich andere, sondern nur eine vorsichtigeren Politik, da sie ihre umfassendere Agenda mit Russland nicht gefährden wollten;
- die georgische Regierung gründete ihre Legitimation zum einen wesentlich auf eine Politik der engen „Westbindung“, die – zunächst einmal – durch eine NATO-Mitgliedschaft abgesichert werden sollte, zum anderen aber auch darauf, Südossetien und Abchasien im georgischen Staatsverband zu belassen bzw. zurückzuholen - Russland dehnte dagegen systematisch seinen Einfluss in diesen Provinzen aus (allerdings ohne sie zunächst als Staaten anzuerkennen) und strebte mit dieser Politik nicht nur seinen Einfluss auszudehnen, sondern auch bei den NATO-Mitgliedern Zweifel an einer Mitgliedschaft zu säen.

Sowohl die USA und die EU-Staaten verknüpften damit geopolitische und energiepolitische Interessen: die Abhängigkeit des Westens (vor allem Europas) von russischen Energielieferungen sollte durch die so genannte BTC-Ölpipeline und die damit verbundene Gasverbindung von Baku durch Georgien in die Türkei verringert werden. Dem stand das russische Interesse gegenüber die Ausbreitung „westlicher Institutionen“ in dieser Region zu verhindern sowie seine starke Stellung auf dem Energiesektor zu behalten und weiter auszubauen. Die Tatsache, dass die Pipelines in Georgien von den russischen Angriffen nicht betroffen waren, ist kein Argument gegen diese Interpretation russischer Interessen:

Russland setzt offensichtlich auf die politischen Wirkungen seiner Militäraktion sowohl bei der georgische Regierung (bzw. deren erhofften Nachfolger), vor allem aber auf die Politik der Energielieferanten aus Turkmenistan, Kasachstan und Aserbeidschan, die sich in ihrer Energiepolitik stärker an Russland und nicht an Europa und die USA binden sollen. Die Bombardierung georgischer Häfen während des Krieges, die dazu führten, dass die Pipelines geschlossen wurden, muss als ein deutliches Zeichen für diese Absicht verstanden werden.

Insofern kann man den Georgien-Konflikt nicht isoliert betrachten, sondern ihn nur in seinen umfassenderen geo- und energiepolitischen Zusammenhängen verstehen. Alleine auf Georgien fixierten Lösungen können somit nur dann – relativen – Erfolg versprechen, wenn sie den umfassenderen Kontext mit in den Blick nehmen und berücksichtigen.

Die völkerrechtliche Normen rücksichtslos missachtende Militäroperation signalisiert allerdings auch in ihrer relativen Begrenztheit, dass Russland an einem umfassenden Ost-West-Konflikt nicht interessiert ist. Die zwar verbal deutlichen, aber in der Substanz schwachen Reaktionen von europäischer und amerikanischer Seite machen auch hier den begrenzten Stellenwert des Georgien-Konflikts deutlich. Keine der beiden Seiten will die Beziehungen grundsätzlich in Frage stellen, was wiederum Spielräume für einen gewissen Interessenausgleich und für Verhandlungslösungen auch in und mit Georgien oder zumindest für ein Einfrieren des Konflikts mit sich bringen kann. Darüber hinaus kann man es aus realpolitischem Blickwinkel als längerfristig günstig beurteilen, dass der offensichtlich unversöhnliche Konflikt der georgischen Regierung mit den beiden Provinzen nun ein, wenn auch schlechtes, Ende gefunden hat. Die formelle Anerkennung Südossetiens und Abchasiens durch Russland und die andauernde Präsenz der russischen Armee in diesen Regionen, lässt sowohl die Einigungspolitik der georgischen Regierung, als auch die deklaratorische Politik der EU-Staaten, dass die beiden Regionen Teil

des souveränen Staates Georgien seien, illusorisch erscheinen.

Was heißt das für die europäischen Handlungsoptionen unter den gegebenen Bedingungen? Bestenfalls kann man kurzfristig erwarten, dass der Konflikt nicht wieder aufbricht und Russland sich damit zufrieden gibt Georgien seiner Ambitionen beraubt, Südossetien und Abchasien nun eindeutig in seinen Einflussbereich einbezogen zu haben und sowohl Tiflis und den energiereichen Ländern der Region ein machtpolitisches Signal übermittelt zu haben, dass sie ihre Politik stärker als bisher an Russland orientieren sollen. In Turkmenistan und Kasachstan, die bedeutendsten Gasexporteure in Zentralasien, dürften Zweifel gesät worden sein, ob die Exportroute durch Georgien sicher genug ist und ob es nicht besser ist, sich bei den Exportanstrengungen an Russland zu orientieren.

Im Folgenden werden in knapper Form einige Handlungsoptionen zur Konfliktbeilegung bzw. -begrenzung diskutiert. Einige davon sind in der jetzigen Situation nicht sinnvoll, bei anderen handelt es sich um mögliche Lösungswege, deren Machbarkeit und Nützlichkeit sich u. U. erst im Zuge der politischen Entwicklung in und um Georgien herausstellen könnte. Es ist nicht zu

übersehen, dass die EU-Staaten und die Vereinigten Staaten in einer Situation sind, in der sie viel von ihrer Handlungsfähigkeit verloren, Russland seine Machtposition in der Region ausgebaut und Georgien in einem unsicheren Status zurückgelassen wurde. Die EU-Staaten und die USA sind damit stärker als zuvor nicht Handlungsobjekt, sondern -subjekt.

Auch gibt es Optionen, die derzeit nicht praktikabel, aber langfristig nicht zu vermeiden, bzw. anzustreben sind. So ist es sicherlich heute nicht sinnvoll die Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien formell zu akzeptieren, obwohl dies langfristig unvermeidlich sein dürfte. Heute würde eine solche Haltung sowohl innerhalb der EU als auch in Georgien konterproduktiv wirken. Es gilt zunächst der ersten Karte, der Karte der Konflikteindämmung, Aufmerksamkeit zu widmen. Gleichzeitig gilt es herauszufinden, welche Lösungsmöglichkeiten Russland explizit oder stillschweigend mittragen könnte und wie Georgien und die Energielieferanten der Region weiter für westlichen Einfluss offen bleiben. Dabei muss der Eindruck vermieden werden, dass Russland das entscheidende Wort bezüglich der Politik in Tiflis hat, sondern die jeweils gewählte georgische Regierung.

II. Interessen der EU-Staaten und Wege der Konfliktbeilegung

1. Isolierung Russlands

Ein Versuch, Moskau wegen seiner Georgien-Operation zu isolieren und Russland damit zu einer Änderung seiner Politik zu zwingen, ist nicht erfolgversprechend. Zu sehr hängt Europa von russischen Energielieferungen ab, ebenso benötigen die Europäer und die USA die Zusammenarbeit mit Russland in anderen brennenden Fragen, vor allem in Afghanistan und im Iran. Außerdem würde es die Lage in der Region nicht verbessern, sondern wahrscheinlich verschlechtern, da Russland in dieser Region die besseren Karten in der Hand hält als die EU und die USA.

2. Baldige Aufnahme Kern-Georgiens in die NATO

Eine baldige Aufnahme Georgiens in die NATO in der jetzigen Lage dient nicht den europäischen Interessen. Dies ist nicht nur der Fall, weil sie die Konfrontation mit Russland verschärfen würde, sondern vor allem, weil damit schon heute

faktisch die Abtrennung Südossetiens und Abchasiens akzeptiert werden müsste. Darüber hinaus kann nicht erwartet werden, dass die Allianz in naher Zukunft entscheidend zur Sicherheit Georgiens beitragen kann.

3. Konflikteindämmung/ Schadensbegrenzung

Ohne Zweifel hat die Politik der EU und USA, Russland bei wichtigen Energierouten zu umgehen, sowie die staatliche Einheit Georgiens zu erhalten, im ersten Fall einen Rückschlag erlitten, im zweiten ist sie gescheitert. In dieser Situation hatte die EU zunächst einmal die Aufgabe den Konflikt einzudämmen und weiteren Schaden zu verhindern. Der vom EU-Präsidenten Sarkozy ausgehandelte Waffenstillstand und die Entsendung von 200 Beobachtern hatten bzw. haben diese Funktion. Sollte sich Russland tatsächlich – wie es scheint – aus dem georgischen Kernland ganz zurückziehen und seine Truppen nur in Südossetien und Abchasien zu belassen, gilt es zunächst diesen *status quo* zu sichern.

Insofern hat es durchaus Sinn die bisherige Politik der EU, wie sie sich u.a. im Aktionsplan EU-Georgien im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik und dem Georgien-Strategiepapier 2007-2013 (Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument) der EU-Kommission niederschlägt, fortzusetzen, auch wenn die Teile, die Abchasien und Südossetien betreffen, funktionslos geworden sind. Diese Politik zielt auf die langsame Heranführung Georgiens an die EU (Angleichung der Rechtsvorschriften, Normen und Standards, wirtschaftliche Integration, aber auch Intensivierung der politischen, sicherheitsbezogenen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Mitverantwortung in Sachen Konfliktprävention und Konfliktlösung). Politisch gesehen gilt es zu verhindern, dass Georgien seinen Westkurs grundsätzlich ändert und sich primär an Moskau orientiert. Voraussetzung ist, dass die georgische Regierung bereit ist diesen Kurs mitzutragen. Dies kann nicht ungefragt vorausgesetzt werden, da Staaten in der geopolitischen Lage Georgiens im Prinzip nur zwei Optionen haben: Sie können versuchen sich mit dem bedrohlichen Nachbarn mehr oder weniger gemein zu machen oder mit anderen Mächten eine Gegenmachtposition aufzubauen. Da die zweite Option an Glaubwürdigkeit verloren hat ist längerfristig eine Annäherung an Russland nicht völlig auszuschließen.

Im Rahmen dieser Option ist es wichtig, dass Georgien zu einem Thema des Dialogs zwischen der EU und Russland wird. Dieser Dialog hat eine zweifache Aufgabe:

- Er soll weiterhin deutlich machen, dass die russische Politik nicht akzeptierbar ist. Beschränkte Sanktionen, wie es z.B. die NATO mit der Aussetzung des NATO-Russland-Dialogs getan hat, sollten diesen Teil des Dialogs unterstreichen. Ebenso sollte die NATO ihren Dialog mit der georgischen Regierung fortsetzen bzw. intensivieren. Eine öffentliche Debatte darüber, das georgische Kernland in die NATO aufzunehmen könnte deutlich machen, dass die europäischen Staaten und Amerika nicht bereit sind, ihre Präsenz in dieser Region aufzugeben solange eine demokratisch legitimierte Regierung in Tiflis dies will.
- Des Weiteren sollten praktische Fragen, wie die Folgen des Krieges zu lindern sind (Flüchtlingsrückführung, Infrastrukturaufbau,

etc.), mit Russland und den Konfliktparteien, möglichst gemeinsam mit dem Ziel behandelt werden, weitere, u.U. von lokalen Akteuren geschürte, Konflikte zu verhindern.

Neben dieser kurzfristigen Politik muss versucht werden, die politischen Wirkungen in Georgien und den energiereichen Ländern der Region zu begrenzen.

4. Akzeptierung der staatlichen Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens

Langfristig wird es nicht zu vermeiden sein, die durch die Militäraktion geschaffenen Realitäten anzuerkennen. Dies gilt es der georgischen Regierung mit Bedacht deutlich zu machen. Zusätzliche kompensatorische Unterstützung durch die EU für das Kernland kann dabei hilfreich sein. Diese zusätzliche Unterstützung wird auch insofern wichtig werden, weil das Land aufgrund dieses Konflikts wahrscheinlich für private Investitionen weniger attraktiv geworden ist.

Die antirussischen Demonstrationen in Tiflis während des Krieges sind ein Hinweis darauf, dass das Kernland wahrscheinlich seine grundsätzliche Einstellung gegenüber NATO und EU in naher Zukunft nicht aufgeben wird. Die EU-Staaten in der NATO dürften folglich die Option, dass das Kernland in die NATO aufgenommen wird nicht zur Disposition stellen. Allerdings müssten in diesem Fall Auffassungsunterschiede innerhalb der EU überwunden werden, da bisher die baltischen Staaten und Polen massiv für die staatliche Einheit Georgiens eintreten. Allerdings verlöre die Politik dieser EU-Länder ihre Grundlage, wenn Tiflis einer solchen Lösung zustimmt.

5. Georgische Neutralität

Ein neutrales Georgien in dem Sinne, dass Georgien auf eine Mitgliedschaft in NATO und EU offiziell verzichtet, würde russischen Interessen entgegenkommen. Dies wäre jedoch für wohl Tiflis nur akzeptabel, wenn entsprechende Sicherheitsgarantieren gegeben würden und die beiden abtrünnigen Provinzen in den georgischen Staatsverband zurückkehrten.

Für die EU als Ganzes wäre ein solcher Weg durchaus akzeptabel, auch wenn er sicherlich bei einigen Mitgliedsstaaten auf Widerstand stoßen würde. Er würde jedoch denjenigen Kräften in der EU entgegenkommen, die einer Beitrittsperspektive

Georgien skeptisch gegenüber stehen. Eine stärkere Anbindung an die EU schliesse ein Neutralitätsstatus nicht aus. Beispiele sind Österreich, Schweden und Finnland. Auf dieser Grundlage könnte die EU u. U. einer solchen Option zustimmen und sie auch unterstützen. Sie käme vor allem dann in Frage, wenn damit eine begründete Aussicht auf eine nachhaltige Befriedung der Region bestünde.

Allerdings kann man kaum erwarten, dass Russland bereit ist – sowie auch Südossetien und Abchasien – die Bedingung Georgiens zu akzeptieren, dass diese „abtrünnigen Provinzen“

in den Staatsverband zurückzukehren hätten. Da diese Möglichkeit von einer „strategischen Übereinkunft“ zwischen Russland, den USA und der EU abhängt, dürfte sich diese Option in ihrem strikten Sinne nicht verwirklichen lassen. Sollte allerdings die russische Drohhpolitik bei einer neuen Regierung in Tiflis Wirkung zeigen, kann man nicht ausschließen, dass eine stille Selbst-Neutralisierung Georgiens stattfindet. Sie widerspricht zwar den derzeitigen Interessen der EU-Staaten, könnte sich jedoch als eine Entwicklung herausstellen, die den Energieinteressen der EU ein Stück weit entspricht.

III. Schlussbemerkungen

Eine grundsätzliche Option, die einem russisch-europäisch-amerikanischen Interessenausgleich entspricht, ist kurzfristig nicht in Sicht. Die beiden ersten Optionen, Isolierung Russlands und schnelle Aufnahme Georgiens in die NATO, erweisen sich als nicht sinnvoll. Im ersten Fall, weil sie die Lage in und um Georgien verschlechtern würde, im zweiten, weil damit implizit der Abfall der beiden Provinzen schon heute anerkannt werden müsste und die Konflikte mit Russland sich weiter verschärften, ohne dass die NATO Entscheidendes zur Sicherheit Georgiens beitragen könnte.

Ohne Zweifel gilt es zunächst der ersten Karte, der Karte der Konflikteindämmung, Aufmerksamkeit zu widmen. Gleichzeitig gilt es herauszufinden, welche Lösungsmöglichkeiten Russland explizit oder stillschweigend mittragen könnte. Dabei muss der Eindruck vermieden werden, dass Russland das entscheidende Wort bezüglich der georgischen Entwicklung hat sondern die Georgier selbst. Längerfristig wird es sich nicht vermeiden lassen, dass die

europäischen Staaten – zumindest faktisch – die Abtrennung der beiden Provinzen anerkennen. Eine Politik, die die Regierung in Tiflis mittel- und längerfristig dazu führt, dies zu akzeptieren ist vorsichtig zu fördern und durch eine verstärkte Unterstützung durch die EU und NATO zu begleiten. Dabei gilt es zu beobachten, welche politischen Wirkungen die Drohhpolitik Russlands auf Georgien und die Energielieferanten der Region hat. Soweit möglich, ist zu vermeiden, dass sich diese Länder stärker an Russland orientieren und sich Europa verschließen. Eine Neutralisierung Georgiens kann derzeit keine Option europäischer Politik sein. Sollte sich jedoch die georgische Politik aufgrund der machtpolitischen Verhältnisse stärker an Russland orientieren und eine Art Selbst-Neutralisierung anstreben, widerspräche das nicht völlig europäischen Interessen, wenn die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen mit der EU und den Vereinigten Staaten weiterhin eng blieben und Georgien damit in sicherere Fahrwasser geriete.

Permanenter Ausnahmezustand Birmas leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert

Die brutale Niederschlagung friedlicher Demonstranten im vergangenen Herbst und die nur zögerlich aufgehobene Weigerung der birmanischen Regierung internationale Hilfe und Helfer ins Land zu lassen, um Hunderttausenden von Flutopfern überlebensnotwendige Hilfe zu leisten, haben weltweit Entsetzen und Empörung ausgelöst. Für einige Wochen beherrschte dieses Land auch unsere Massenmedien, um dann ebenso schnell wie es dort aufgetaucht war, auch wieder zu verschwinden. Ein solch publizistisches

Interesse, das sich allzu schnell neuen Katastrophen zuwendet, kann jedoch kein Engagement begründen, das sich mit den Land und den Nöten seiner Bevölkerung wirklich auseinandersetzt. Wer nach Mitteln und Wegen sucht, die zu einer Verbesserung der Situation beitragen könnten, wird nicht umhin können, sich einige Determinanten der Entwicklung Birmas zu vergegenwärtigen, die für die Geschichte dieses Landes seit geraumer Zeit konstitutiv waren und wohl auch auf absehbare Zeit sein werden.

Entwicklungskordinaten

Hier ist zunächst die **Wagenburgmentalität seiner Führung** zu nennen. Im frappierenden Unterschied zum Nachbarland Thailand, dem es gelang, sich der kolonialen Herrschaft zu entziehen, indem es die verschiedenen Kolonialmächte geschickt gegeneinander ausspielte, ließ sich das birmanische Königshaus in eine Kräfte zehrende militärische Auseinandersetzung mit Großbritannien ein, bei der es von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Nach der Unabhängigkeit versuchte Ministerpräsident U Nhu durch eine strikte Neutralitätspolitik jene Frontstellung zu umgehen, die der Kalte Krieg auch in Asien zu etablieren versuchte.

Der 1962 durch einen Militärputsch an die Macht gekommene General Ne Win ersetzte U Nhus aktive Neutralitätspolitik durch einen rigiden Isolationismus, den er mit seiner Ideologie des „Birmanischen Sozialismus“ verbrämte. Die Militärs, die 1988 seine Herrschaft beendeten, setzten diesen Kurs mit wenigen Abstrichen fort, wobei die Sanktionspolitik, mit der die westlichen Ländern versuchten, einen politischen Kurswechsel Birmas zu initiieren, nicht unwesentlich dazu beitrug, das Feindbild des aggressiven „Neokolonialismus“ weiter zu verfestigen. Auch die 1997 erfolgte Aufnahme in die ASEAN vermochte jene verhängnisvolle Wechselwirkung zwischen sich vom internationalen Kontext abschotten und wiederum von diesem abgeschottet werden, nicht wirklich zu durchbrechen.

Für die innenpolitische Entwicklung Birmas stellt seine **ethnische Heterogenität** eine gewaltige

Herausforderung dar. Nur etwa zwei Drittel der Bevölkerung Birmas sind ethnische Burmanen. Das restliche Drittel setzt sich aus einer Vielzahl sprachlich wie kulturell höchst unterschiedlicher Minderheiten zusammen, deren Siedlungsgebiete hufeisenförmig das birmanische Kernland umschließen. Das birmanische Königshaus unterhielt zu diesen Gemeinschaften relativ lose Patron-Klientel-Beziehungen, die jenen große Eigenständigkeit erlaubten. Auch in der Kolonialzeit standen diese Gebiete nur unter „*indirect rule*“ Großbritanniens.

Nach der Unabhängigkeit kam es jedoch sehr bald zu heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen diesen ethnischen Gruppierungen und der Zentralregierung in Rangun, deren Konzept eines Nationalstaates europäischer Prägung der ethnischen Vielfalt des Landes nicht gerecht wurde. General Ne Win versuchte dieses Problem mit brutaler Gewalt zu lösen; letztlich ohne Erfolg. Vielmehr rief der rigorose Einsatz militärischer Macht nur entsprechende Gegenreaktionen hervor. Seine Nachfolger waren mit einer entgegen gesetzten Taktik erheblich erfolgreicher. Sie schlossen mit den meisten ethnischen Gruppierungen Waffenstillstands-Vereinbarungen, die diesen weitgehende Autonomie, wirtschaftliche Nutzungsrechte und nicht zuletzt eigene militärische Verbände zugestanden, solange sie die nominelle Oberhoheit der Zentralregierung anerkannten.

Wie in anderen postkolonialen Staaten so hat es auch in Birma das **Militär** verstanden, eine

nahezu **uneinnehmbare Vormachtstellung** zu erobern. Die Armee versteht sich als der Befreier vom Kolonialismus und als unverzichtbarer Garant der Einheit des Landes. Folgt man diesem Selbstverständnis so war es allein der Machtübernahme der Generäle zu verdanken, dass das Land nicht an jenen politischen und ethnischen Konflikten zugrunde gegangen ist, die im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit ausgebrochen waren.

Diese Führungsposition wurde nicht zuletzt genutzt, um die materiellen Ressourcen des Landes unter die eigene Kontrolle zu bringen. Alles woran es der Zivilbevölkerung mangelt, angefangen von der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern, medizinische Betreuung, Ausbildung etc. steht den Armeeingehörigen und ihren Familien – wenn auch nach Dienstgraden gestaffelt – zur Verfügung. Eine Karriere bei den Streitkräften bietet somit auch die nahezu einzige Möglichkeit sozialen Aufstiegs. Andere gesellschaftliche oder auch staatliche Organisationen und Institutionen haben dagegen marginale Bedeutung, so dass auch die zivile Verwaltung mehr und mehr in den Händen des Militärs liegt. Elementare Voraussetzungen für den Aufbau eines pluralistischen politischen Systems sind damit nicht gegeben.

Birma zählt zu den ärmsten Ländern Ostasien. Seine **wirtschaftliche Unterentwicklung** ist aber nicht durch einen Mangel an natürlichen Ressourcen bedingt. Im Gegenteil, das Land besitzt große landwirtschaftliche Anbauflächen, wertvolle Edelmetalle und in jüngster Zeit wurden auch

umfangreiche Erdöl- und Erdgasvorkommen im Küstenbereich erschlossen. Es konnte sich indes keine Unternehmerklasse entwickeln, die in der Lage gewesen wäre, diesen von der Natur gegebenen Reichtum in eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung umzusetzen. Obgleich die 1988 an die Macht gekommene Militärregierung den „Birmanischen Sozialismus“ ihres Vorgängers Ne Win offiziell ad acta legte, hielt sie die Wirtschaft doch weiterhin unter ihrer Kontrolle und perfektionierte diese durch die Gründung nationaler Holding-Gesellschaften, denen alle großen Wirtschaftsunternehmen unterstehen.

Allerdings kommt der Gewinn, den all diese Betrieb und der Verkauf von Rohstoffen abwerfen, größtenteils nicht der weiteren Entwicklung der Wirtschaft zugute, sondern fließt zu einem großen Teil in die Taschen des Militärs bzw. den Ausbau seiner Machtposition, während für andere Aufgaben wie medizinische Versorgung, Ausbildung und Erziehung etc. nur geringe Beträge aufgewandt werden. Aber auch die von den westlichen Ländern verhängten Sanktionen haben zweifellos ihren Teil dazu beigetragen, dass Birma trotz günstiger Ausgangsfaktoren nicht jenen Wirtschaftsboom erlebte, durch den sich seine Nachbarländer seit einigen Jahrzehnten auszeichnen. Statt dessen ist man in starke Abhängigkeit von der VR China geraten, die der Militärjunta all das liefert, was ihr durch die westliche Sanktionspolitik vorenthalten wird, aber dafür auch den bevorzugten Zugriff auf die ökonomischen Ressourcen seines südlichen Nachbarn genießt, in dem es nicht zuletzt einen lukrativen Absatzmarkt für chinesische Massenartikel sieht.

Das Schicksalsjahr 1988

Am 8. August 2008 jährte sich zum zwanzigsten Male jener Tag, der inzwischen traurige Berühmtheit erlangt und die jüngste Geschichte Birmas in eine fatale Richtung gedrängt hat. Drastische Preiserhöhungen, nicht zuletzt bei den Studiengebühren hatten bereits im Frühjahr 1988 tausende von Schülern und Studenten auf die Straßen getrieben. Im Verlauf des August gewann diese Protestbewegung rasch an Stärke und in Aung San Suu Kyi, die erst wenige Monate zuvor nach einem langjährigen Aufenthalt in England in ihre Heimat zurückgekehrt war, hatten die Demonstranten auch eine politische Führungsfigur gefunden, die Entschlossenheit und Charisma ausstrahlte.

Am 8. August kam es in Rangoon zu den größten Massendemonstration seit der Machtübernahme General Ne Wins im Jahre 1962. Mehrere Hunderttausend Birmanen hatten sich in der Hauptstadt versammelt um den Rücktritt der Regierung und demokratische Freiheiten zu fordern. In der Nacht vom 8. zum 9. August zogen starke Militäreinheiten auf, die wahllos in die Menge schossen, die in Panik geriet und zu flüchten versuchte. Mehr als 3000 Birmanen fielen diesem Massaker zum Opfer. Auch in den folgenden Wochen waren weitere Todesopfer zu beklagen, tausende von Demonstranten verschwanden in den Gefängnissen.

Politisch versuchte sich die Militärführung jedoch neu zu profilieren. Der langjährige Diktator Ne

Win wurde zum Rücktritt gezwungen und mit ihm verschwand auch jenes ideologische Konstrukt des „Birmanischen Sozialismus“, das ohnehin kaum gestalterische Kraft entfaltet hatte. In deutlicher Abkehr von der Herrschaftspraxis Ne Wins war man auch bereit, sich dem Votum der Wähler zu stellen. Für den Mai 1990 wurden freie Wahlen angesetzt, die es seit den 1950-er Jahren in Birma nicht mehr gegeben hatte. Die Partei der Militärs wurde bei diesen Wahlen von der neu gegründeten „*National League for Democracy*“ (NLD) unter der Führung von Aung San Suu Kyi herausgefordert. Zur Bestürzung der amtierenden Machthaber und auch zur Überraschung einer Reihe internationaler Beobachter trug die NLD einen haushohen Wahlsieg davon. Sie erhielt, mehr als 60 Prozent der abgegebenen Stimmen. Da englisches Mehrheitswahlrecht angewandt wurde, fielen ihr damit nahezu 80 Prozent der Parlamentssitze zu.

Dieses Parlament konnte jedoch niemals zusammentreten. Die Regierung erkannte das Wahlergebnis nicht an. Die Bewegungsfreiheit

der Oppositionsführerin wurde immer stärker eingeschränkt. Ihre Versuche, die Hauptstadt zu verlassen, um in andere Landesteile zu reisen, beantwortete die Regierung mit Verhängung eines nahezu permanenten Hausarrests. Der NLD wurde es zwar gestattet, ein Büro in Rangoon zu unterhalten, aber dieses wird von der Staatssicherheit rund um die Uhr observiert. Viele NLD-Anhänger wurden inhaftiert und jede politische Tätigkeit für die NLD wird mit langjährigen Haftstrafen bedroht.

Die westlichen Länder reagierten auf all diese Repressionsmaßnahmen mit dem Stopp aller Rüstungslieferungen, Entwicklungshilfeleistungen sowie Export- und Importerleichterungen. Alle führenden Regierungsmitarbeiter und deren Familien wurden mit einem Visa-Bann belegt und ihre Konten im Ausland eingefroren. Nur für humanitäre Hilfe stellt die EU derzeit einen Betrag von etwa 20 Mio. Euro zur Verfügung. Eine Rücknahme dieser Sanktionsmaßnahmen wird von der Gewährung elementarer politischer Rechte für die Opposition abhängig gemacht.

Konfliktlinien

Die Konfliktlinien, die sich zu Beginn der 90-er Jahre herausgebildet hatten, haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren eher verhärtet denn verändert. Zum einen ist es der Konflikt zwischen einerseits der NLD repräsentiert durch Aung San Suu Kyi, die ihre Forderungen nach Übernahme der Regierungsverantwortung mit dem überlegenen Wahlsieg von 1990 untermauern kann und andererseits der Militärregierung, die der NLD nicht nur die Regierungsmacht, sondern auch die Anerkennung als ebenbürtiger Verhandlungspartner verweigert. Vielmehr wertet sie die massive Unterstützung, die das westliche Ausland der NLD gewährt, als Beweis dafür, dass es sich eben hierbei nicht um eine genuin birmanische Kraft, sondern um ein willfähiges Werkzeug des Auslands handelt, mit dem letzteres seine „neo-kolonialistische“ Bevormundung Birmas durchzusetzen versucht.

Somit stehen sich zwei höchst ungleiche Konfliktparteien gegenüber. Die Regierung, die über nahezu alle Machtressourcen im Inland verfügt, international aber weitgehend geächtet ist und die städtische Opposition, die im Inland nahezu aller politischer Handlungsmöglichkeiten beraubt ist, aber auf internationaler Ebene hohe Anerkennung genießt und ihre Stimme nur mit

Hilfe ihrer Vertreter im Ausland erheben kann. In den Auseinandersetzungen ging es dabei stets um die Frage, wer von beiden Parteien zur Herrschaft legitimiert sei. Kontroversen über inhaltliche Fragen bzw. konkrete Strategien für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung traten dagegen völlig in den Hintergrund.

Ein zweite Konfliktlinie, die in unserer derzeitigen Berichterstattung völlig in den Hintergrund tritt, stellt für die birmanische Führung eine mindestens ebenso große Herausforderung dar, wie die Opposition im burmesischen Kernland: die Spannungen zwischen den ethnischen Minderheiten und der Zentralregierung. Auf den ersten Blick ist es wohl der größte Erfolg der amtierenden Militärjunta, dass es ihr im Verlauf der 90-er Jahre gelungen ist, mit den meisten ethnischen Gruppierungen Waffenstillstandsvereinbarungen zu treffen und damit jene blutigen Auseinandersetzungen zu beenden, die Birma Jahrzehnte lang erschütterten hatten. Doch der Preis für diese Vereinbarungen, die größtenteils nicht einmal schriftlich fixiert sind, ist das unausgesprochene Eingeständnis der Regierung, dass sie die viel beschworene Einheit des Landes nur auf dem Papier zu gewährleisten vermag.

2004 hatte man erneut eine „National Convention“ einberufen, an der auch Vertreter der Minderheiten beteiligt waren. Ihr Auftrag war es, eine Verfassung auszuarbeiten, die nicht zuletzt das Verhältnis zwischen den verschiedenen Ethnien und der Zentralregierung auf eine rechtlich klar umrissene Grundlage stellen sollte. Die „National Convention“ trat auch wiederholt zu mehrwöchigen Beratungen zusammen, die aber ohne greifbares Ergebnis blieben, da weder die Regierung noch die Vertreter der Minderheiten zu substanziellen Zugeständnissen bereit waren. Schließlich hat die Militärführung diesen Prozess beendet, indem sie im Herbst 2007 erklärte, dass die Grundprinzipien einer neuen Verfassung ausgearbeitet seien. Im Frühjahr 2008 folgte dann ein Verfassungstext, der einseitig die Position der Militärs widerspiegelt und teilweise sehr unklare und widersprüchliche Bestimmungen enthält. In einem Plebiszit, das allen demokratischen Grundsätzen Hohn sprach, erhielt dieser Text im Mai dieses Jahres eine Zustimmung von 99 %.

Wie viel diese mit großem propagandistischen Aufwand verabschiedete Verfassung tatsächlich wert ist, wird sich an der Frage der Entwaffnung der ethnischen Gruppierungen entscheiden. Deren führende Repräsentanten haben bereits deutlich zu verstehen gegeben, dass sie unter den gegebenen Umständen nicht gewillt sind, ihre Waffen abzugeben, die ihnen bislang weit gehende Autonomie garantierten. Die Regierung wird damit vor die Wahl gestellt werden, entweder die Bestimmungen der Verfassung außer Acht zu lassen und den bisherigen Zustand weiterhin stillschweigend hinzunehmen oder mit militärischer Gewalt die Bestimmungen der Verfassung durchzusetzen und damit wieder jene bewaffneten Auseinandersetzungen heraufzubeschwören, die seit den 50-er Jahren einen so hohen Blutzoll gefordert hatten.

Intervention oder Konsultation

Trotz einiger Ansätze, zu einem Dialog zwischen den birmanischen Konfliktparteien sowie zwischen den Regierungen Birmas und der westlichen Länder zu kommen, ist es in den vergangenen zwanzig Jahren nicht gelungen, die oben skizzierten Frontstellungen aufzubrechen und jenes Stadium der Nicht-Kommunikation zu überwinden. Dass solche Freund-Feind-Bilder alle anderen politischen Überlegungen und ethische Normen beiseite drängen, wurde besonders dramatisch während der jüngsten Naturkatastrophe deutlich, die durch den Wirbelsturm Nargis ausgelöst worden war.

Die anfängliche Weigerung der birmanischen Machthaber, Hilfe ungehindert ins Land zu lassen und ausländischen Helfern Zugang in die Katastrophengebiete zu gewähren, provozierte weltweit blankes Entsetzen und Fassungslosigkeit. Doch Hilfe vom Feind anzunehmen, seine Anwesenheit in Gebieten zu dulden, die das Versagen der Regierung in besonders eklatanter Weise dokumentierten, war für eine Führung schwerlich hinnehmbar, die sich in der neu erbauten Hauptstadt Naypidaw von allen Einflüssen abgeschottet hatte, die nicht in ihr Weltbild passten. Die vom französischen Außenminister Kouchner initiierte Diskussion, notfalls unter Verletzung der territorialen Integrität und ohne Zustimmung der Regierung Hilfe ins Land zu bringen, wurde denn auch als Beweis für die Richtigkeit der eigenen Auffassung gewertet,

dass es sich bei den ausländischen Hilfsangeboten eben nicht um humanitäre Aktionen, sondern um die Unterminierung des bestehenden Herrschaftssystems geht.

Dem persönlichen Engagement von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon und ASEAN-Generalsekretär Surin Pitsuwan ist es zu verdanken, dass zumindest der Versuch unternommen wurde, jene antagonistische Frontstellung aufzubrechen. Nach einer längeren Unterredung zwischen Ban Ki Moon und Junta-Chef General Than Shwe wurde am 25. Mai in Rangun eine internationale Konferenz einberufen, an der Vertreter von über 50 Nationen und internationalen Organisationen zusammenkamen, um Hilfsprogramme für das vom Wirbelsturm betroffene Irrawaddy-Delta zu erörtern und auszuarbeiten. Unter der gemeinsamen Schirmherrschaft von birmanischer Regierung, ASEAN und UNO ist inzwischen eine internationale Hilfsaktion in Gang gekommen, die den Wiederaufbau in der Katastrophenregion zu unterstützen und koordinieren versucht.

Keine Frage, dies ist ein mühsamer und an Rückschlägen nicht armer Prozess, der aber zumindest die Chance bietet, zu einer Form der Zusammenarbeit mit der Regierung und deren Verwaltung zu kommen. Nur in einem solchen Prozess, in dem es nicht um politische Themen, sondern um konkrete Sachfragen geht, wird es

auch möglich sein, diejenigen Kräfte in Militär und Verwaltung zu identifizieren, die zu einer solchen Kooperation willig und fähig sind. Wie unsicher der Erfolg dieser Strategie auch sein mag, fest steht, dass die wechselseitige Blockadepolitik der Vergangenheit, dem Land politischen Stillstand, weiten Teilen der Bevölkerung große materielle Not und der gesamten Region ein hohe Maß an

Instabilität gebracht hat. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung sind zweifellos die Machthaber in Burma, aber auch die westliche Politik muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie schlicht kontraproduktiv war und keinen Ausweg aus jener Sackgasse gewiesen hat, in die man durch eine moralisch sicherlich wohl begründete Strategie geraten ist.

Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel Irak und die US-amerikanische „Using the Sheikhs“-Politik

Die Verbesserung der Sicherheitslage im Irak ab Sommer 2007 wird verschiedenen Faktoren zugeschrieben:

- o der Aufstockung der US-Truppen nach dem Jänner 2007 um rund 30.000 Mann auf rund 160.000 bis Dezember 2007,
- o einem Strategiewechsel in der Aufstands-bekämpfung hin zum Schwerpunkt *population security*¹ inklusive Wiederaufbau sowie Verhandlungen mit Aufständischen,
- o der Einbindung von meist sunnitischen Stämmen und anderen ehemals gegnerischen Gruppen im Kampf gegen die irakische Al-Qaida (AQI),
- o dem Waffenstillstand der Mahdi-Armee (JAM²) des Schiitenführers Muqtada al-Sadr, aber auch
- o der Tatsache, dass in einigen Gebieten des Irak, besonders in Bagdad, ethnische und konfessionelle Säuberungen bereits abgeschlossen sind, was die Gewaltepisoden reduzierte.

Eine Gewichtung dieser Faktoren nach ihrem Beitrag zur Stabilisierung fällt ebenso unterschiedlich aus wie die Einschätzung, wie nachhaltig die Sicherheitsgewinne sein werden. Nur wenige Experten halten den *surge*, die verstärkte militärische Präsenz der US-Armee, deren Abbau im Sommer 2008 bevorsteht, für den Hauptfaktor.³ Einigkeit besteht jedoch in der Analyse, dass die Aktivierung von irakischen Stämmen, ausgehend von der Provinz Anbar, den entscheidenden Beitrag zur Eindämmung und zumindest teilweise Vertreibung von AQI, die die Provinz 2006 teilweise kontrollierte, geleistet hat. Laut Medienberichten vom Juli 2008 hat Al-Qaida nicht nur Kämpfer vom Irak nach Afghanistan umgeleitet, auch die AQI-Führung hielt sich demnach nicht im Irak auf.⁴ Die internationale Al-Qaida-Führung hat gewissermaßen selbst die Bedeutung der mit den US-Truppen kooperierenden sunnitischen Stammesgruppen anerkannt, als Ayman al-Zawahiri am 18. April 2008 diese in einer Botschaft erwähnte, auch wenn er sich über deren Bemühungen mockierte, AQI zu besiegen.⁵

Der Seitenwechsel der Stämme

Über den Zeitpunkt, ab dem von einer Allianz zwischen – zum Teil ehemals aufständischen – sunnitischen Stämmen in der Provinz Anbar und der US-Armee im Irak gesprochen werden kann, gibt es unterschiedliche Angaben. Manche Autoren datieren die ersten Spannungen zwischen der in Anbar starken AQI und den Stammessunniten auf 2005⁶, die Verfasserin hörte in ihrer Eigenschaft als Sondergesandte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im Irak, erstmals im Frühjahr 2006 von der Entfremdung zwischen AQI und Stämmen, auf die die USA große Hoffnungen setzten.⁷ Die erste offene Kollaboration mit den USA fand im Jänner 2007 vonseiten des – im September 2007 kurz nach einem Besuch von US-Präsident George W. Bush in Anbar ermordeten – Stammeschefs der Albu Risha statt, Scheich Abdul Sattar Abu Risha⁸. Klar ist

damit, dass der Seitenwechsel der Stämme noch vor dem US-amerikanischen *surge* begann, wobei der Streit, wie viel der *surge* zum Erfolg der Stämme gegen AQI beigetragen hat, im Sommer 2008 auch Thema im US-Präsidentenwahlkampf wurde.⁹ Abu Risha versammelte jedenfalls Anfang Jänner 2007 einige Stammes-chefs hinter sich, gründete mit ihnen den Anbar Awakening Council (Sahwa)¹⁰ und wurde fortan von den USA finanziell und logistisch unterstützt. Das Modell fand später Nachahmung bei anderen Stämmen und Gruppen, besonders in den Provinzen Bagdad, Salahuddin und Diyala, auch bei Schiiten¹¹. Die Bewegung bleibt jedoch vorwiegend sunnitisch, nur höchstens ein Fünftel der Mitglieder von mit den USA kooperierenden Gruppen sind Schiiten.¹² In einer letzten Entwicklung werden auch vereinzelt Frauen rekrutiert

und ausgebildet,¹³ ein Schritt, der mit Zunahme des Phänomens weiblicher Selbstmordattentäter einleuchtend erscheint. Weibliche Sicherheitskräfte könnten Leibvisiten bei Frauen vornehmen, die Männern aus kulturellen Gründen verwehrt sind.

Dem Wildwuchs der Bewegung, die bald Zehntausende Mitglieder zählte, folgte einer der Terminologie: Mit den USA in Sicherheitsfragen kooperierende Iraker sind sowohl als *Sahwat*¹⁴ als auch *Concerned Local Citizens* (CLC) oder *Sons of Iraq* (SOI) bekannt. Laut Jason Campbell von Brookings¹⁵ erklärt sich der Begriff CLC vor allem durch den Wunsch der irakischen Regierung, zwischen den frühen *Sahwat*-Mitgliedern, die Bagdad als legitime Sicherheitskräfte in Teilen von Anbar akzeptierte, und später dazugekommenen, Bagdad zum Teil suspekten Elementen, die auch nicht unbedingt tribal definiert waren, zu unterscheiden. Für diese prägten die USA den Begriff *Concerned Local Citizens*, der, offenbar wegen mangelnder Akzeptanz bei den Irakern, später durch die Selbstbezeichnung *Sons of Iraq* ersetzt wurde. Auch die *International Crisis Group* (ICG) unterscheidet zwischen *Sahwat* als tribale Gruppen und CLC als andere, nicht unbedingt an Stämme gebundene, unter die sich viele frühere Aufständische mischten.¹⁶ Aber beide sind SOI.

Laut Iraq Index¹⁷ vom Juli 2008 sind derzeit 103.000 Iraker offiziell beim US-Militär als SOI registriert, davon 72.000 mit einem Kontrakt für durchschnittlich 300 Dollar pro Monat.¹⁸ 19.000 arbeiten als „Freiwillige“. 12.000 der 103.000 SOI sind bereits in die irakischen Sicherheitskräfte integriert, ihre Gehälter werden von der irakischen Regierung bezahlt. Die ursprünglichen 25.000 Mitglieder des *Awakening Councils* in Anbar sind in dieser Statistik nicht enthalten, die meisten davon sind bereits in die Polizei in Anbar aufgenommen. Abgesehen von den Gehältern für die SOI vonseiten der USA dürften die Stammeschefs der sunnitischen *Sahwat* auch Zuwendungen von sunnitischen Ländern erhalten.¹⁹ Bei der Registrierung durch die US-Armee werden die biometrischen Daten der Rekruten aufgenommen. Sie gehen durch eine Probezeit, erst danach dürfen sie Waffen tragen, und sie dürfen

– theoretisch – nicht eigenständig, sondern nur unter Aufsicht der US-Truppen und der irakischen Sicherheitskräfte agieren.²⁰ Offiziell bekommen sie von den USA keine Waffen, es ist aber bekannt, dass CLC zumindest zu Beginn des Programms von der US-Armee Waffen aus den Beständen von AQI und anderen Aufständischen überlassen wurden.²¹

Die Registrierung und die Probezeit sollten Ängste unter den irakischen Schiiten, auch in der schiitisch-geführten irakischen Regierung, eindämmen, die USA seien dabei, sunnitische Milizen heranzubilden, die eines Tages außer Kontrolle geraten und sich gegen die Regierung wenden könnten. Tatsächlich stand die irakische Regierung besonders dem Aufkommen der späteren CLC sehr skeptisch bis feindlich gegenüber. Später wurde eine Politik entwickelt mit dem Ziel das US-Programm zu kontrollieren, das heißt, zu versuchen die Risiken zu minimieren und die Vorteile auszunutzen. Diese irakische Politik wurde auch von den USA akzeptiert.²² Denn obwohl die Amerikaner im Irak sehr sensibel reagieren, wenn man ihre Politik der Zusammenarbeit mit Stämmen und früheren Aufständischen in Frage stellt,²³ sind sie sich selbst der Problematik bewusst. Das SOI-Programm wird stets als „*not a permanent solution, but rather a necessary but temporary measure*“, die der Koalition und den irakischen Sicherheitskräften helfen soll, dargestellt.²⁴ Dass einzelne Gruppen und Individuen unter den SOI der irakischen Regierung feindlich gegenüber stehen, ist bekannt.²⁵ Die Motivationslage der Gruppen ist unterschiedlich und führt auch zu Konflikten untereinander.²⁶ Etliche haben ihre konfessionell begründete Feindschaft zu den Schiiten keineswegs aufgegeben.²⁷ Im Gegenteil, etliche Analysten meinen, dass sich besonders die Stämme nicht zuletzt deshalb gegen AQI gewendet haben, weil die durch den Terrorismus verursachte Destabilisierung des Irak dem iranischen schiitischen Einfluss Tür und Tor geöffnet hatte.²⁸ Die Frage, was aus den neuen sunnitischen Milizen wird und wie sie sich verhalten werden, wenn ihre Aufgabe im Kampf gegen AQI erfüllt ist und sie nicht mehr Teil von bezahlten Programmen sind, steht im Raum; dazu später.

Historische Assoziationen

Es wird geschätzt, dass ungefähr drei Viertel der irakischen Bevölkerung den zirka 150 irakischen Stämmen mit etwa 2000 Clans angehören,²⁹ auch wenn die Bindung natürlich verschieden

eng ist. Die Stämme spielten in der jüngeren irakischen Geschichte eine unterschiedlich starke Rolle. Die osmanische Stammespolitik zielte in einer späten Phase auf Kontrolle und

Schwächung der Stammesstrukturen zugunsten der osmanischen Verwaltung der drei *Vilayets* ab, die später den Irak bilden sollten.³⁰ Die britische Politik im Irak revidierte diese osmanische Tendenz zur Entmachtung der Stämme, zumal nach dem Aufstand von 1920 und wachsender Kritik der Opposition in London am britischen Engagement im Irak und dessen menschlichen und finanziellen Kosten. Zur Kooperation bereiten sunnitischen Stammeschefs wurden in der Folge immer mehr Verantwortung und Gewalten übertragen. Das sparte Geld, dämmte die -schiitischen Geistlichen ein (die besonders der mächtigen Orient-Sekretärin Gertrude Bell verdächtig waren), ging ebenso auf politische Kosten der unbequemen nationalistischen urbanen Elite und passte noch dazu bestens ins orientalistische britische Weltbild, das vormoderne Stammestugenden den städtischen Intellektuellen und ihren Ambitionen vorzog.³¹ Die britische Rücksicht auf die Stämme drückte sich nicht zuletzt in der Dualität des Rechtssystems aus: Mit der *Tribal Criminal and Civil Disputes Regulation* von 1918 akzeptierten die Briten ein eigenes Recht für irakische Stammesangehörige. Die Folgen für die gesellschaftliche und politische Entwicklung waren schwerwiegend, besonders für die Frauen. Die Stämmen angehörenden Frauen – die Mehrzahl im Irak – wurden nicht als Bürgerinnen eines Staates, deren Rechte und Freiheiten geschützt werden sollten, sondern als „tribales Eigentum, außerhalb der staatlichen Jurisdiktion, konstruiert“.³² Autoren, die sich kritisch mit der britischen Geschichte im Irak befassen, warnen einhellig vor möglichen ähnlichen sozial Folgen der derzeitigen „Using the Sheikhs“-Politik der USA.³³ Der Zusammenbruch des Staates nach 2003 hat zur Wiederbelebung prämoderner gesellschaftlicher Verhaltensweisen im Irak geführt, die als obsolet galten.

Die Baath-Partei trat 1968 mit einem Modernisierungsprogramm die Macht im Irak an, das für Stammesstrukturen wenig Raum zu lassen schien. Die frühen irakischen Baath-Propagandisten wie vor allem Fuad al-Rikabi (der später von Saddam Hussein ermordet wurde) hatten ganz konkret die sozialen Ungerechtigkeiten angesprochen, die sich aus der Stärke der Stammestraktionen ergeben hatten, wie die bereits erwähnte *Tribal Disputes Regulation*.³⁴ In den 1980er Jahren gab es eine graduelle Wende der baathistischen Stammespolitik, als

Saddam Hussein Unterstützung für den Krieg gegen den Iran mobilisieren musste und sich der Stämme als Symbol für die arabischen Tugenden wie Ehre und Tapferkeit zu bedienen begann.³⁵ Loyalitäten wurden belohnt, auch die schiitischen Stämme, während Illoyalität strengstens geahndet wurde, so etwa auch durch die Spaltung von Stämmen.³⁶ Nach dem zweiten Golfkrieg und dem Schiitenaufstand 1991 und parallel zum Zerbröckeln der irakischen Institutionen – dessen Ausmaß erst nach 2003 richtig an den Tag trat – vertraute Saddam Hussein in den 1990-er Jahren mehr und mehr auf die Stämme, vor allem auf die ihm nahe stehenden sunnitischen Stämme und Clans, die im höchsten Ausmaß von seinem Patronagesystem profitierten.³⁷ Mittlerweile sind sich Analysten darin einig, dass das kostspielige Erkaufen von Stammesloyalitäten keinen geringen Anteil daran hatte, dass Saddam Hussein trotz illegaler Einnahmen aus Ölverkäufen in den 1990-er Jahren die irakischen Massenvernichtungswaffenprogramme auch dann nicht mehr aufnehmen hätte können, wenn er gewollt hätte.³⁸ Noch wenige Tage vor dem Angriff der USA im März 2003 verteilte Saddam Hussein Bargeld an Stammeschefs. Die Zuwendungen in den 1990-ern waren aber nicht nur finanzieller Art: Sie bestanden auch aus Land, Rechten – so gab Saddam Hussein den Scheichs sogar einen Teil ihrer Gerichtsbarkeit zurück³⁹ – und Titeln bis zur Ernennung von neuen Stammeschefs von bereits „ausgestorbenen“ Stämmen. Allerdings ging das mit einem rapiden Reputationsverlust bei der irakischen Bevölkerung einher, mit dem sich die Stammeschefs dann 2003 offen konfrontiert sahen. Die in den 1990ern von Saddam kreierte Stammeschefs wurden abschätzig „90er-Scheichs“ genannt, oder auch „Scheichs made in Taiwan“.⁴⁰ Mit fortschreitender Destabilisierung nach 2003 wurde die Einbindung der Stämme in die irakische Politik immer wieder gefordert, allerdings oft in einer romantisierenden naiven Weise.⁴¹ Zum Ärger etwa von irakischen Feministinnen ist die Bedeutung der Stammeskultur auch in der irakischen Verfassung erwähnt.⁴² Das Sahwa-Phänomen, das ja auf die militärische und politische Stärkung zumindest einiger irakischer Stämme hinausläuft, ist jedoch keineswegs von allen Stämmen akzeptiert. Vom Zentralen Rat der irakischen Stämme etwa werden die *Sahwa* scharf kritisiert, sie seien „Söldner, die für eine Handvoll Dollars unter der US-Besatzung arbeiten“, und „die irakische Version von Blackwater“.⁴³

Problematik und Risiken

Abgesehen von den unangenehmen historischen Assoziationen zur britischen und der Saddam-schen tribalen Klientelpolitik birgt die derzeitige US-amerikanische Taktik, sich auf Gruppen außerhalb der irakischen Institutionen zu stützen, neue schwere Risiken. Dass damit das ohnehin nicht existente Gewaltmonopol des irakischen Staates weiter aufgeweicht wird, liegt auf der Hand, und die Bewaffnung von nicht staatlichen Akteuren widerspricht in grösster Weise der irakischen Verfassung und der Regierungserklärung von Premier Nuri al-Maliki von Mai 2006, in der sich die Regierung zur Auflösung von Milizen verpflichtete. Durch die Stärkung von sunnitischen Gruppen außerhalb der irakischen Regierung und des irakischen Parlaments – die Mehrzahl der Sunniten hatte die Wahlen sowohl im Jänner als auch im Dezember 2005⁴⁴ boykottiert – verlagert sich zudem auch der politische Schwerpunkt nach außerhalb der gewählten Institutionen, eine Problematik, die nur durch neue Wahlen korrigiert werden kann. Die ursprünglich für Oktober 2008 angesetzten Provinzwahlen, bei denen die derzeit völlig unrepräsentativen Provinzverwaltungen neu gewählt werden sollten,⁴⁵ waren jedoch im Juli 2008 von einer Verzögerung bedroht.⁴⁶ Neue Parlamentswahlen sollte es Ende 2009 geben.

Problematisch scheint prinzipiell die Motivationslage aller Akteure, der USA, der SOI und der irakischen Regierung. Westliche Kritiker werfen den USA nicht weniger als die Förderung von *Warlordism* und die *Retribalisierung* des Irak und eine massive Schwächung des Zentrums vor, mit unabsehbaren Folgen für den schwachen irakischen Staat.⁴⁷ Von den irakischen Kritikern, die allerdings sehr oft Verschwörungstheorien anhängen, werden den USA sehr unterschiedliche, aber immer sehr niedrige Motive vorgeworfen,

- o die irakische Spaltung zu betreiben und eine sunnitische Armee für einen sunnitischen irakischen Teilstaat vorzubereiten⁴⁸,
- o die innersunnitische Spaltung zu betreiben,
- o im Rahmen der im Herbst 2005 eingeleiteten US-Politikwende im Irak zuungunsten der Schiiten und zugunsten der Sunniten und angesichts der wachsenden Macht Irans die Sunniten nun auch militärisch stärken zu wollen, um ihnen die Überlegenheit im Fall eines neuen Bürgerkriegs nach dem US-

Abzug zu sichern.

Letztere Meinung wird nicht etwa nur in radikalen schiitischen Kreisen vertreten, in denen der Beitrag der SOI beim Kampf gegen AQI durchaus gewürdigt wird,⁴⁹ sondern auch bei Theoretikern der Regierungspartei al-Dawa.⁵⁰ Dieses Misstrauen prägt zum Teil auch die Regierungspolitik vis à vis den sunnitischen SOI und fördert den Unwillen Bagdads, die SOI in größeren Mengen in die irakischen Sicherheitskräfte aufzunehmen. Über Letzteres beschwerten sich Amerikaner und Sunniten gleichermaßen. Aber nicht nur die Schiiten, auch die Kurden stehen dem Phänomen skeptisch gegenüber, für sie handelt es sich bei den SOI um „arabische“ Milizen, die ihrer Einflussosphäre gefährlich nahe kommen.⁵¹

Realistischerweise wird man den USA unterstellen können, dass folgende Faktoren bei der Verlagerung von Aufgaben an SOI eine Rolle gespielt haben: Die Lösung ist mit etwa 300 US-Dollar pro SOI im wahrsten Wortsinn billig, ungleich billiger als US-Personal, und gleichzeitig eine Entlastung der überdehnten US-Armee.

Der Druck, den die Regierung Maliki mit dem Aufkommen der *Sahwa*-Bewegung zu verspüren begann, war sehr willkommen. Durch die sunnitischen Milizen wurde eine gewisse Balance zur JAM hergestellt. Die Vorwürfe, den von den USA bewaffneten Sunniten feindlich gegenüber zu stehen, mag auch bei der Entscheidung Malikis mitgespielt, sich im Frühjahr 2008 gegen die schiitischen Milizen im Südirak, besonders in Basra, und in Bagdad zu wenden. (Maliki muss beweisen, dass er nicht „sectarian“ denkt und agiert.) Weiters wurde der Wunsch nach einem Erfolg im Irak sicher auch durch die nahenden US-Präsidentchaftswahlen im November 2008 beflügelt und Zweifel über die Folgen der Strategie umso leichter beiseite gewischt.

Bei näherer Kenntnis der US-Geschichte im Irak nach 2003 tendiert man jedoch dazu, die vorwiegende Motivation der USA für ihre „Using the *Sheikhs*“-Politik vor allem in der schieren Verzweiflung zu suchen, die sie angesichts der Entwicklungen ab 2006, als der Irak in den vollen Bürgerkrieg abzurutschen drohte, befiel. Viele US-Entscheidungen im Irak wurden ja, wie man heute weiß, ad hoc getroffen, wenn auch mit General David Petraeus 2007 zweifellos neue, professionelle Standards in der *counter*

insurgency eingeführt wurden. Die Chance, die sich den USA durch die Kooperation ehemals feindlich gesinnter Gruppen bot, konnten sie jedenfalls nur schwer verstreichen lassen, und weitergehende Überlegungen wurden auf später verschoben. Im Sommer 2008 herrscht jedoch auch bei den US-Akteuren die Meinung vor, dass die SOI ihre Aufgabe weitgehend erfüllt haben und in die Berufswelt reintegriert werden sollten, sei es in die irakischen Sicherheitskräfte oder sei es in zivile Jobs. Weil die Integration der SOI in die Sicherheitskräfte nur langsam anläuft und nach jetzigem Stand nur begrenzt stattfinden wird, haben die USA mithilfe eines *civilian job corps* Trainingsprogramme für ehemalige CLC gestartet.⁵² Die Ambitionen und Erfolge dürften jedoch eher bescheiden sein, und das Problem keinesfalls lösen.⁵³

Wie bereits erwähnt, steht der Vorwurf der Amerikaner, der SOI selbst, aber auch anderer sunnitischer Repräsentanten im Raum, dass die irakische Regierung unwillig ist, vermehrt sunnitische Rekruten in die Sicherheitskräfte aufzunehmen, um dort die nach 2003 entstandene schiitische Übermacht nicht zu gefährden. Die schiitische Regierung bestreitet dies und verweist auf die etwa 15.000 teilweise vollzogenen, teilweise anstehenden Rekrutierungen von SOI in lokale Polizeikräfte und betont die Bereitschaft, alle von den Amerikanern bezahlten SOI in Zukunft unter irakische Supervision zu stellen und auch zu bezahlen – was seinerseits bei den SOI Sorge hervorruft, der finanzielle Strom könnte bald versiegen.⁵⁴ Das Ansinnen, mehr SOI in die irakische Armee aufzunehmen, wird von der irakischen Regierung als unrealistisch bezeichnet: Die Armeegröße könne nicht nach Belieben ausgedehnt werden.⁵⁵ Auch auf die beschränkte Absorptionskraft der Polizei wird verwiesen.⁵⁶ Andererseits wurden im Frühjahr 2008 die Warnungen immer lauter, dass die SOI zu einer „dritten Kraft“ neben Polizei und Armee werden könnten.⁵⁷ Maliki scheint es deshalb eilig zu haben, das Phänomen zu beenden.⁵⁸ Es bleibt nur die Möglichkeit einer Integration ins zivile Leben, wobei aber bei enormen Arbeitslosenraten im Irak klar ist, dass es ganz einfach keine regulären Jobs gibt, die man den SOI anbieten könnte. Der irakischen Regierung lag deshalb im Juli 2008 ein selbst ausgearbeiteter Plan vor, der die Aufsaugung von SOI in „ökonomisch nicht rentable“ Projekte vorsah.⁵⁹ Nähere Details waren nicht bekannt, auch nicht, ob die Regierung Maliki den Plan absegnen würde. Obwohl Geldnot zu Zeiten des

hohen Ölpreises und Mangel an anderen Investitionsmöglichkeiten heute kein irakisches Problem ist, sind Zweifel, ob solche Maßnahmen nachhaltigen Erfolg bringen können, angebracht, auch gemahnen sie wieder unangenehm an klientelistische Systeme und den Rentenstaat. Aber dass das erste Anliegen ist, die SOI nach Erfüllung ihrer Aufgaben von den Straßen wegzubekommen, ist ebenfalls einsichtig.

Komplex sind auch die Implikationen des Auftretens neuer starker sunnitischer Kräfte für die sunnitische politische Landschaft, obwohl dies auch positive Auswirkungen haben könnte.⁶⁰ Im Hinblick auf die Provinzwahlen schlossen sich die *Sahwat* in Anbar im März 2008 zu einer politischen Bewegung, der *Iraqi Sahwa Conference*, zusammen,⁶¹ die im April 2008 der Regierung Maliki eine Liste von eigenen Kandidaten zur Besetzung der nach dem Rückzug des Sunnitenblocks *Tawafuq* aus der Regierung (Juli 2007) offenen Ministerämter vorlegte.⁶² Erhöhte Spannungen zwischen *Tawafuq* und den *Sahwat* waren die Folge.⁶³ Besonders die Irakische Islamische Partei fürchtet, ihren immer schon prekären politischen Vertretungsanspruch für die Sunniten im Irak zu verlieren. Sie wird in Anbar von den *Sahwat* frontal angegriffen, die ihr Untreue und Korruption vorwerfen.⁶⁴ Wer sich eine politische Stärkung der Sunniten insgesamt erhofft hatte, wurde demnach enttäuscht, die neuen sunnitischen Kräfte treten in Konkurrenz mit den bereits etablierten Parteien, was politische Lösungsversuche zwischen den Großgruppen auf nationaler Ebene eher erschwert als erleichtert.⁶⁵ Der größte Gegensatz der *Sahwat* besteht jedoch zur bislang stärksten sunnitischen Gruppe, der außerhalb des politischen Prozesses stehenden und mit dem nun gespaltenen sunnitischen Aufstand⁶⁶ sympathisierenden *Association of Moslem Scholars* (AMS) von Harith al-Dari. Die *Sahwat* haben auch AMS-Institutionen im Visier, mit der Rechtfertigung, diese würden mit AQI kooperieren.⁶⁷ Seinerseits ist Dari der schärfste Kritiker der *Sahwat*, die nach seiner freundlichsten Interpretation den USA – und den „Zionisten“ – auf den Leim gegangen sind, die den Widerstand im Irak brechen wollen. Neben denen, die sich aus ehrlichen Gründen gegen die AQI gewandt hätten, seien in den *Sahwat* „Schläfer, Outcasts, Gierige, Arbeitslose, Gangster und Agenten“ versammelt.⁶⁸

Zuletzt zur Motivationslage der SOI selbst. Eine ermüchternde, wenn auch sicher etwas vereinfachende Einschätzung, die aus Kreisen

innerhalb der irakischen Regierung kommt,⁶⁹ teilt die SOI in drei Gruppen:

- o diejenigen die AQI ausschließlich bekämpft haben, um ihre Gebiete zu befreien (nicht viele, vielleicht ein paar tausend),
- o AQI-Mitglieder, die die Sahwat infiltriert haben (wenige, vielleicht ein paar hundert),⁷⁰ und
- o diejenigen, die sich aus finanziellen Gründen angeschlossen haben und dabei nebenbei auch noch etwas Gutes für ihre Gebiete tun wollen (die überwiegende Mehrheit).

In dieser Auflistung fehlen jedoch die rein kriminellen Elemente, die es ohne Zweifel unter den SOI auch gibt.

Dass wirtschaftliche Motive den *Sahwat* nie fern gestanden sind, auch wenn es vordergründig um die Bekämpfung von AQI aus ideologischen Gründen ging, ist eine Binsenweisheit. So wenig sich die *Sahwat* sicher sein können, wie lange der Geldfluss in ihre Richtung anhalten wird, so wenig sollten sich die USA deshalb Illusionen darüber machen, dass die Freundschaft zu ihnen die Bezahlung überdauert. Wenn die Stämme und die SOI es für nützlich – und lukrativ genug – erachten, werden sie wieder die Seiten wechseln. Auch die erste offene Kooperation mit den Amerikanern, jene der *Albu Risha*, gründete auf einem Zerwürfnis mit AQI, das nicht zuletzt einen ökonomischen Auslöser hatte: Die *Albu Risha*, die seit den Sanktionszeiten in den 1990er Jahren eine Art Raubrittertum an der Straße zwischen Bagdad und Amman betrieben hatten, hatten diese Einkommensquelle verloren, weil nach 2005 Teile des Gebiets von AQI kontrolliert wurden. Einer Beschwerde folgte die Ermordung des Stammeschefs und seiner drei Söhne, worauf sich der vierte an die USA um Hilfe wandte.⁷¹ Ohne Zweifel spielte dabei auch das Stammesgesetz, das die überlebenden Söhne zur Rache verpflichtete, eine Rolle: Je härter AQI gegen die tribalen Überläufer vorging, von denen seit 2007 etliche ermordet wurden, desto schärfer wurde deren Gegnerschaft – für die man auch eine Partnerschaft mit den verhassten Amerikanern eingehen konnte.

Die Aktivitäten der AQI liefen jedoch sehr wohl auch den politischen Vorstellungen der nationalistischen sunnitischen Widerstandsgruppen, denen die Stämme nahe standen oder angehörten, zuwider. Das wurde spätestens im Herbst 2006 klar, als AQI einen Islamischen Staat ausrief, der den Prozess der Dezentralisierung

des Irak, den die Sunniten befürchteten und bekämpften – auf legalem Weg auch durch ihre Ablehnung der Verfassung von 2005 – weiter betrieben hätte.⁷² Die Agenda der Stämme und des nationalistischen islamistischen Widerstands auf der einen Seite und AQI's auf der anderen Seite hatten im Grunde nur wenig gemeinsam: Während die irakischen Nationalisten für die Einheit des Irak und die sunnitische Restauration kämpften, also irakische Ziele hatten, war der Irak für AQI ein Schlachtfeld für den Kampf zwischen dem Islam und „Kreuzfahrern“.⁷³

Der Wille mancher *Sahwat*, die eigenen Gebiete von fremden Einfluss zu säubern, erstreckte sich aber bald auch auf alle, die den eigenen Machtansprüchen im Wege standen, wobei der „Kampf gegen AQI“ eine willkommene Erklärung für Operationen aller Art wurde.⁷⁴ Auch die US-Darstellung, dass die CLC/SOI überall nur ihre „Nachbarschaften“ beschützten, ist zu einfach: In manchen Gebieten gibt es Klagen über gänzlich „fremde Gesichter“ auf den Straßen, aber auch vor allem über die Qualität dieser Milizionäre, die oft eher kriminellen Banden ähneln und von denen die Bevölkerung oft nicht weiß, wem sie eigentlich genau zuzurechnen sind. Auch Stammesauseinandersetzungen und Rivalitäten innerhalb von Stämmen tauchen in diesem Kontext auf. Wie schon unter den Briten in den 1920er Jahren bekommen manche Stämme durch die Zusammenarbeit mit den USA plötzlich eine Rolle, die über ihr ursprüngliches Gewicht weit hinausgeht.⁷⁵ Die *Sahwat* sind auch einerseits eine Karrierechance für jüngere, aufstrebende Stammeschefs, andererseits boten sie etablierten Stammesfiguren, die zuvor aus dem Irak geflohen waren, die Gelegenheit zur Rückkehr.⁷⁶ Zukünftige Konflikte unter den Stämmen und innerhalb der Stämme sind nicht ausgeschlossen, inklusive der Gefahr, dass, wenn einmal der amerikanische Geldfluss versiegt, aus dem sunnitischen Ausland vermehrt auf eigene Klienten gesetzt wird, was die Auseinandersetzungen weiter anheizen wird.⁷⁷

Damit soll nicht gesagt werden, dass die sunnitischen irakischen Stämme nicht ernsthaft unter AQI gelitten hätten: Die fanatische Grausamkeit der vom Ausland beeinflussten und oft auch aus dem Ausland stammenden extremistischen Wahhabiten, die sich unter anderem durch die Enthauptungen vor laufender Kamera manifestierten, sind der irakischen Stammesmentalität und dem meist entspannten irakischen sunnitischen Islam tatsächlich fremd,

und die Stämme hatten sehr bald viele eigene Opfer zu beklagen. Auch die soziale Ordnung der Stämme schien den Stammeschefs wohl in Gefahr: durch die Karriere von auf der sozialen Leiter unten stehenden Personen, die sich in AQI profilierten, und AQI's Versuche, auch durch Einheirat in Stämme Kontrolle über diese zu erlangen.⁷⁸

Komplex – und konfliktrüchrig – ist auch die Begründungslage der sunnitischen SOI die Schiiten betreffend. Stammessunniten hatten sich dem Vernehmen nach ja teilweise von AQI abgewandt, als deren damaliger Führer al-Zarqawi den „totalen Krieg“ gegen die irakischen Schiiten verkündete.⁷⁹ Dieses Denken stand den Stämmen ferne. Auch in irakischen Stämmen sind ja gemischt-konfessionelle Ehen zwischen Sunniten und Schiiten durchaus verbreitet, und manche Stämme haben sowohl einen sunnitischen als auch einen schiitischen Teil. Andererseits wurde auch die wachsende Brutalisierung und der Vormarsch der JAM sowie allgemein der wachsende schiitische Einfluss in der irakischen Politik und Gesellschaft, hinter der viele Iraker das Gespenst des Iran sehen, ebenfalls zum Grund für Sunniten, sich gegen AQI zu wenden:

- o weil die Destabilisierung des Irak durch sunnitischen Widerstand und Terrorismus den

Machtzuwachs der Schiiten ganz offenbar nur beschleunigte und

- o weil sich AQI 2006 auch nicht stark genug erwies, die schiitischen Milizen zu besiegen.⁸⁰

Überflüssig zu sagen, dass diese Sichtweise auch ein starkes Misstrauen den schiitischen Parteien in der irakischen Regierung gegenüber inkludiert. Das US-Narrativ, dass die Abwendung der irakischen Stämme und anderer SOI-Gruppen von AQI und vom Aufstand automatisch eine „Versöhnung“ mit der irakischen Regierung sowie eine Zusammenarbeit mit den USA zum irakischen Wohl inkludiert, ist jedenfalls stark idealisierend.⁸¹ Selbst betonen die Stämme und SOI, während sie noch von den USA bezahlt werden, dass sie dennoch keineswegs mit den USA kooperieren.⁸² Für viele irakische Sunniten ist auch heute noch die Restauration ihrer Macht das erste Ziel und „Versöhnung“ gleichbedeutend mit einer Revision von 2003, nicht mit *power sharing* mit der schiitischen Bevölkerungsmehrheit. Das gilt auch für sunnitische Unterstützer außerhalb des Irak – deren Parteinahme für erstarkende sunnitische Kräfte auf iranischer Seite nicht unbeantwortet bleiben wird. Insofern birgt die amerikanische „*Using the Sheikhs*“-Politik auch das Risiko, die Wahrscheinlichkeit von Interventionen von außen im Irak noch zu erhöhen.

Abkürzungen:

AQI	Al Qaida Iraq
CLC	Concerned Local Citizens
ICG	International Crisis Group
JAM	Mahdi-Armee des Schiitenführers Muqtada al-Sadr
SOI	Sons of Iraq

Bibliographie:

- Ahmed, Farook: Sons of Iraq and Awakening Forces. Institute for the Study of War, Backgrounder #23, 21 February 2008.
- Baram, Amatzia: Building Towards Crisis. Saddam Husayn's Strategy for Survival. Washington 1998.
- Campbell, Jason H.; O'Hanlon, Michael E.: Iraq Index. Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-Saddam Iraq. Brookings, 24 July 2008.
- Cole, Juan: A Social History of the Surge. Informed Comment (www.juancole.org), 24 Juli 2008.
- Dodge, Toby: Inventing Iraq. The Failure of Nation Building and a History Denied. New York 2003.
- Efrati, Noga: Gender, Tribe, and the British Construction of Iraq 1918-1932. In: Levey, Zach; Podeh, Elie (Hsg.), Britain and the Middle East, Sussex Academic Press 2007.
- Harrer, Gudrun: Dismantling the Nuclear Programme. The Inspections of the International Atomic Energy Agency in Iraq 1991-1998. Dissertation Universität Wien 2007. (Harrer 1)

Harrer, Gudrun: Chronik eines doppelten Scheiterns. Der Standard, Album, 15. Dezember 2007. (Harrer 2)

ICG (International Crisis Group): Iraq's Civil War, the Sadrist and the Surge. Middle East Report N° 72, 7 February 2008. (ICG 1)

ICG (International Crisis Group): Iraq After the Surge I: The New Sunni Landscape. Middle East Report N° 74, 30 April 2008. (ICG 2)

ICG (International Crisis Group): Iraq After the Surge II: The Need for a New Political Stability. Middle East Report N° 75, 30 April 2008. (ICG 3)

Noorbaksh, Mehdi: Shiism and Ethnic Politics in Iraq. Middle East Policy, Vol. XV, Number 2, Summer 2008.

Polk, William: Understanding Iraq. London 2006.

Simon, Steven: The Price of the Surge. How U.S. Strategy is Hastening Iraq's Demise. Foreign Affairs, May/June 2008.

Steinberg, Guido: Trägt die neue Strategie im Irak? SWP-Aktuell, Januar 2008.

Anmerkungen:

- ¹ Am deutlichsten wurde der Paradigmenwechsel mit dem Baghdad Security Plan, Fardh al-Qanun (Enforcing the Law) ab February 2007, der die Strategie „clear, hold and build“, in „clear, control, and retain“ weiterentwickelte. Vgl. „Operation Fardh al-Qanoon“, Institute for the Study of War, 31. Oktober 2007.
- ² Jaysh al-Mahdi.
- ³ Z.B. Steinberg (2008).
- ⁴ Vgl. „Iraq Militant Group Head Said to Be in Afghanistan“, Reuters, 31. Juli 2008.
- ⁵ „Messages attributed to Ayman al-Zawahiri“, Reuters, 18. April 2008.
- ⁶ „In a Force for Iraqi Calm, Seeds of Conflict“, New York Times, 23. Dezember 2007.
- ⁷ Briefing in Bagdad, Mai 2006.
- ⁸ Eigentlich Abdul Sattar Bazi'a Fatikhan al-Rishawi.
- ⁹ Vgl. Cole (2008). Laut republikanischen Präsidentschaftskandidat John McCain stand der *surge* am Beginn: „Because of the surge we were able to go out and protect that sheik and others. And it began the Anbar Awakening.“ (McCain in CBS Evening News)
- ¹⁰ ICG 2 (2008).
- ¹¹ ICG 1 (2008).
- ¹² Campbell/O'Hanlon (2008). Sie werden in dieser Studie nicht behandelt.
- ¹³ „Weibliche Sahwat schützen Männer“, Al-Hayat, 21. Juli 2008. Dabei geht es um eine Gruppe von 130 Frauen in Baquba. Auch CNN brachte im Juli einen Bericht über eine Frauenbrigade in Yussufiya, südlich von Bagdad.
- ¹⁴ Plural von Sahwa.
- ¹⁵ In einer E-Mail vom 29. Juli 2008 an die Autorin.
- ¹⁶ ICG 3 (2008).
- ¹⁷ Campbell/O'Hanlon (2008).
- ¹⁸ Es gibt auch höhere Angaben als 300 US-Dollar, bis zu 700. Die offizielle Sprachregelung ist, dass die SOI von den MNF-I (Multinational Forces Iraq) bezahlt werden, das Geld kommt aber von den USA, es gibt dafür ein eigenes Budget von 150 Millionen US-Dollar. Simon (2008).
- ¹⁹ Interview mit einem Mitglied des irakischen Sicherheitsestablishments, Juli 2008.
- ²⁰ Ahmed (2008).

- 21 Interview mit einem Mitglied des irakischen Sicherheitsestablishments, Juli 2008. Auch Simon (2008) zitiert einen Kommandeur der ehemals aufständischen Islamischen Armee, der behauptet, von den USA sowohl Waffen als auch logistische Unterstützung bekommen zu haben.
- 22 Interview mit einem Mitglied des irakischen Sicherheitsestablishments, Juli 2008.
- 23 Ein Angehöriger des irakischen Sicherheitsestablishments im Dezember 2007 in einer E-Mail an die Autorin.
- 24 Ahmed (2008).
- 25 Ibid. Ahmed widerspricht sich, wenn er einerseits von einer Gruppe im Bezirk Rusafa in Bagdad konstatiert, dass sie die Legitimität oder Autorität der irakischen Zentralregierung nicht anerkennt, andererseits behauptet, dass alle SOI gemeinsam hätten, dass „they are comprised of Iraqis who have chosen to place their loyalty with the Iraqi government and Coalition instead of the insurgents“.
- 26 Ibid.
- 27 „In a Force for Iraqi Calm, Seeds of Conflict“, New York Times, 23. Dezember 2007.
- 28 ICG 2 (2008).
- 29 Noorbaksh (2008).
- 30 Ibid.
- 31 Dodge (2003).
- 32 Efrati (2007).
- 33 Vgl. Harrer 2 (2007).
- 34 Polk (2006).
- 35 Noorbaksh (2008).
- 36 Z.B. in Kurdistan, Ibid.
- 37 Baram (1998).
- 38 Harrer 1 (2007).
- 39 Interview der Autorin mit einem Angehörigen eines Stammes südlich von Bagdad.
- 40 ICG 2 (2008).
- 41 Vgl. etwa einen Kommentar in der Washington Post von Theodore W. Karasik und Ghassan Schbley („A House of Tribes for Iraq“) am 25. April 2008, in dem prämoderne tribale Strukturen als der Weisheit letzter Schluss für den Irak zelebriert werden: „Western understanding of governance is not the same as the tribal effort to bring together the entire nation under a unified government via many tribal interlocutors.“
- 42 Interview mit der irakischen Feministin Shirouk al-Abayachi, Herbst 2005.
- 43 „Al-Sadid: Die Awakening Councils sind die irakische Version von Blackwater“, Al-Seyassah, Kuwait, 22. Mai 2008.
- 44 Im Dezember 2005 trat Tawafuq (Accord), ein kleiner Block von Sunnitenparteien unter Führung der Irakischen Islamischen Partei (IIP) des jetzigen Vizepräsidenten Tariq al-Hashimi, zu den Parlamentswahlen an und wurde Teil der Regierung der Nationalen Einheit, die sie im Sommer 2007 verließ, sich jedoch später wieder annäherte.
- 45 Die ersten Provinzwahlen im Jänner 2005 wurden von fast allen Sunniten boykottiert, was zu einer Abwesenheit von Sunniten in den Institutionen auch mehrheitlich sunnitischer Provinzen führte.
- 46 Das vom Parlament am 22. Juli verabschiedete Wahlgesetz sah die Ernennung eines proportional besetzten Provinzrats in Kirkuk anstelle einer freien Wahl vor, was von den Kurden heftig abgelehnt wurde. Staatspräsident Jalal Talabani, aber auch der sunnitische und der schiitische Vizepräsident (Tariq al-Hashimi und Adel Abdul Mahdi) verweigerten daraufhin die Unterschrift unter das Gesetz.
- 47 Simon (2008).

- 48 „Iraqis Divided Over Sunni Militias“, Al Jazeera English, 26. Dezember 2007.
- 49 Interview mit dem Sprecher von Muqtada al-Sadr, Salah al-Obeidi, Mai 2008.
- 50 Interview mit einem Mitglied des irakischen Sicherheitsestablishments, Juli 2008.
- 51 Ibid. Er sagte: „Die Kurden sagen nichts, aber werden sehr feindselig, wenn CLC Kirkuk oder Mossul nahe kommen.“
- 52 Campbell/O’Hanlon (Juli 2008).
- 53 Ibid. Es geht um ein paar hundert Jobs.
- 54 Interview mit einem Mitglied des irakischen Sicherheitsestablishments, Juli 2008.
- 55 Ibid.
- 56 Laut einem schiitischen Parlamentarier kommen im Irak bereits ein Polizist auf 27 Personen, das „normale“ Verhältnis sei 1 zu 300. ICG 3 (2008).
- 57 „Irakische Sicherheitskräfte warnen vor Sahwat“, al-Hayat, 3. März 2008.
- 58 In einem Interview mit Al-Arabiya sagte Maliki am 25. April 2008: „Die Sahwat sind vorbei“. Er verwies dabei auch auf „korrupte Elemente“ in den Awakening Councils.
- 59 Interview mit einem Mitglied des irakischen Sicherheitsestablishments, Juli 2008.
- 60 Michael O’Hanlon in einer E-Mail am 29. Juli 2008 an die Autorin.
- 61 Bericht von Al-Arabiya TV am 7. März 2008.
- 62 Die Sahwat hatten sich bereits im Dezember 2007 um einen Regierungseintritt bemüht. Steinberg (2008).
- 63 Nachrichtenagentur Aswat al-Iraq, 18. Mai 2008.
- 64 Steinberg (2008).
- 65 Ibid.
- 66 So kooperiert ein Teil der Islamischen Armee mit den USA, ein anderer Teil nicht. Eine andere wichtige Organisation, die übergelaufen ist, sind die Bataillonen der 1920er Revolution. Steinberg (2008).
- 67 Steinberg (2008).
- 68 Harith al-Dari in einem Interview mit al-Quds al-Arabi am 2. April 2008.
- 69 E-Mail an die Autorin vom Juli 2008.
- 70 In letzter Zeit gab es vermehrt Medienberichte über die Infiltration der Sahwat durch AQI, s. z.B. „Samarra-Kommandeur: Al-Qaida infiltrierte 15 Prozent der Sahwat“, al-Hayat, 25. Juli 2008.
- 71 Simon (2008).
- 72 Ibid.
- 73 Was der Sicht der US-Administration von Präsident George W. Bush nicht unähnlich ist. ICG 2 (2008).
- 74 „They use the pretext of fighting al-Qaeda to crack down on anyone who does not comply with their rule. If they find a weapon, they say it’s al-Qaeda.“ ICG 2 (2008).
- 75 ICG 2 (2008) führt als Beispiel die Albu Baz in Samarra an.
- 76 ICG 2 (2008).
- 77 Ibid.
- 78 Ibid.
- 79 Ibid.
- 80 Ibid.
- 81 Ibid. Diese Ansicht vertrat z.B. General Keane vor dem Senate Armed Services Committee im April 2008.
- 82 ICG 2 (2008).

Die Autoren dieses Heftes:

Mag. Gustav Carl GRESSEL

Geboren 1979, ist seit 2006 Mitarbeiter der Analyseabteilung des Büros für Sicherheitspolitik im BMLV; Spezialgebiete: Proliferation von Nuklearwaffen, Mittlerer Osten, Ostasien; Absolvent der thesesianischen Militärakademie, 2002-2007 Studium der Politikwissenschaft in Salzburg, 2004-2006 Wissenschaftlicher Assistent von SCh Prof. DDR. Reiter im BMLV.

Mag. Dr. Gudrun HARRER

Arabistin und Islamwissenschaftlerin (Mag.) und Politikwissenschaftlerin (Dr.). Sie ist leitende Redakteurin der Tageszeitung Der Standard, deren außenpolitisches Ressort sie zuvor acht Jahre lang geleitet hat, und unterrichtet Moderne Arabische Geschichte an der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie Wien. 2006 verbrachte Gudrun Harrer als Sondergesandte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft und Geschäftsträgerin der österreichischen Botschaft Bagdad ein halbes Jahr im Irak.

Dr. Eugene KOGAN

Studierte an der Universität Tel Aviv Geschichte und promovierte an der Universität Warwick, Großbritannien. Seine Dissertation beschäftigte sich mit der Auslagerung der sowjetischen Rüstungsindustrie aus der Kriegszone im Lauf der Jahre 1941-1942. Er ist Experte im Bereich der Rüstungsindustrien, war Gastforscher an Forschungsinstituten wie z. B.: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Schwedische Forschungsagentur für Verteidigung (FOI), Schwedische Nationale Verteidigungsakademie (FHS). Zu Zeit wohnt Dr. Kogan in Wien und arbeitet als Gastwissenschaftler am Internationalen Institut für Liberale Politik. Er ist israelischer Staatsbürger und leistete 1975-1978 seinen Militärdienst in den israelischen Streitkräften (IDF).

Dr. Aschot MANUTSCHARJAN

Geb. 1956; freier Publizist und wissenschaftlicher Autor in Berlin. Zu seinen Forschungs- und Forschungsschwerpunkten gehören die internationale Sicherheitspolitik (darunter die Beziehungen zwischen Russland und der NATO), regionale Konflikte (im Kaukasus und in Zentralasien) und der internationale Terrorismus. Manutscharjan ist Autor von über 100 wissenschaftlichen Artikeln. Er schreibt regelmäßig auch für „FOCUS“, „Die Welt“, „Das Parlament“, „Die Politische Meinung“, „Rheinische Post“, „Berliner Morgenpost“, „Y. - Magazin der Bundeswehr“ u. a. Publikationsorgane.

Prof. Dr. Peter SCHMIDT

Honorarprofessor der Universität Mannheim; Projektleiter 2008 Transatlantic Approaches to Post-Conflict Management; 1997-2002 Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (SWP); 1993-1995 Sprecher der Forschungsgruppe Westeuropa und des Forschungsausschusses der SWP; 1989 und 1991/92 Research Fellow an der Fondation pour les Etudes de Défense Nationale (Paris) bzw. dem Institute for Security Studies der WEU (Paris); 1984 Research Fellow bei der RAND Corporation, Santa Monica, USA. Forschungsfelder: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik; transatlantische Beziehungen; internationales Krisenmanagement; UN-EU-Beziehungen; transatlantischer Beziehungen jenseits von NATO und EU-USA; Auslandseinsätze.

Dr. Gerhard WILL

Geb. 1948; Studium der Politikwissenschaft, Sinologie und Südostasienkunde in Berlin, Peking und Hamburg; arbeitet seit 2001 als wissenschaftlicher Referent in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Aktuelle Forschungsgebiete: Transformationsprozesse in den Ländern Festlandssüdostasiens, Sicherheitspolitische Herausforderungen und regionale Kooperation in Südostasien.

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

Albert Kadan: Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

Erich Reiter: Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

Wilhelm Brauner: Staatsausgaben
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

Erich Reiter: Reform des Bundesrates
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

Eva Steindl: Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

Erich Reiter (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

Heinz Vetschera: Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

Lothar Höbelt: Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

Helmut Berger: Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

Anton Pelinka: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ
Manfried Welan: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP
Erich Reiter: Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

Ulrike Leopold-Wildburger: Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)

Heinrich Schneider: Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

Ulrike Leopold-Wildburger: Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

DIE ZUKUNFT EUROPAS

Franco Algieri: Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

Peter Schmidt: Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Herbert Scheibner: Friedensprojekt „Europa“ vor neuen Herausforderungen

Erich Reiter: Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

Waldemar Hummer: Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

STEUERPOLITIK

Ernst Gehmacher: Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

Erich E. Streissler: Steuerpolitik und Umverteilung

Oliver Ginhör: Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

Herbert Scheibner: Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

KAMPF DER KULTUREN? EUROPA UND DER ISLAM

Elsayed Elshahed: Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

Hans Winkler: Toleranz ist keine Einbahnstraße

Herbert Scheibner: Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

Erich Reiter: Integration und/oder Kulturkampf

KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER

Herbert Scheibner: „Kinder und Gewalt: Opfer und Täter“

Katharina Beclin: Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

Karin Gastinger: Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

Gabriele Zierung: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Astrid v. Friesen: „Kinder und Gewalt. Opfer und Täter“

HEFT 17 (2006)

BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH

Manfried Welan: Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

Walter M. Iber, Erich Reiter: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945

Alfred Gerstl: Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

Walter M. Iber: Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter: Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa

Anhang: Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)

VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT

Erich Reiter: Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Manfried Welan: Liberales im Verfassungsrecht des Bundes

Urs Schöttli: Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive

Andreas Unterberger: Bürgerlich: Was ist das?

Gunther Tichy: Die neue Unsicherheit

Ernst Gehmacher: Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat

Wolfgang Neumann: Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich

Jörg Schütze: Mittelstandsförderung und Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen

Werner Pleschberger: Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)

DER LANGSAME WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK

Lothar Rühl: Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP

Reinhardt Rummel: Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP

Erich Reiter: Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an

Heinz Gärtner: Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?

Günter Hochauer: Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Erich Eder: Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika

Helge Lerider: Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

HEFT 20 (2007)

DIE GENERATIONENFRAGE AUS LIBERALER PERSPEKTIVE

Wolfgang Mazal: Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

Urs Schoettli: Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik

Werner Pleschberger: Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen

Thomas Neumann: Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)

FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGS- PRINZIP

Franz Fiedler: Föderalismus als Gestaltungsprinzip

Peter Bußjäger: Streiflichter zum österreichischen Föderalismus

Gerhart Wielinger: Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten

Günter Voith: Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

Martin Malek: Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus. Geopolitik, „frozen conflicts“ und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)

GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken. Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien

Michael Stormann: Genmedizin in Europa

Clemens Leitgeb: Genmedizin in der Onkologie

Wolfgang Schallenger: „Genmedizin“. Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

Iris Kempe: Die europäisch-russischen Beziehungen und die Russlandpolitik der EU

HEFT 23 (2007)

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.

Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006. Liberale Politik in Österreich. Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

Erich Reiter: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)

KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE

Erich Reiter: Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffenergie und Atomenergie

Helmut Stubner: CO2-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt

Volkmar Lauber: Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende

Stefan Pickl: Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen

Dieter Drexel: Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls

Erich Gornik: Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)

ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT

Erhard Busek: Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück

Heinz Gärtner: Eine moderne Neutralität ist flexibel

Erich Reiter: Neutralität als österreichische Ideologie

Gottlieb F. Hoepli: Neutralität in der Schweiz

Peter W. Schulze: Elf Thesen zur russischen Innen- und Außenpolitik am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

Günther Ofner: Die EU als Energiemanager

HEFT 26 (2008)

ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU

Urs Schoettli: Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

Gustav C. Gressel: „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

Franco Algieri: Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

Eugene Kogan: Die Beziehungen Israels zur Nato

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

Reihe Studien

Klaus Becher	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen	Oktober 2007
Peter W. Schulze	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum Russland als Energiemacht	Oktober 2007
Heinz Gärtner	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
Klaus Becher	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
Andrei Zagorski	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
Egbert Jahn	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung - Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
Erich Reiter	Meinungsfreiheit Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008
Peter W. Schulze	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
Oliver Ginhör Martin Haselberger Sandra Schreiblehner	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
Stefan Pickl	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandels systemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	Mai 2008
Eugene Kogan	Sicherheitspolitik im Nahen Osten – Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
Urs Schöttli	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
Hannes Adomeit Peter W. Schulze Andrei Zagorski	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien zu diesem Thema	Oktober 2008

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich.

Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.

Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

www.iilp.at

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Österreichische Post AG /
Sponsoring Post
Verlagspostamt 1010 Wien
GZ: 06Z037014 S

ISBN 978-3-902595-22-5

IILP

Internationales Institut für Liberale Politik Wien
SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH, 8665 Langenwang, Bahnhofstraße 3